

Gefährdungen der demokratischen Kultur in Thüringen

Expertise

zur Überarbeitung des Thüringer Landesprogramms für
Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit (TLfDTW)

im Auftrag des
Thüringer Ministeriums
für Bildung, Jugend und Sport

Matthias Quent M.A.
Franziska Schmidtke M.A.
Dr. Axel Salheiser

Kompetenzzentrum Rechtsextremismus
Friedrich-Schiller-Universität Jena

Januar 2016



seit 1558

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	1
I. Einstellungen der Thüringer Bevölkerung	4
1. Einstellungen zur Demokratie	4
1.1 Demokratieunterstützung und Demokratiezufriedenheit	4
1.2 Institutionenvertrauen	6
1.3 Demokratische Partizipation	6
1.4 „Extremismus der Mitte“?	8
1.5 Doppelte Diktaturvergangenheit	10
1.6 Politische Milieus in Thüringen	11
2. Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit	12
2.1 Rechtsextreme Einstellungen	12
2.2 Ursachen für rechtsextreme Einstellungen	14
2.3 Fremdenfeindlichkeit	16
2.4 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit	18
2.5 Ursachen für Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit	20
II. Rechtsextremismus und weitere Herausforderungen für die demokratische Kultur in Thüringen: Ein aktueller Überblick	21
1. Einleitung	21
1.1 Rechtsextremismus als innovationsfähige soziale Bewegung	23
1.2 Retrospektive	24
2. Thüringen in der Welt – Die Welt im Umbruch	25
3. Rechtsextreme Strukturen in Thüringen.....	29
3.1 Formell organisierter Rechtsextremismus in Thüringen.....	29
3.1.1 Rechtsextreme Parteien	29
3.1.2 Weitere formell organisierte Rechtsextreme	35
3.2 Informell organisierte rechtsextreme Gruppen	35
<i>„Gemeinsam-stark Deutschland“ / „Hooligans gegen Salafisten“</i>	37
3.3 Jugend- und subkultureller Rechtsextremismus	42
3.3.1 Vertriebsstrukturen.....	42
3.3.2 Bands und Konzerte	42
3.4 Immobilien der rechtsextremen Bewegung in Thüringen.....	43
3.5 Straf- und Gewalttaten	44

3.6	Gestiegenes Aktionsniveau und Mimikry der rechtsextremen Bewegung in Thüringen	48
4	Nicht nur durch den Rechtsextremismus: Herausforderungen für Demokratie und Zivilgesellschaft	50
4.1	Konventionelle und unkonventionelle politische Partizipation	50
4.2	Populistische Proteste	51
4.3	Partei unter Führung eines völkischen Nationalisten: Die Alternative für Deutschland (AfD) in Thüringen unter Björn Höcke.....	53
4.4	„Die Freiheit“	57
4.5	Verschwörungstheorien, Mohntagsmahnwachen, „PegAda/Endgame“	57
4.6	Islamismus/Religiös motivierte Diskriminierung	59
4.7	Bürgerwehren.....	60
4.8	Antidemokratische Methoden, menschenfeindliche Deutungen und weitere Herausforderungen innerhalb der politischen Zivilgesellschaft.....	60
5	Fazit.....	61
	III. Das Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit: Anlage und Umsetzung	64
1.	Entstehung.....	64
2.	Inhaltliche Ausrichtung, Zielstellungen und Selbstverständnis	66
3.	Struktur.....	69
3.1	Steuernde Ebene	69
3.2	Operative Ebene	71
4.	Bisherige Implementation und Umsetzung	72
4.1	Umsetzung der Zieldimensionen.....	72
4.2	Inhaltliche Schwerpunkte bisheriger Fördermaßnahmen.....	74
4.3	Finanzielle Ausstattung	76
4.4	Zielgruppen	76
IV.	Handlungsempfehlungen	77
	Literatur- und Quellenverzeichnis.....	81

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Demokratieunterstützung und -zufriedenheit.....	5
Abb. 2: Demokratietypen	5
Abb. 3: Formen legaler politischer Partizipation	7
Abb. 4: Selbsteinstufung auf einer politischen Links-Rechts-Skala.....	9
Abb. 5: Einschätzung „Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten“	11
Abb. 6: Anteil rechtsextrem Eingestellter nach Demokratieunterstützung.....	13
Abb. 7: Anteil rechtsextrem Eingestellter	13
Abb. 8: Dimensionen des Rechtsextremismus.....	14
Abb. 9: Autoritarismus.....	15
Abb. 10: Anteil rechtsextrem Eingestellter nach Alter	16
Abb. 11: Einstellungen gegenüber Zuwanderung aus verschiedenen Herkunftsländern.....	17
Abb. 12: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit 2015	19
Abb. 13: Typen rechtsextremer Parteien in Europa nach Stöss	31
Abb. 14: Straf- und Gewalttaten nach PMK rechts.....	45
Abb. 15: Rechte Angriffe in Thüringen	48
Abb. 16: Rechtsextreme Aktivitäten in Thüringen	49
Abb. 17: Struktur des TLfDTW	69

Tabellenverzeichnis

Tab. 1: Rechtsextreme Konzerte in Thüringen.....	43
Tab. 2: Gewalttätige Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte.....	46
Tab. 3: Gewalttaten mit extremistischem Hintergrund: "PMK-Rechts"	47
Tab. 4: Politisch motivierte straf- und Gewalttaten links.....	61
Tab. 5: Übersicht Entgegnungsstrategien des TLfDTW.....	67

Vorwort

Berichte, wie der vorliegende, sind dazu da, dass Frau und Mann sie lesen, kritisieren und fortschreiben. Es handelt sich im konkreten Fall um den zweiten seiner Art: 2010 hat Michael Edinger eine erste Expertise für das damalige Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit verfasst. Damit wurde eine wichtige Grundlage für das im selben Jahr beschlossene Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit (TLfDTW) geschaffen. Der Weg zum TLfDTW (eigentlich ein schreckliches Akronym für eine so positive Initiative) war, wie man im dritten Teil der nun vorliegenden zweiten Expertise lesen kann, kein einfacher. Ich erinnere mich noch sehr gut, wie Ulrich Ballhausen, der damalige Leiter der Europäischen Jugendbegegnungsstätte Weimar, Peter Reif-Spirek, der stellvertretende Leiter der Landeszentrale für Politische Bildung, Prof. Dr. Wolf Wagner, der damalige Rektor der Fachhochschule Erfurt und ich im Sommer 2000 eine Initiative für ein Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus starteten. Unsere Absicht war es damals, Vertreter aus Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und Politik - unabhängig von parteipolitischen Interessen - als Unterstützer zu gewinnen, um die Parteien im Landtag von der Notwendigkeit eines Landesprogramms gegen Rechtsextremismus zu überzeugen. Nach anfänglichen Zusprüchen wurde unsere Initiative von Vertretern der Regierungspartei abgelehnt. Auf „kleinerer Flamme“ entwickelten wir in Jena dann eine „Stadtprogramm gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“.

Dass die damalige große Koalition von CDU und SPD nach dem überfraktionellen Beschluss des Parlaments Ende 2010 ein Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit begründet hat, darf im Nachhinein getrost als Sternstunde des thüringischen Parlamentarismus gefeiert werden. Trotz der notwendigen und im vorliegenden Bericht auch angemahnten Änderungen, Erweiterungen und Konkretisierungen (siehe Kap.III1.) kann man rundheraus feststellen: Das TLfDTW ist eine Erfolgsgeschichte.

Um das TLfDTW und seine Notwendigkeiten zu verstehen, sollten Leserinnen und Leser ihre Lektüre mit dem dritten Teil des Berichts beginnen. Hier wird noch einmal deutlich, dass das TLfDTW kein Programm mit abwehrstrategischer Ausrichtung ist; die im Programm formulierten Ziele richten sich zunächst einmal auf die Selbstverständlichkeiten, durch die sich unser demokratisches Gemeinwesen definiert: Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit. Um diese Selbstverständlichkeiten praktizieren zu können, wurden – um ein Beispiel zu nennen – dreiundzwanzig Lokale Aktionspläne installiert, um Toleranz und Demokratie vor Ort zu stärken. Es dürfte sich bei diesen flächendeckenden demokratiefördernden Aktionsplänen um ein bundesweites Alleinstellungsmerkmal handeln (siehe auch Kap. III4.2 des vorliegenden Berichts). Auch die zum Teil über das TLfDTW geförderten Initiativen der Mobilen Beratung (MOBIT) und die in Trägerschaft der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland agierende Thüringer Beratung für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (EZRA) arbeiten effizient, erfolgreich und öffentlich wahrnehmbar.

Aber es gibt auch Defizite. Themen und Projekte, wie Demokratiepädagogik, historisch-politische Bildung, Integration und Akkulturation, sollten und müssen stärker gefördert werden. Allerdings müssen solche Projekte erst einmal entworfen und zur Förderung eingereicht werden. Also Akteurinnen und Akteure, bewegt Euch!

Diese Aufforderung hat ja durchaus mit meinem Optimismus zu tun, ein halbvolles Glas eben als halbvoll und nicht als halbleer zu betrachten. Im ersten Teil des vorliegenden Berichts wird auf der Basis des THÜRINGEN-Monitors u.a. darauf hingewiesen, dass 47 Prozent im Jahre 2015 mit der Demokratie zufrieden sind. Noch optimistischer stimmt der Befund, dass vier Fünftel der Thüringer Bevölkerung in der Demokratie die ideale Staatsform sehen. Aber: Was

ist mit dem restlichen Fünftel und wie steht es mit dem *politischen Engagement* derjenigen, die die Demokratie gut finden? *Zum Ersten* scheint es nach wie vor Defizite in der – wie es im Bericht in Kap. III4.2 heißt – Aktivierung der Zivilgesellschaft zu geben. Und die Frage, die sich in der Demokratieentwicklung immer wieder stellt, lautet dann, wie es den politischen Parteien und Organisationen gelingen kann, einen größeren Teil der Bevölkerung für ein demokratisches Engagement zu gewinnen. Das ist eine Frage, die auch in der Weiterentwicklung des Landesprogramms beantwortet werden muss. *Zum Zweiten* gibt es offenbar auf der Seite der Bürgerinnen und Bürger eine anhaltende Skepsis gegenüber den politischen Eliten (Kapitel II.3.6 des Berichts), eine Skepsis, die sich übrigens hin und wieder auch gegen (sozial-)wissenschaftliche Eliten richten kann, wenn sie z.B. als „linksideologische Macher“ bezeichnet werden. Es handelt sich, zumindest was die Skepsis gegenüber den politischen Eliten betrifft, durchaus um ein Phänomen, das in vielen europäischen Ländern zu beobachten ist, nicht nur in Deutschland, auch in Frankreich, Italien, Spanien und in den skandinavischen Ländern. Bekanntlich ist Misstrauen keine gute Grundlage für Entscheidungen und schon gar nicht für engagiertes politisches Handeln. Dort, wo Skepsis und Misstrauen wachsen, schlägt die Stunde der Populisten. Günther Nonnenmacher schrieb am 29.11.2014 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung u.a.: „...dass die schlichten bis brachialen Lösungen der Populisten in Wahrheit an den Grundfesten unserer Demokratien rütteln. Deshalb sollten die ‚Altparteien‘ ihnen nicht nachlaufen. Sie müssen für die Einsicht werben, dass die Probleme einer komplizierten Welt sich nicht mit einfachen Rezepturen kurieren lassen“ (Nonnenmacher, 2014). So wird es wohl sein und damit komme ich *zum Dritten*: Neben mangelndem Engagement und Skepsis scheint es in der Thüringer Bevölkerung einen nicht geringen Prozentsatz von Menschen zu geben, die die demokratische Verfasstheit unserer Gesellschaft grundlegend ablehnen. Über die Gefahren, die die Demokratie in Thüringen von dieser Seite bedrohen, finden sich im zweiten Teil des Berichts ausführliche Hinweise. Vor allem die rechtsextremen Bewegungen und deren Gefährdungspotential werden ausführlich analysiert und vorgestellt. Rechtsextreme vertreten bekanntlich eine fundamentalistische Ideologie der Ungleichwertigkeit (verbunden mit Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Homophobie, Islamfeindlichkeit, Abwertung von Sinti/Roma oder Asylbewerbern etc.), durch die Gewalt und negative Gruppenemotionen (wie Hass und Wut gegen Gruppen, die als fremd wahrgenommen werden) legitimiert werden sollen (vgl. auch Braun & Koopmans, 2010; Heitmeyer & Möller, 1995; Frindte u.a., 2015). Die rechtsextremen Milieus und Bewegungen in Thüringen sind vielfältig; dazu gehören der formell organisierte Rechtsextremismus (wie z.B. die NPD, „Der Dritte Weg“ oder „Die Rechte), die informell organisierte rechtsextreme Gruppierungen (wie z.B. die „Freien Netze, die „Hooligans gegen Salafismus“ oder die PEGIDA-Ableger Sügida und Thügida), aber auch rechtsextreme Subkulturen. Die rechtsextremen Milieus und Bewegungen in Thüringen sind national und internationale vernetzt und sie sind im hohen Maße wandlungsfähig. Zu diesen Wandlungsfähigkeiten gehören auch – und das lässt sich im Bericht ebenfalls nachlesen – die Brückenschläge zu rechtspopulistischen Bewegungen und Parteien. Dass dem Rechtsextremismus und seinen Gefahren für die Demokratie im Lande im Bericht so viel Raum gegeben wird, hat gar nichts, aber auch gar nicht mit einer möglichen Blindheit auf „linken Augen“ zu tun. Vom Rechtsextremismus und besagten Brückenschlägen hin zum Rechtspopulismus gehen (das heißt auch faktisch) größere Gefahren als von linksextremen Strömungen aus. Das gilt für Thüringen, aber auch für das ganze Bundesgebiet. Im vom Landeskriminalamt Thüringens verfassten und auf das Jahr 2014 bezogenen Bericht zur „Politisch motivierten Kriminalität“ werden für das Jahr 2014 1.687 Fälle von politisch motivierten kriminellen Taten aufgeführt (davon wurden 1.060 als „Politisch motivierte Kriminalität–Rechts, 303 Fälle als „Politisch motivierte Kriminalität-Links“ und 12 Fälle als „Politisch motivierte Ausländerkriminalität“ eingeordnet; Landeskriminalamt Thüringen, 2015).

Im Übrigen finden sich im Kapitel II.3.5 des vorliegenden Berichts auch bedenkenswerte und eindringliche Passagen zu antidemokratischen Methoden, menschenfeindlichen Deutungen und gewalttätigen Straftaten, die nicht aus dem rechtsextremen Spektrum kommen, sondern eben unter o.g. Rubrik „Politisch motivierte Kriminalität-Links“ subsummiert werden können. „Die Universalität der Menschenrechte und die Gleichwertigkeit von Menschen endet weder bei Polizeibeamt_innen noch bei Rechtsextremist_innen“, heißt es dort u.a. Wie wahr und wie wichtig, um auch in einer geplanten Weiterentwicklung des Landesprogramm berücksichtigt zu werden.

Auf eine weitere Problematik, die ebenfalls im zweiten Teil des Berichts angesprochen wird und aus der sich Konsequenzen für das Landesprogramm ergeben, möchte ich noch verweisen: auf die möglichen Gefahren des Islamismus (siehe Kapitel II.4.6). Flüchtlinge aus Syrien etwa sind in einem Staat und in einer Kultur aufgewachsen, der durch die religiösen Gesetze des Islam geprägt ist. „Insofern wird es in der Integrationsarbeit in der Einwanderungsgesellschaft in den kommenden Jahren auch darum gehen müssen, Präventions- und Interventionsmaßnahmen gegen die religiös motivierte Diskriminierung insbesondere von Andersdenkenden, von Frauen und Nicht-Heterosexuellen zu entwickeln“ (siehe Kapitel II.4.6). Derartige Präventionsmaßnahmen sollten mit zum Inhalt des fortzuschreibenden Landesprogramms gehören.

Summa summarum: Verehrte Leserinnen und Leser, ich habe mit meinem Vorwort nicht die Absicht, Ihnen die Lektüre des Berichts zur „Gefährdungen der demokratischen Kultur in Thüringen“ zu ersparen; vielmehr wollte ich einige aus meiner Sicht wichtigen Aspekte hervorheben. Lesen und kritisieren, müssen Sie selbst. Vor allem aber wünsche ich mir, dass Sie sich aktiv und engagiert an der Weiterentwicklung des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit beteiligen. Der vorliegende Bericht liefert dafür wichtige Grundlagen.

Prof. Dr. phil. habil. Wolfgang Frindte
Direktoriumsmitglied des Kompetenzzentrums Rechtsextremismus
Friedrich-Schiller-Universität Jena

Jena, den 22.01.2016

I. Einstellungen der Thüringer Bevölkerung

Axel Salheiser

1. Einstellungen zur Demokratie

Die Pflege der Demokratie und der demokratische Kultur eines Landes ist eine „Daueraufgabe“, „die Regierungsinstitutionen und gesellschaftliche Organisationen, Eliten und Bürger gemeinsam zu bewältigen haben.“ (Edinger 2010: 5). Maßgeblich dafür sind ein Wertekonsens des Bekenntnisses zur freiheitlich-demokratischen Ordnung in der Bevölkerung, ihre Akzeptanz der politischen Institutionen und Praktiken, ihre Zufriedenheit, ihre politische Teilhabe sowie ihr Vertrauen als grundlegende Ressource der Legitimation und Handlungsfähigkeit politischer Entscheidungsträger_innen. Seit dem Jahr 2000 erfasst der THÜRINGEN-MONITOR die gesellschaftspolitischen Einstellungen der Thüringer Bürger_innen in Repräsentativbefragungen und gewährleistet somit eine sozialwissenschaftliche Langzeitbeobachtung der politischen Kultur im Freistaat (vgl. zuletzt THÜRINGEN-MONITOR 2015).

Die oberflächliche Beschäftigung mit repräsentativen Befragungsdaten könnte dazu verführen, von einem gut etablierten, stabilisierten und konsolidierten, weil *mehrheitlich positivem*, Meinungsklima gegenüber der Demokratie auszugehen. Bei genauerer Betrachtung ergeben sich allerdings ambivalente Befunde, in denen verschiedene Problemlagen aufscheinen. Denn bei großen Minderheiten der Bevölkerung ist eine fortwährende oder sich sogar verstärkende Distanzierung und Entfremdung von demokratischen Werten, Institutionen und Praktiken zu beobachten. (Zur politischen **Entfremdung** vgl. Edinger 2010: 46 f.) Solch ausgeprägte Skepsis, schwindendes Vertrauen und wachsende Enttäuschung können von demokratiefeindlichen und populistischen Kräften instrumentalisiert werden. Außerdem resultieren daraus Resignation und politische Apathie, so dass solchen Kräften kein Widerstand entgegengebracht wird. Eine Bedrohung der Demokratie erfolgt somit nicht nur von den extremistischen „Rändern“ der Gesellschaft aus, sondern in besonderem Maß durch eine „Aushöhlung von innen“.

1.1 Demokratieunterstützung und Demokratiezufriedenheit

Ein Blick auf die Verlaufskurven zur Unterstützung der Demokratie als „beste Staatsidee“ und die Zufriedenheit mit der Demokratie, „wie sie in der Praxis funktioniert“ (Abb. 1) zeigt zunächst, dass zwar die Demokratie als Ideal von stabilen vier Fünfteln der Bevölkerung akzeptiert wird, aber immerhin jede_r fünfte Befragte offenbar prinzipielle Sympathien für andere Regierungsformen bzw. Gesellschaftsordnungen hegt. Die Demokratiezufriedenheit befand sich 2015 mit 47 Prozent wieder auf ihrem Ausgangswert zu Beobachtungsbeginn, nachdem sie sich von einem deutlichen Rückgang auf nur 37 Prozent (2003) über einen langen Zeitraum erholt hatte; der Spitzenwert von 60 Prozent im Jahr 2014 erscheint als Ausreißer. Zu konstatieren ist, dass mindestens die Hälfte der Bevölkerung eine kritische Einschätzung vornimmt. Dies schlägt sich auch in einer Typologie nieder, die Demokratieunterstützung und Demokratiezufriedenheit kombiniert (Abb. 2). Demnach können nur knapp die Hälfte der Thüringer_innen derzeit als zufriedene Demokrat_innen bezeichnet werden, 36 Prozent als unzufriedene (aber das demokratische Ideal vertretende) Demokrat_innen, während zehn Prozent der Thüringer_innen demokratieskeptisch und sechs Prozent antidemokratisch gesinnt sind.

Abb. 1: *Demokratieunterstützung und -zufriedenheit 2001–2015*
(in Prozent, Quelle: Thüringen-Monitor)

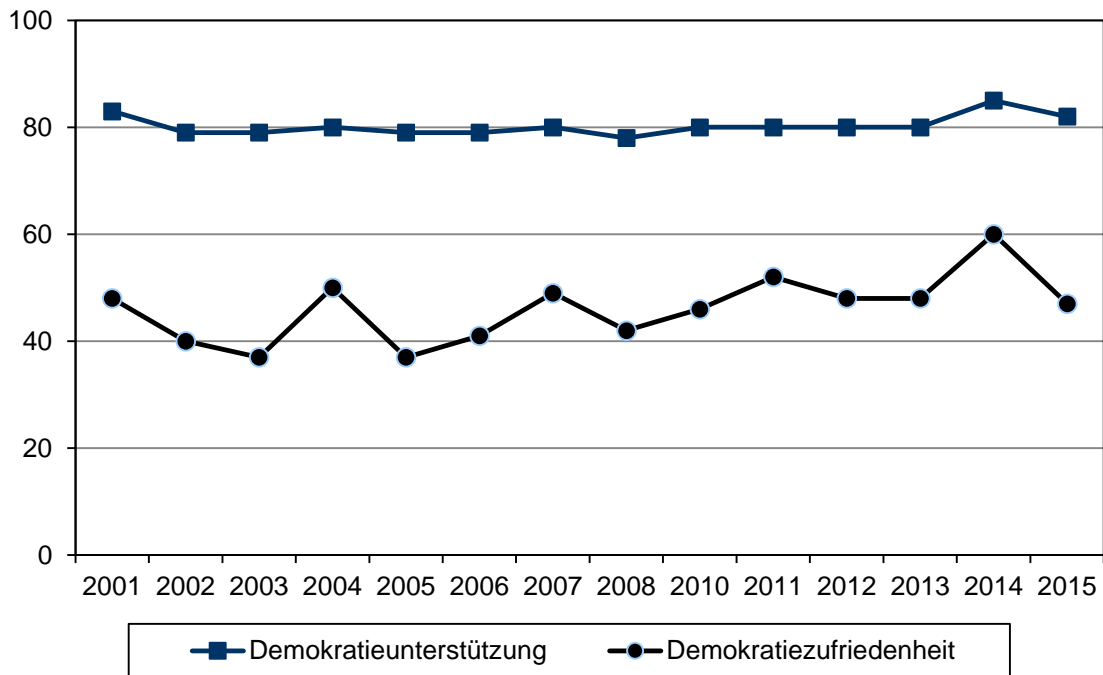
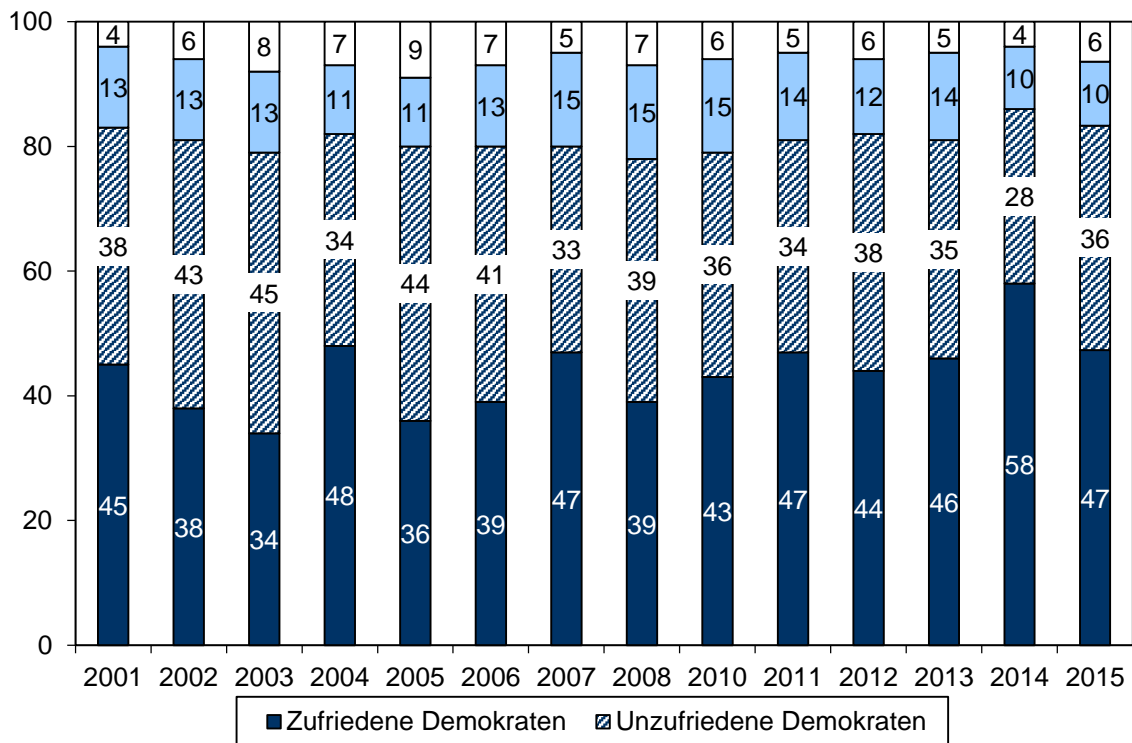


Abb. 2: *Demokratietypen¹ 2001–2015*
(in Prozent, Quelle: THÜRINGEN-MONITOR)



¹ Diese Typologie wird wie folgt gebildet: Wer die Demokratie als Staatsform bejaht und gleichzeitig zufrieden mit ihrem Funktionieren ist, fällt unter die Kategorie „zufriedener Demokraten“. Analog unterscheiden sich „unzufriedene Demokraten“ hiervon lediglich in ihrer negativen Bewertung des Funktionierens der Demokratie. „Antidemokraten“ hingegen stehen der Idee der Demokratie ablehnend gegenüber und bejahen stattdessen die Diktatur. Wer sowohl die Demokratie unterstützt, aber gleichzeitig die Möglichkeit einer nationalen Diktatur befürwortet, kann als „Demokratieskptiker“ gelten.

Allerdings wäre es eine unzulässige Vereinfachung, mit der Bestimmung der letzten beiden Gruppen bereits eine abschließende Quantifizierung des Demokratiegefährdungspotenzials vorzunehmen. Wie aus weiteren Daten des THÜRINGEN-MONITORS ersichtlich wird, lassen sich für deutlich größere Bevölkerungsgruppen eine Distanz zum Politikbetrieb und eine Unzufriedenheit mit der Performanz politischer Eliten feststellen, wobei gleichzeitig eine stark ausgeprägte Responsivitätserwartung (hinsichtlich der Forderung an Politiker_innen, den Willen des Volkes umzusetzen) existiert (vgl. THÜRINGEN-MONITOR 2012: 68). Politik wird als „Dienstleistungsbetrieb“ verstanden: Grundsätzlich besteht eine hohe „Outputorientierung“ gegenüber dem politischen System (vgl. THÜRINGEN-MONITOR 2013: 79, Edinger 2010: 53), die u.a. auf individuelle und kollektive Wohlstandsziele und -garantien bezogen ist (z.B. die eigene wirtschaftliche Lage). Personen, die sozio-ökonomisch gut etabliert sind oder sogar in privilegierten Verhältnisse leben, zeigen sich auch in höherem Maße mit dem Politikbetrieb zufrieden. Doch eine wahrgenommene relative Benachteiligung (Deprivation) wirkt sich dämpfend auf die Demokratiezufriedenheit aus, führt zu Unmut, Enttäuschung und Resignation. Dies kann langfristig auch die Demokratieunterstützung unterminieren. Zwar gibt es aktuell – wie bereits in den Vorjahren (vgl. Edinger 2010: 57 f.) – *keine Hinweise auf einen das politische System destabilisierenden Abbruch der Demokratieunterstützung in der Mehrheitsbevölkerung*, dennoch sprechen die Autor_innen des THÜRINGEN-MONITORS (2014: 96) von einer (stör- und krisenanfälligen) „Schönwetterdemokratie“.

1.2 Institutionenvertrauen

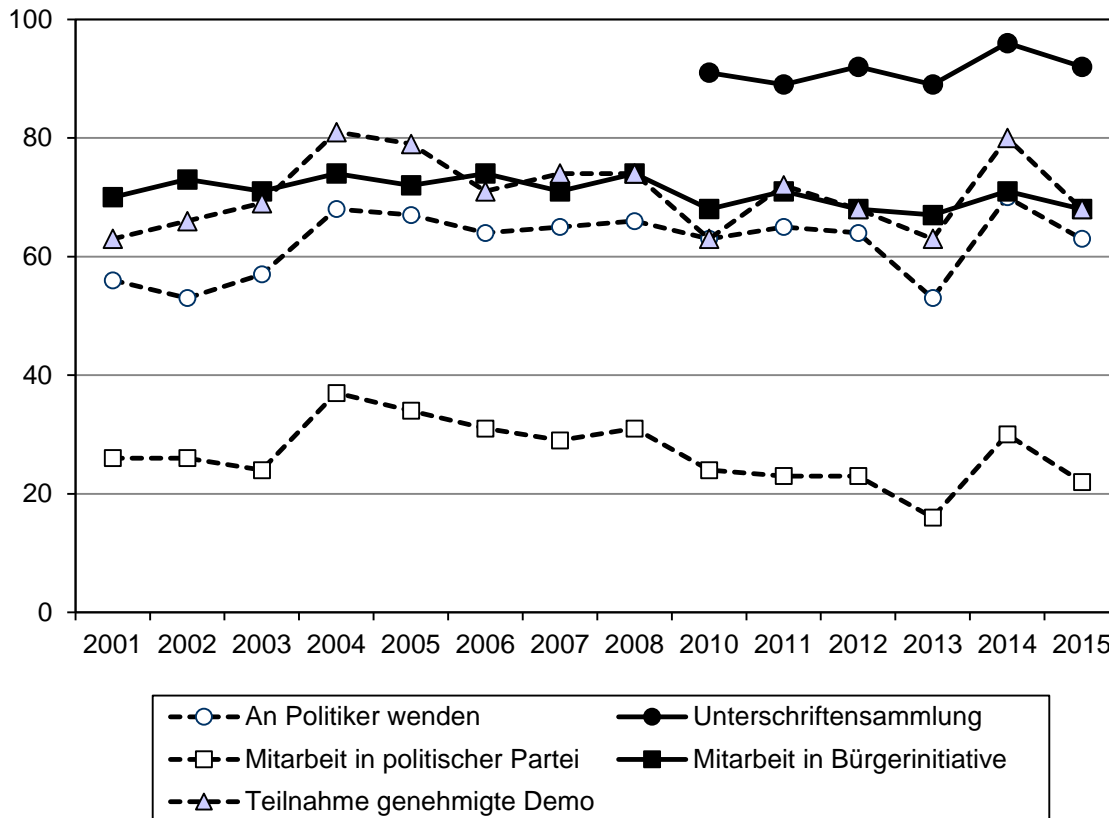
Das Vertrauen in zentrale demokratische Institutionen – die Bundesregierung und die Thüringer Landesregierung – weist bedenkliche Defizite auf. Nur jeweils ein Drittel der Thüringer_innen bekundete 2015 überwiegendes oder völliges Vertrauen, jeweils ca. 40 Prozent vertrauen den Regierungen nur teilweise, während ein Fünftel der Befragten der Landesregierung nur wenig bis gar kein Vertrauen entgegenbringt, bezüglich der Bundesregierung sogar jede_r Dritte. Seit Mitte des letzten Jahrzehnts ist das Vertrauen in die beiden Exekutivorgane leicht angewachsen (THÜRINGEN-MONITOR 2015: 72), zuletzt ist es jedoch gegenüber dem Vorjahr (2014) signifikant abgesunken, was vor dem Hintergrund aktueller politischer Entwicklungen gedeutet werden muss. Flankiert wird die kritische Einstellung vieler Thüringer_innen durch ein bedenklich hohes Maß an generalisierter Skepsis bzw. Misstrauen gegenüber den Parteien, das im THÜRINGEN-MONITOR durch Zustimmung zur Aussage „Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht.“ zum Ausdruck kommt. Zuletzt (2015) vertraten 80 Prozent der Thüringer_innen diese Ansicht; unter Befragten, die unzufrieden mit der demokratischen Praxis sind und auch die Idee der Demokratie als beste Staatsform zurückweisen, beträgt der Anteil der Parteienverdrossenen ungefähr 90 Prozent. Knapp die Hälfte aller Befragten war außerdem der Auffassung, „Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut“. Diese geringe politische Selbstwirksamkeitsüberzeugung wird typischerweise besonders von solchen Personen geäußert, die angeben, sich nicht oder nur wenig für Politik zu interessieren, und solchen, die angeben, politische Fragen nicht gut verstehen und einschätzen zu können.

1.3 Demokratische Partizipation

Gerade aber die Demokratie, die keine Bestandsgarantie aus sich selbst heraus hat, sondern sich im dialog- und konsensorientierten Handeln unter Einbeziehung möglichst breiter Bevölkerungsschichten vollzieht, bedarf der aktiven Beteiligung ihrer Bürger_innen, will sie nicht zur „Zuschauerdemokratie“ werden, in der die Bürger_innen „sich weitgehend aus dem politischen Leben zurückziehen und bei periodischen Wahlen nur noch als Punktrichter Noten für die politischen Repräsentanten verteilen“ (Edinger 2010: 7). Im THÜRINGEN-MONITOR (2014: 73 f.)

konnte gezeigt werden, dass die Teilnahme an Wahlen mehrheitlich als „Bürgerpflicht“ bzw. Norm verankert ist, dabei aber eine Abhängigkeit vom Politikinteresse, vom Institutionenvertrauen, der politischen Selbstwirksamkeit und der Parteibindung besteht. Jeweils mehr als ein Fünftel der Thüringer_innen wies die Aussage zurück, bei einer Nichtteilnahme an einer Kommunal-, Landtags-, Bundes- oder Europawahl seine „Bürgerpflichten“ zu verletzen. Nach wie vor ist bei vielen Thüringer_innen die Tendenz, sich (über die Wahlteilnahme hinaus) selbst politisch zu engagieren, nur gering ausgeprägt. Zwar besteht hinsichtlich vieler Beteiligungsformen eine prinzipielle Bereitschaft (vgl. Abb. 3), dem gegenüber fällt die berichtete tatsächliche Partizipation jedoch stark ab. Die am häufigsten tatsächlich praktizierten Formen demokratischer Partizipation waren 2015 die Teilnahme an einer Unterschriftensammlung (37 Prozent), an einer genehmigten Demonstration (20 Prozent) und die Kontaktaufnahme mit Politiker_innen (15 Prozent). Nur sechs Prozent gaben an, bereits in einer Partei mitgearbeitet zu haben, weitere 16 Prozent würden es tun. Das potenzielle Parteiengagement hat im Zeitverlauf den deutlichsten Rückgang erfahren, was wiederum mit der anhaltenden Elitenskepsis bzw. der Unzufriedenheit mit der demokratischen Praxis korrespondiert.

Abb. 3: Formen legaler politischer Partizipation 2001–2015
(„habe ich schon getan“/„würde ich tun“ in Prozent,
Quelle: THÜRINGEN-MONITOR)



Der Anteil jener, die *keinerlei* Partizipation *erwägen*, die also im strengeren Sinne politisch *apathisch* sind, war mit vier Prozent (2015) nur sehr gering, doch zeigen multivariate Kausalanalysen solche Faktoren auf, die tendenziell die Integration breiterer Bevölkerungsschichten in das politische Gemeinwesen hemmen, die Entfremdung fördern und so eine destabilisierende und desintegrierende Wirkung auf die demokratische Kultur entfalten können. „Es gibt in den Daten des THÜRINGEN-MONITORs Hinweise auf die Wirkung sozialer Exklusion sowohl im Hinblick auf das legale Partizipationsverhalten wie auf die Partizipationsneigung: So wirken *deprivierende* Soziallagen wie ein relativ geringes

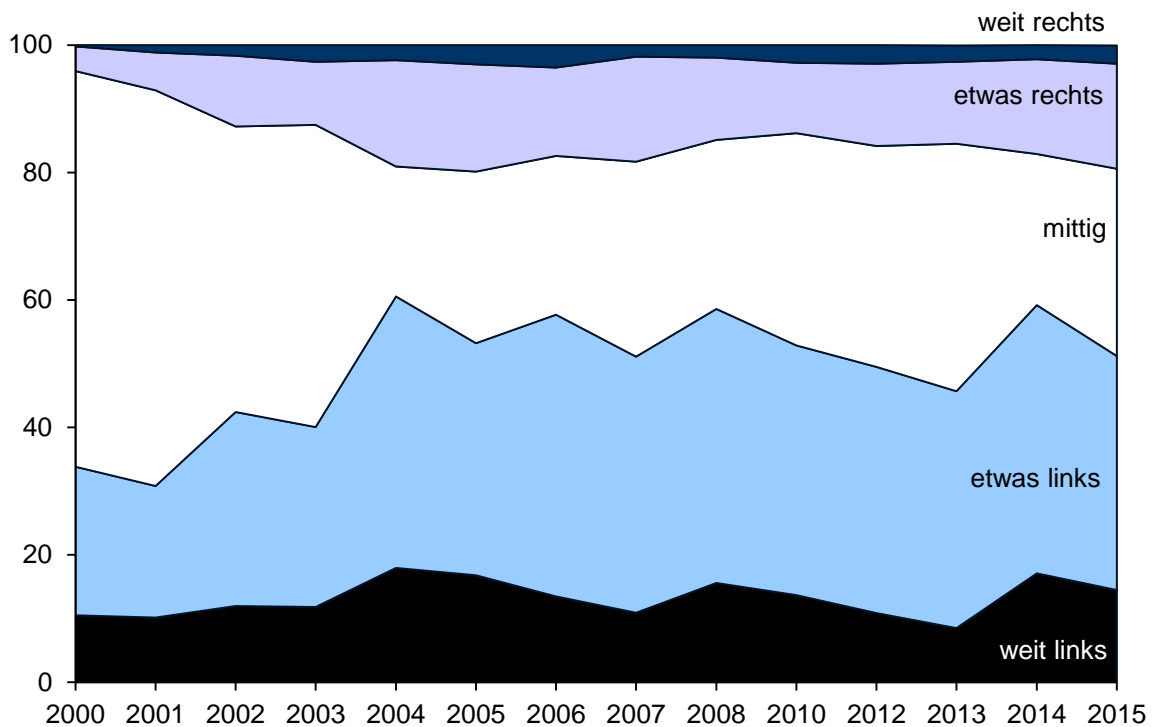
Einkommen, Alter und Vereinzelung auf die Partizipationsneigung dämpfend, ein *gehobener* Bildungsstatus hingegen fördernd. Stärker und konsistenter sind jedoch die Effekte psychosozialer Faktoren, vor allem von Politikinteresse und Eigenwirksamkeit.“ (THÜRINGEN-MONITOR 2014: 72).

1.4 „Extremismus der Mitte“?

Die Erkenntnis, dass – wie eingangs ausgeführt – Gefahrenpotenziale für die Demokratie nicht nur von radikalen „linken“ und „rechten“ Rändern ausgehen, sondern auch in der „Mitte“ der Gesellschaft ihren Ursprung haben, schärft das Problembewusstsein für die politische Gleichgültigkeit, Passivität und „Neutralität“ großer Minderheiten, aus der gerade bei Unzufriedenheit und in Krisen ein hohes Potenzial der (Re-)Aktivierung und (Nicht-)Wählermobilisierung für populistische Parteien und Bewegungen erwachsen kann. Insbesondere Personen mit großer Distanz zur „etablierten“ Politik, geringer Parteibindung, eher diffusen Vorstellungen von demokratischen Prozessen und geringer kognitiver und emotionaler Bindung an das politische Gemeinwesen könnten sich als anfällig dafür erweisen, beim konkreten Anlass sich krisenhafter zuspitzender Situationen den amtierenden demokratischen Entscheidungsträgern ihre Unterstützung zu entziehen. Viele dieser Personen ordnen sich selbst in der politischen „Mitte“ ein, wobei oftmals hauptsächlich eine Distanzierung von (vermeintlichen) Extremen („Bin gegen Links und Rechts“) ausgedrückt werden soll. Mit der „Mitte“ typischerweise assoziierte Wertvorstellungen des Ausgleichs, Konsenses und der Mäßigung spielen hier eine wichtige Rolle, allerdings besteht auch die Tendenz zu einer „Sinnentleerung“, nämlich bei bloßer Distanzierung von als „extrem“ tabuisierten „linken“ und „rechten“ Positionen, ohne dass eine wesentliche Bestimmung genuiner politischer Inhalte der „Mitte“ erfolgt (vgl. Salheiser 2014).

So umstritten und kritikwürdig das politische Links-Rechts-Schema sein mag, spannt es doch einen in der politischen Kommunikation wirkungsmächtigen Assoziationsraum auf. Gerade die Möglichkeit, in der vermeintlichen „Mitte“ große Zustimmung für politische Ziele und Strategien zu erzeugen bzw. Anhängerschaften zu rekrutieren oder eine Positionsbestimmung des politischen Gegners propagandistisch zu instrumentalisieren, ist problematisch. Es leuchtet ein, dass über den gesamten Beobachtungszeitraum hinweg nur ausgesprochen wenige Thüringer_innen sich selbst konsequent „rechts“ verortet haben (vgl. Abb. 4) und auch nur wenige eine längerfristige Parteibindung zu (extrem) „rechten“ Parteien bekunden; mit der tatsächlichen Verbreitung politischer Einstellungen hat dies allerdings nur bedingt zu tun. Wichtige Anknüpfungspunkte bietet hier ein in den zurückliegenden THÜRINGEN-MONITOREN mehrfach diskutiertes Phänomen, das in der Disparität zwischen der Selbsteinstufung von Befragten *in der Mitte oder im linken Flügel* des konventionellen politischen Links-Rechts-Spektrums und ihrer Zustimmung zu solchen Aussagen besteht, in denen sich demokratiefeindliche und ressentimentgeleitete Einstellungen manifestieren (vgl. THÜRINGEN-MONITOR 2012: 87ff., THÜRINGEN-MONITOR 2013: 90f.). Ungeachtet der Tatsache, dass sich die überwiegende Mehrheit *expliziter* Demokratiefeind_innen selbst am rechten Rand verortet, erweisen sich also weder „linke“ Thüringer_innen noch solche, die sich in der „Mitte“ wännen, als *immun* gegen Ethnozentrismus, Nationalismus und Rassismus.

Abb. 4: Selbsteinstufung auf einer politischen Links-Rechts-Skala 2000–2015
(in Prozent, Quelle: THÜRINGEN-MONITOR)



Die programmatische Ansprache vermeintlicher „Mehrheitspositionen“ und des „Volkswillens“ unter Wahrung „bürgerlicher“ Konventionen der politischen Kommunikation und einer Absage an „Radikale“ eröffnen populistischen Parteien und Bewegungen einen Aktionsraum für eine breitenwirksame politische Mobilisierung, der allerdings ein Keim der inhaltlich-thematischen Zuspitzung sowie der sukzessiven Radikalisierung ihrer Anhängerschaft innewohnt (vgl. Salheiser 2015b). Symptomatisch ist eine gewissermaßen eskalatorische Dynamik des „buying ins“ autoritärer, nationalistischer, demokratiefeindlicher und Minderheiten abwertender / ausgrenzender Einstellungen; ihre Übersetzung in politische Absichtserklärungen erscheint als „vernünftige“ und gesamtgesellschaftliche Interessen wahrende „Alternative“ zu „etablierter“ Politik. Ein „Einfallstor“ hierfür bilden mehrheitsfähige Auffassungen vom „harten und energischen Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland“ (61 Prozent Zustimmung im THÜRINGEN-MONITOR 2015) sowie die Sehnsucht nach resoluter und effektiver politischer Führung („In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand“; 67 Prozent Zustimmung). Gerade autoritäre Einstellungen, mit denen Unterordnung und Anpassung präferiert werden, sind hier anschlussfähig. Aus ihnen speisen sich auch Ideologien der Ungleichwertigkeit, die Minderheiten aufgrund ihrer Herkunft, Identität oder Lebensweise soziale Partizipationsrechte vorenthalten, beschränken oder entziehen wollen. Mit Besorgnis ist zu beobachten, dass solche Ideologeme tatsächlich auch in Thüringen weiter enttabuisiert und zumindest partiell von großen Bevölkerungsteilen übernommen werden. In jüngster Zeit ist außerdem eine bedenkliche Veränderung des öffentlichen Meinungsklimas mit einer verstärkten Artikulation selbst extrem nationalistischer, ethnozentristischer und fremdenfeindlicher Positionen eingetreten. Diese kurzfristige Entwicklung ließ sich aufgrund der Kopplung an konkrete Ereignisse jedoch noch nicht durch die im Juni 2015 erfolgte Bevölkerungsbefragung zum aktuellen THÜRINGEN-MONITOR vorhersagen. Allerdings liefern die Analysen der zur Verfügung stehenden Daten (einschließlich derer der Vorjahre) Erklärungen für typische Einstellungsmuster und bieten Hinweise auf deren Ursachen, die vor allem in milieübergreifend verbreiteten autoritären

Einstellungen sowie symbolischer und sozioökonomischer Benachteiligung und Exklusion zu suchen sind (vgl. auch Kapitel II.2.2).

1.5 Doppelte Diktaturvergangenheit

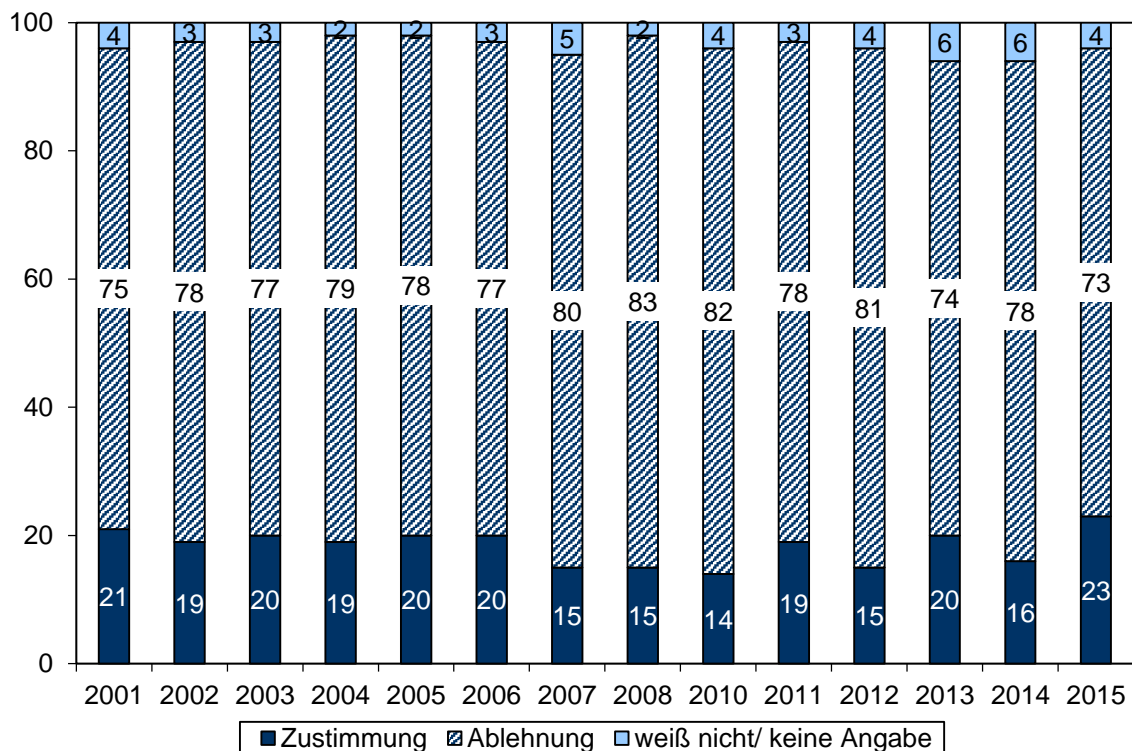
Ein Spezifikum ostdeutscher und damit auch Thüringer Lebenswelt ist die Kollektiverfahrung der DDR-Vergangenheit sowie des teilweise problematischen Vereinigungsprozesses (vgl. Best 2015, Best/Salomo/Salheiser 2014). Die symbolische Herabsetzung der Ostdeutschen im kulturellen Diskurs sowie ihre wahrgenommene kollektive und partiell individuelle Benachteiligung kann nicht nur als Hemmschuh der Ausbildung und Akzeptanz einer demokratischen Kultur (nach vermeintlich „verordnetem“ westdeutschem Vorbild) aufgefasst werden. Sie erklärt in Verbindung mit den fortwirkenden, spezifisch ostdeutschen Sozialisationserfahrungen auch teilweise die Erschwerung einer kulturellen Öffnung und symbolischen Pluralisierung der ostdeutschen Teilgesellschaft gegenüber Fremden bzw. als „fremdartig“ Empfundenen.

Mehr als 60 Prozent der Thüringer_innen fühlten sich auch 2015 als Ostdeutsche kollektiv benachteiligt. Diese wahrgenommene kollektive relative Deprivation fördert antidemokratische und extremistische Einstellungen: „Der Anteil als rechtsextrem klassifizierter Personen ist unter Befragten, die sich als Ostdeutsche benachteiligt fühlen, konstant mehr als dreifach höher als bei Personen, die kein solches Deprivationsempfinden haben. In unseren Kausalanalysen scheint die Ostdeprivation als hochsignifikant und als wirkungsmächtiger Erklärungsfaktor für Rechtsextremismus *neben* einem allgemeinen Empfinden der sozialen Benachteiligung auf.“ (THÜRINGEN-MONITOR 2015: 122)

Ein besonderes Problemfeld besteht dabei in der anhaltenden Diktaturaffinität bzw. einer historischen Diktaturverharmlosung, die charakteristischerweise mit einer erhöhten Tendenz korrespondiert, die Demokratie nicht als „beste Staatsform“ anzuerkennen und rechtsextremen Aussagen zuzustimmen (vgl. Edinger 2010: 15). 2015 stimmte ein Fünftel der Befragten der Aussage zu, dass eine „Diktatur im nationalen Interesse unter bestimmten Umständen die bessere Staatsform“ darstelle. Fast ein Fünftel der Befragten ist außerdem der Auffassung, „Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten“. Sowohl der Anteilswert der diktaturaffinen Befragten als auch jener, die den Nationalsozialismus relativieren, ist gegenüber den entsprechenden Werten der Vorjahre signifikant angestiegen und befindet sich damit wieder auf dem Niveau zu Beginn der Messreihe (vgl. Abb. 5). Die Hälfte der Befragten resümiert, die DDR habe „mehr gute als schlechte Seiten“ gehabt (vgl. THÜRINGEN-MONITOR 2015: 29 ff.), ein Viertel der Befragten unterstützt die „Rückkehr zur sozialistischen Ordnung“ und fast zwei von fünf Befragten weisen die Aussage zurück, dass es sich bei der DDR um einen Unrechtsstaat gehandelt habe (vgl. THÜRINGEN-MONITOR 2015: 38 f.). Unter solchen Befragten, die eine überwiegend positive DDR-Bilanz ziehen, ist der Anteil der Diktaturaffinen mit 42 Prozent signifikant erhöht. Ungeachtet eines weitverbreiteten Bewusstseins für die diktatorischen Elemente des SED-Regimes (Überwachung, eingeschränkte Freiheitsrechte) bewerten deutliche Mehrheiten die sozialen Aspekte des Realsozialismus aus der lebensweltlichen Perspektive und aufgrund ihrer eigenen biographischen Erfahrung als positiv: Soziale Sicherheit, gesellschaftlicher Zusammenhalt, staatliche Versorgung und Betreuung werden kaum in Hinblick auf ihren autoritären, paternalistischen und ideologisch-propagandistischen Kontext gedeutet und erscheinen somit vergleichsweise entpolitisiert. Gerade (deprivierte) Thüringer_innen, die für sich selbst und für Ostdeutschland eine eher negative Bilanz der deutschen Vereinigung nach 1990 ziehen („Wendeverlierer“, vgl. auch THÜRINGEN-MONITOR 2014: 93), assoziieren die DDR sehr stark mit diesen sozialen Aspekten und konstatieren häufiger deren Verschlechterung im vereinten Deutschland. Zwei Drittel aller Befragten im THÜRINGEN-MONITOR geben an, bei einer notwendigen Entscheidung zwischen „Freiheit“ und „Sicherheit“ die Option „Sicherheit“ zu präferieren; gegenüber diesem hohen

Sockelwert ist der Anteil unter DDR-affinen und rechtsextrem eingestellten Personen signifikant erhöht. Es ist zu vermuten, dass hier besonders Vorstellungen von *sozialer* Sicherheit zum Ausdruck kommen. Bei einer notwendigen Entscheidung zwischen „Freiheit“ und „Gleichheit“ wählen indessen nur zwei von fünf Befragten im THÜRINGEN-MONITOR die „Gleichheit“, doch auch zu dieser Option tendieren sowohl DDR-affine als auch rechtsextrem eingestellte Personen signifikant stärker als andere Befragte.

Abb. 5: *Einschätzung „Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten“ 2001–2015*
(in Prozent, Quelle: THÜRINGEN-MONITOR)



Wenn egalitäre (bzw. als egalitär imaginierte), autoritäre Regime „sozialromantisch“ idealisiert werden und zudem individuelle und kollektive Verlusterfahrungen (materieller und symbolischer Sicherheiten) einer freiheitlich-demokratischen Ordnung als Defizite in Rechnung gestellt werden, ergibt sich eine verstärkte Anschlussfähigkeit zu antiliberalen und antidemokratischen Positionen. Auch soziale Abstiegs- und Verlustängste von *objektiv* nicht benachteiligten, gut integrierten Personengruppen erhöhen jene Tendenz. Für eine Förderung der demokratischen Kultur ist es deswegen ebenso zielführend, weiterhin Geschichtsaufarbeitung und Aufklärung zu betreiben, wie die *sozialen Kontexte und Ursachen der Demokratiefeindlichkeit* als Politikfeld zu fokussieren.

1.6 Politische Milieus in Thüringen

Auf Basis der THÜRINGEN-MONITORE 2012 bis 2014 wurde eine Analyse *politischer Milieus in Thüringen* vorgestellt, die weitere Hinweise auf die Verbindung zwischen sozio-ökonomischen Lagen, der Unterstützung demokratischer Werte und die Verbreitung politischer Einstellungen liefert (THÜRINGEN-MONITOR 2014: 82ff.). Dabei konnten sechs Milieus identifiziert werden: „Privilegierte Demokrat_innen“ (ca. 17 Prozent der Thüringer_innen), „Demokratiemittler_innen“ (zehn Prozent), „Zufriedene Thüringer_innen“ (31 Prozent), „Konservative“ (ca. 27 Prozent), „Wendeverlierer_innen“ (neun Prozent) und „Abgehängte Antidemokrat_innen“ (sechs Prozent). Während bis 2005 noch etwa ein Viertel der

Thüringer_innen den (häufiger arbeitslosen oder prekär beschäftigten) „Wendeverlierern“ zuzurechnen waren, sank besonders seit 2012 der Anteil der „Wendeverlierer“ rapide zugunsten der „zufriedenen“ und „konservativen“ Thüringer_innen, vermutlich bedingt durch die günstige konjunkturelle Entwicklung am Thüringer Arbeitsmarkt (ebd., S. 89 f.). „Abgehängte Antidemokrat_innen“ leben noch deutlicher als andere Milieugruppen unter ungünstigen, prekären Lebensumständen, fühlen sich *an den Rand der Gesellschaft gedrängt* und quittieren dies mit einer resignativen, anomischen Abkehr vom demokratischen System, hoher Diktaturaffinität und autoritären Mustern der Abwertung, Ausgrenzung und Feindseligkeit gegenüber Minderheiten. „Neben dem Milieu der Antidemokrat_innen weisen [jedoch] auch das konservative Milieu und das der Wendeverlierer_innen problematische Einstellungsmuster, insbesondere ethnozentristische Orientierungen auf“ (THÜRINGEN-MONITOR 2014: 92).

2. Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

2.1 Rechtsextreme Einstellungen

Dass Demokratiefeindlichkeit und Rechtsextremismus nicht deckungsgleich sind, wurde bereits herausgearbeitet. Die Mehrheit der Thüringer_innen, deren Demokratieunterstützung gering ist, ist nach wie vor *nicht* rechtsextrem eingestellt (vgl. Abb. 6). Im THÜRINGEN-MONITOR wird das Einstellungssyndrom „Rechtsextremismus“ nach einer Konsensdefinition (vgl. Edinger 2010: 8 ff.) in den sechs Dimensionen Ausländerfeindlichkeit, Nationalismus/Chauvinismus, Sozialdarwinismus/Rassismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus, Antisemitismus und Unterstützung einer rechten („nationalen“) Diktatur gemessen. Seit 2001 wurde ein Summenindex errechnet, um den Anteil rechtsextrem eingestellter Thüringer_innen zu errechnen; seit 2014 erfolgt die Angabe eines korrigierten Mittelwertindex, der vereinzelte Antwortverweigerungen bei den zehn Indikatoren zur Einstellungserfassung zulässt (vgl. Best/Salomo 2014). Demnach sind rechtsextreme Einstellungen in der Thüringer Bevölkerung seit Mitte des letzten Jahrzehnts massiv zurückgegangen (Abb. 7), liegen aber weiterhin über bundesweiten Vergleichszahlen (vgl. Zick/Klein 2014: 32ff.). Im Zeitverlauf war in Thüringen vor allem eine massive Abnahme fremdenfeindlicher und ethnozentristischer Einstellungen zu verzeichnen, die nur durch ein Zwischenhoch 2011 unterbrochen wurde. Im eigentlichen Sinne *neonazistische* Ideologeme (u.a. Rassismus und Sozialdarwinismus) befanden sich bereits seit längerem auf relativ geringem Niveau. *Gegenüber 2014 ist der Anteil Rechtsextremer 2015 jedoch wieder stark angestiegen.*

Abb. 6: Anteil rechtsextrem Eingestellter nach Demokratieunterstützung und 2015

2014

(in Prozent, Quelle: Thüringen-Monitor 2015)

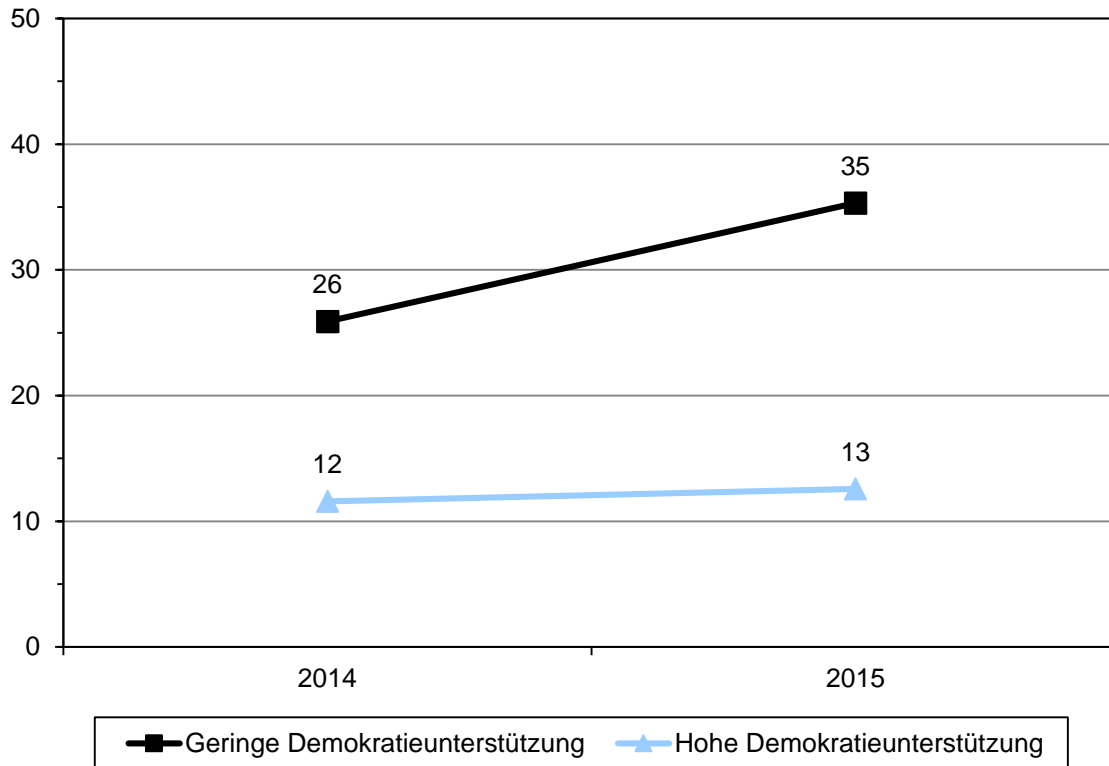
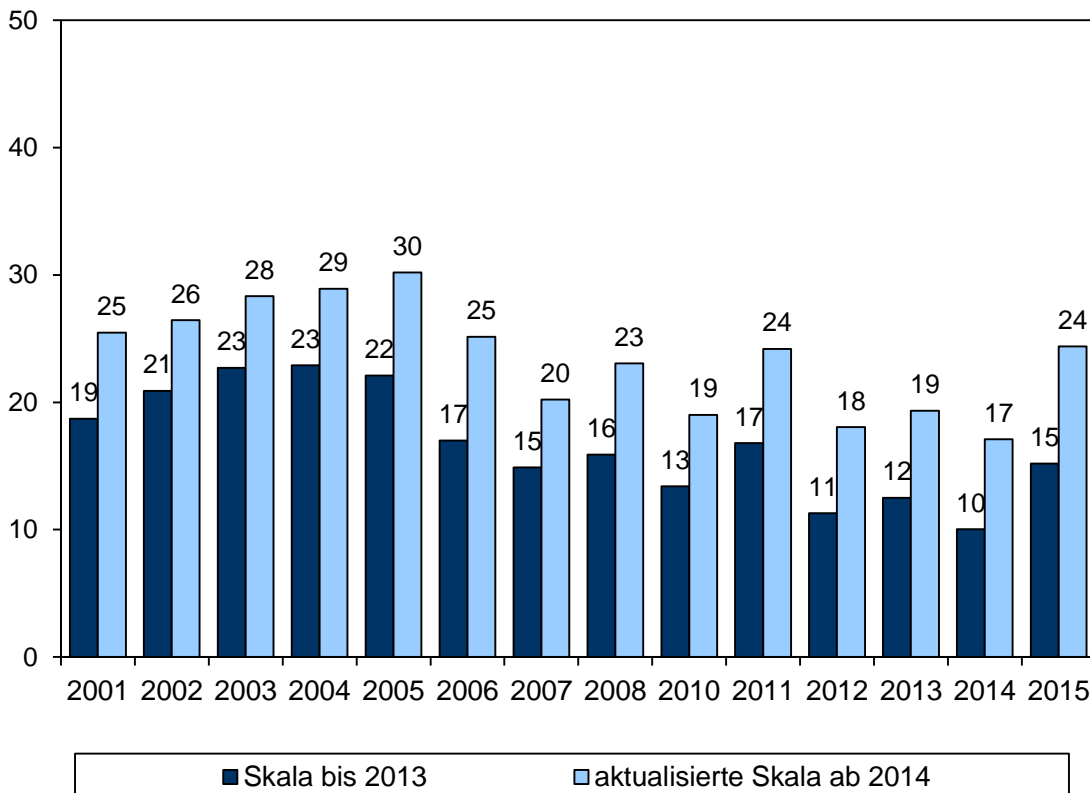


Abb. 7: Anteil rechtsextrem Eingestellter 2001–2015
(in Prozent, Quelle: THÜRINGEN-MONITOR)



Insbesondere ethnozentristische und fremdenfeindliche Aussagen finden erneut erhöhte Zustimmung, doch auch die Verharmlosung des Nationalsozialismus sowie sozialdarwinistisch-rassistische Einstellungen traten (nach zuletzt historischen Tiefwerten!) wieder verstärkt auf (Abb. 8). Dieser Anstieg kann als ein Effekt der bereits oben skizzierten Enttabuisierung interpretiert werden (vgl. Thüringen-Monitor 2015: 121), allzumal die zur Erfassung fremdenfeindlicher Einstellungen im Thüringen-Monitor dienenden Aussagen (Bsp. „Deutschland ist durch die hier lebenden Ausländer in gefährlichem Maße überfremdet“) ihre fast wortgleiche Entsprechung in Politiker_innenreden und Parteiprogrammen finden. Hier wird deutlich, welches Potenzial der Wählermobilisierung für politische Organisationen und Bewegungen mit ethnozentrischen und fremdenfeindlichen Positionen jenseits von rechtsextremer Subkultur und Milieustrukturen besteht.

2.2 Ursachen für rechtsextreme Einstellungen

Rechtsextrem Eingestellte weisen sich durch unterdurchschnittliches Institutionenvertrauen, hohe Politiker_innen- bzw. Parteienskepsis, niedrige Selbstwirksamkeitsüberzeugung, hohe Autoritarismuskwerte sowie signifikant geringere Partizipationsbereitschaft aus. Nur die Bereitschaft, an einer Demonstration „gegen Islamisierung“ teilzunehmen, wird mit 40 Prozent, die Bereitschaft „für seine Ziele zu kämpfen, auch wenn dazu Gewalt notwendig ist,“ wird mit 10 Prozent von rechtsextrem Eingestellten doppelt so häufig bekundet wie von anderen Thüringer_innen; gegenüber den Vorjahren ist die Gewaltbereitschaft allerdings signifikant zurückgegangen (vgl. Edinger 2010: 20). 59 Prozent der rechtsextrem Eingestellten wännen sich selbst in der politischen Mitte oder links davon. Dies belegt ein fatales Auseinanderdriften des einstellungsbasierten Rechtsextremismus und dessen medial-diskursiver Bearbeitung in der politischen Öffentlichkeit, dem in der politischen Bildungsarbeit unbedingt stärker Rechnung getragen werden sollte (vgl. u.a. THÜRINGEN-MONITOR 2014: 82).

Abb. 8: Dimensionen des Rechtsextremismus 2001–2015
(Zustimmung in Prozent, Quelle: THÜRINGEN-MONITOR)

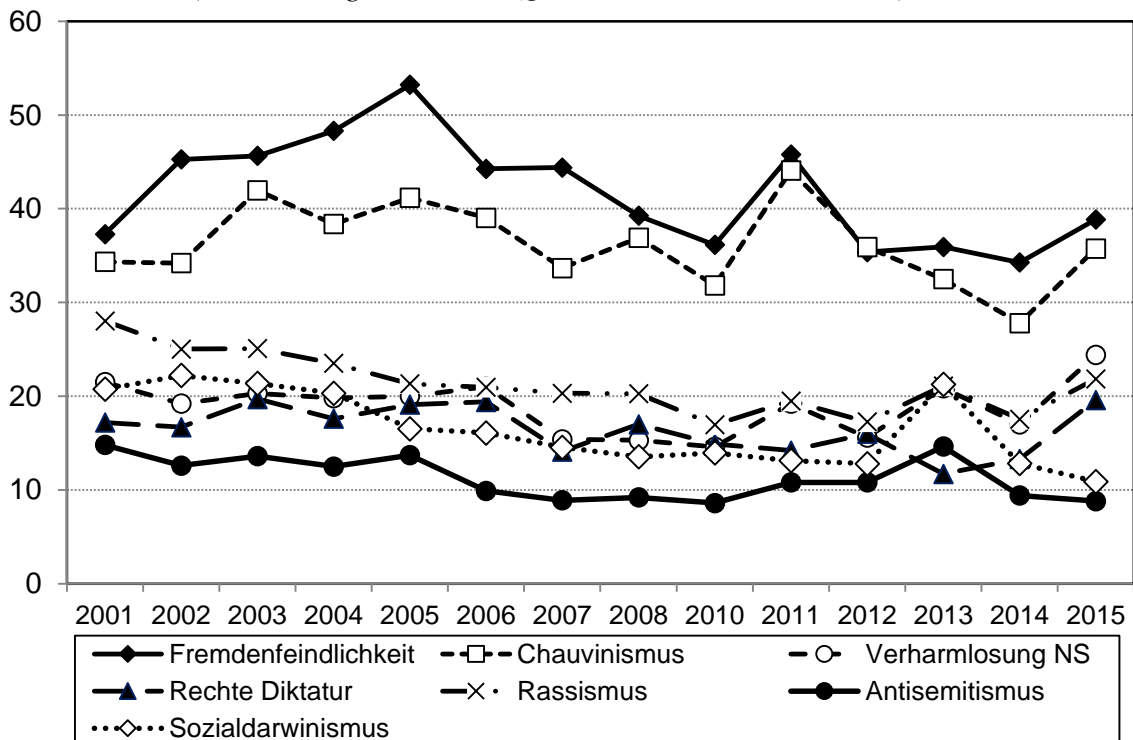
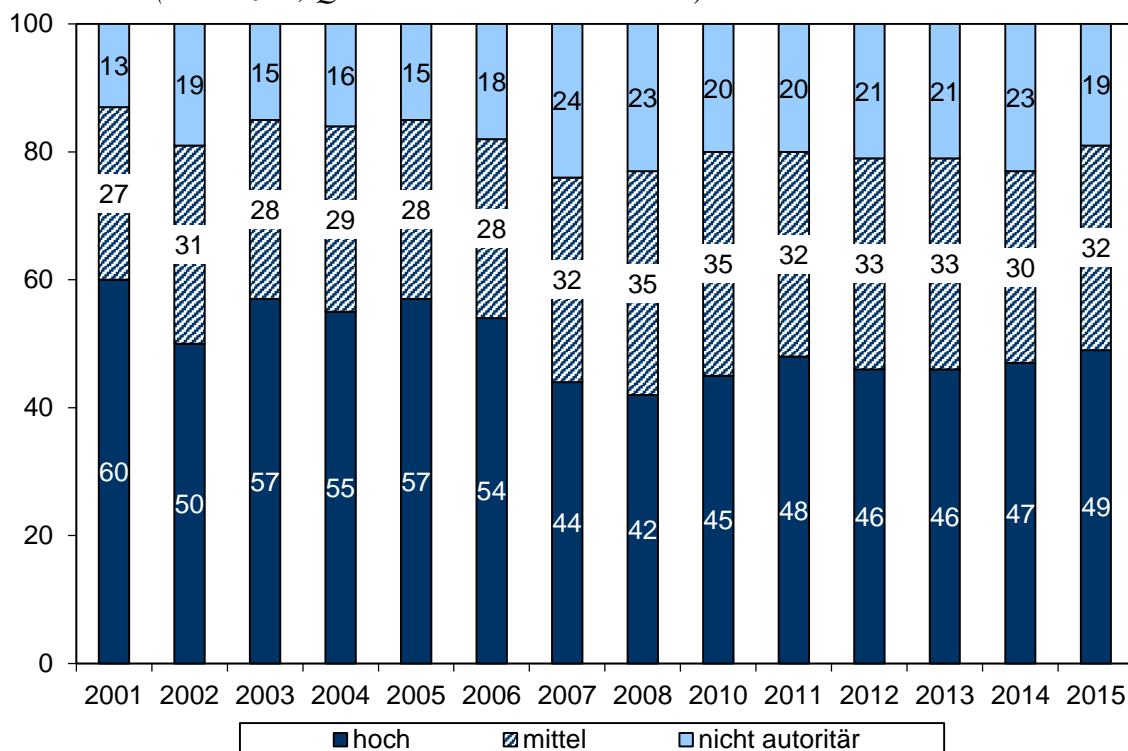


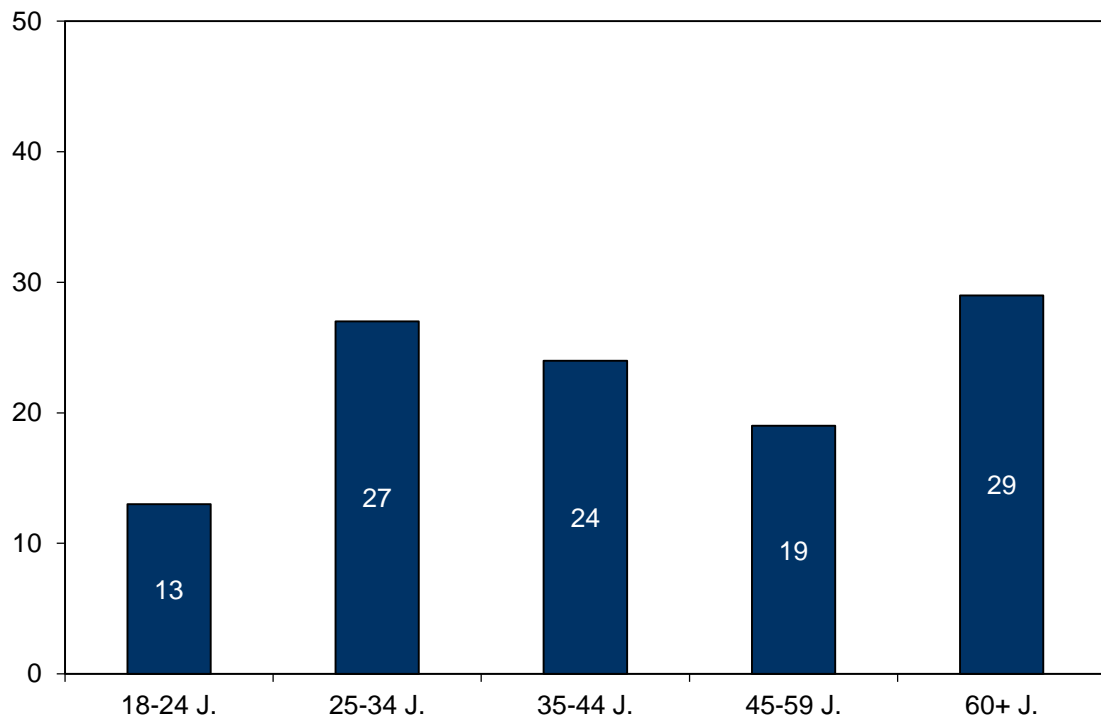
Abb. 9: *Autoritarismus 2001–2015*
(in Prozent, Quelle: THÜRINGEN-MONITOR)



Zu den wichtigsten **Erklärungsfaktoren** für rechtsextreme Einstellungen (vgl. auch THÜRINGEN-MONITOR 2012: 93) zählen neben autoritären (Strenge, Gehorsam und Unterordnung präferierenden) Orientierungen (vgl. Abb. 9), niedrige Bildung, ein geringes Maß an Demokratieunterstützung, das Gefühl der relativen Benachteiligung (der subjektive Eindruck, persönlich „weniger als den gerechten Anteil“ zu erhalten bzw. die negative Beurteilung der eigenen finanziellen Situation) sowie die typisch *ostdeutsche Deprivation*. „Dies gilt, bei getrennter Betrachtung, stärker für die Wahrnehmung einer Diskriminierung der Ostdeutschen durch westdeutsche Mitbürger_innen als für die persönliche Bewertung der Einheit. Unter den Thüringer_innen, die von einer Ostdiskriminierung überzeugt sind, liegt das Niveau rechtsextremer Einstellungen mehr als dreimal so hoch, wie unter denen, die keine solche Diskriminierung wahrnehmen.“ (THÜRINGEN-MONITOR 2015: 101 f.).

Bemerkenswert ist außerdem ein Alterseffekt: Während der Anteil rechtsextrem Eingestellter unter den 18-bis-24-Jährigen 13 Prozent beträgt, liegt er unter Thüringer_innen, die 60 Jahre oder älter sind, mit 29 Prozent signifikant über dem Durchschnitt (Abb. 10). In Beziehung mit Alter, Bildung und entsprechend verfügbarem Humankapital ist zu sehen, dass bei bloßer Betrachtung der Randverteilung auch Frauen sowie arbeitslose Thüringer_innen erhöhte Rechtsextremismuswerte aufweisen. Dies deutet wiederum auf den Effekt der unterschiedlich ausgeprägten Bildungs-, Erwerbs- und Teilhabechancen dieser Sozialkategorien hin. So bekunden rechtsextrem eingestellte Personen signifikant häufiger als andere Befragte, sie hätten „Sorgen, durch die gesellschaftliche Entwicklung immer mehr auf die Verliererseite des Lebens zu geraten“ und beklagen, heute ändere „sich alles so schnell, dass ich oft nicht weiß, woran ich mich halten soll.“ Mechanismen der sozialen Exklusion tragen also nicht nur zur Erosion der Gesellschaft bei, sie entfalten auch eine demokratiegefährdende politische Sprengkraft.

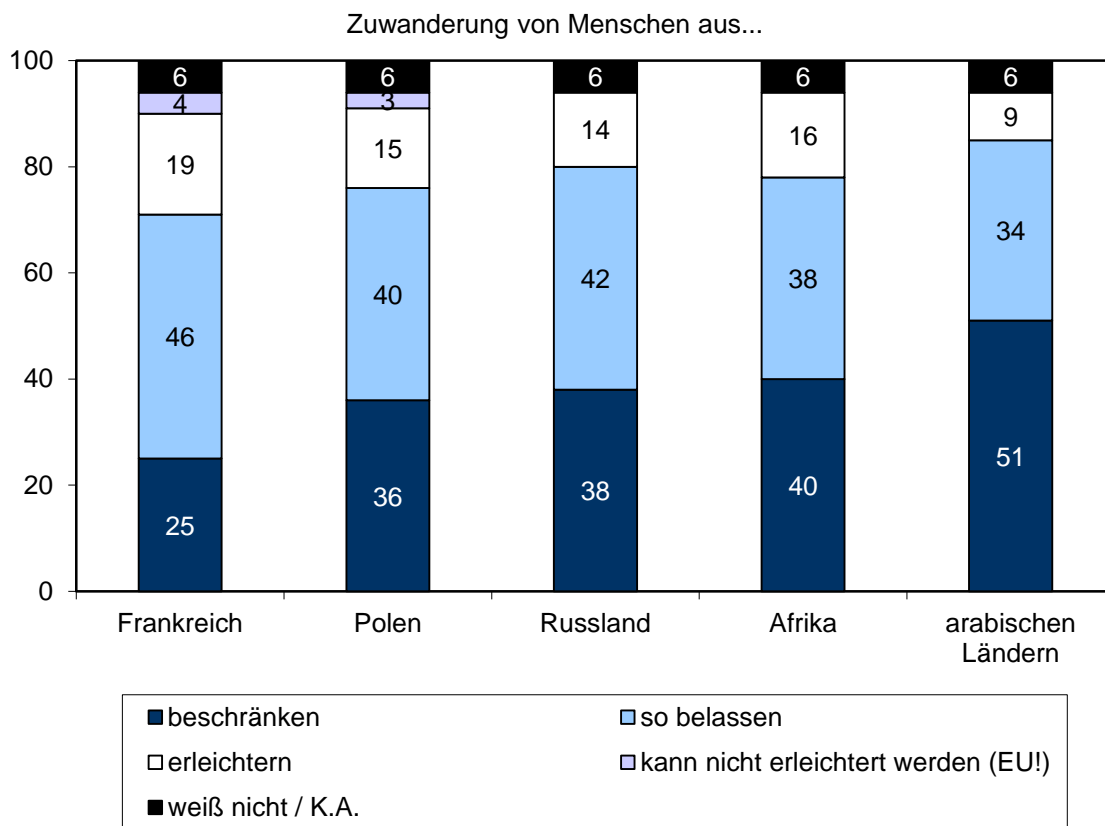
Abb. 10: Anteil rechtsextrem Eingestellter nach Alter
(in Prozent, Quelle: THÜRINGEN-MONITOR 2012)



2.3 Fremdenfeindlichkeit

Die verbreitete **Unterstützung ethnozentrischer, fremdenfeindlicher und Minderheiten diskriminierender Aussagen** kann allerdings nur teilweise auf die genannten sozialstrukturellen und psychosozialen Faktoren zurückgeführt werden. Insbesondere hinsichtlich der Abwertung und Ausgrenzung von Ausländer_innen bzw. der Meinung, dass diese nur nach Deutschland kämen, „um unseren Sozialstaat auszunutzen“ (2010–2014: 44 Prozent Zustimmung; 2015: 40 Prozent Zustimmung) und dass Deutschland „in gefährlichem Maß überfremdet“ sei (2010–2014: 48 Prozent Zustimmung; 2015: 51 Prozent Zustimmung) wird ein problematisches Verhältnis zu multiethnischem Zusammenleben und kultureller Diversität deutlich, dem eine sozialisatorisch-biographische Dimension zuzurechnen ist. Angesichts des vergleichsweise sehr geringen und nur langsam wachsenden Ausländer_innenanteils ist die Bevölkerung des Freistaats Thüringen als ausgesprochen homogen zu bezeichnen. Obwohl „Internationalisierung“ zumindest als abstrakter Wert ein hohes Ansehen der Thüringer_innen genießt (THÜRINGEN-MONITOR 2012), fehlen oftmals individuelle und kollektive Erfahrungen im Umgang mit ethnischer und kultureller Diversität und es setzt nur ein langsamer Gewöhnungsprozess ein.

Abb. 11: Einstellungen gegenüber Zuwanderung aus verschiedenen Herkunftsländern bzw. -regionen (in Prozent, Quelle: THÜRINGEN-MONITOR 2012)



Charakteristisch ist – und für gegenwärtig dominante politische und mediale Diskurse anschlussfähig – ein weitverbreitetes instrumentelles Kalkül gegenüber Zuwanderung (THÜRINGEN-MONITOR 2012: 55), bei dem die Akzeptanz bestimmter Zuwanderungsgruppen von deren Nützlichkeit abhängig gemacht wird und Ethnien offenbar nach ihrer vermeintlichen kulturellen „Kompatibilität“ und Integrationsfähigkeit beurteilt werden (ebd., 50 f.): Menschen aus Ländern des muslimischen Kulturkreises werden dabei am stärksten abgelehnt (Abb. 11); die Hälfte der Thüringer_innen gab zudem an, sich vom potenziellen „Bau von Moscheen in der Nachbarschaft“ und dem „Tragen von Kopftüchern durch Musliminnen im öffentlichen Dienst (z. B. Lehrerinnen)“ gestört zu fühlen (ebd., 53 f.). Die Annahme, dass der *Kontakt* zu Fremden dazu beiträgt, bestehende Vorurteile und Ressentiments abzubauen, ließ sich in den statistischen Kausalanalysen des THÜRINGEN-MONITOR allerdings nicht direkt bestätigen: Befragte mit höherer Bildung wiesen zwar mehr kulturelle Kontakte auf und besaßen gleichzeitig eine höhere Immunität gegen rechtsextreme Einstellungen, doch hatten Verbindungen zu Menschen in anderen Ländern, Auslandsaufenthalte sowie die Existenz von Migrant_innen unter den eigenen Nachbar_innen und Kolleg_innen *an sich* keinen messbaren Einfluss auf rechtsextreme Einstellungen (THÜRINGEN-MONITOR 2012: 94). Beachtet werden muss hier jedoch, dass die Art bzw. Intensität der Kontakte und vor allem eine *längerfristige kulturelle Prägung* sehr entscheidend sein dürften. Jedenfalls sind 18-bis-24-Jährige (mit überdurchschnittlich häufig bekundeten privaten Kontakten zu Ausländer_innen und internationalen Erfahrungen) signifikant seltener ausländerfeindlich und ethnozentristisch eingestellt als ältere Thüringer_innen und haben u.a. auch weniger Ressentiments gegenüber Muslim_innen.

2.4 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Noch viel weniger als bei rechtsextremen Einstellungen handelt es sich bei **Einstellungen, die der Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit** (GMF; vgl. Heitmeyer 2012) zuzurechnen sind, um ein „Randphänomen“, das auf politisch radikale und sozialstrukturelle oder subkulturell klar abgrenzbare Teile der Bevölkerung beschränkt wäre. Deutlich erkennbar ist, dass „Ressentiments gegenüber schwachen Gruppen bis weit in die politische Mitte hineinreichen“ und auf breite Zustimmung stoßen (vgl. Zick / Klein 2014: 76). Besonders die gesellschaftlichen Debatten um Asyl, Migration und Integration haben in jüngster Zeit die Frage nach der Akzeptanz ethnischer und religiöser Minoritäten weiter in den Vordergrund rücken lassen. Die Einstellung *großer Teile* der Bevölkerung gegenüber jenen „exogenen“ (das heißt „von außen in die Gesellschaft kommenden“) Fremden (Migrant_innen, Asylsuchenden, Muslim_innen) muss als skeptisch bis ablehnend bezeichnet werden. Hinzu treten ablehnende, ausgrenzende und die Ungleichwertigkeit betonende Einstellungen gegenüber solchen Personengruppen, die aufgrund ihrer sozialen, ökonomischen, kulturellen Merkmale, ihrer Identität oder ihrer Lebensweise als „Andere“ in der „Mehrheitsgesellschaft“ erscheinen und als „endogene Fremde“ konstruiert werden, beispielsweise Langzeitarbeitslose, Obdachlose, Behinderte und Homosexuelle (vgl. THÜRINGEN-MONITOR 2015: 103 f.; *zum Konzept des Otherings* vgl. Kapitel II.3.1.1). Die Bedeutung verbreiteter Ungleichwertigkeitsvorstellungen für die Gefährdung der Demokratie und des Zusammenlebens in einer offenen und pluralistischen Zivilgesellschaft sind evident: „Nur ein äußerst geringer Teil der Bevölkerung mag selbst diskriminierendes *Handeln* an den Tag legen, doch wenn Menschen auch nur in denkbar abgeschwächter Form die diskriminierenden Einstellungen mit den Täter_innen teilen, ist eine Sensibilität für Diskriminierung nicht gegeben. Und dann werden die soziale Ächtung dieser Taten und die Umsetzung von Antidiskriminierungsgesetzen umso schwieriger. Auch Zivilcourage ist in einem solchen Kontext sicher problematischer als wenn ein breiter Konsens gegen die Abwertung und Ausgrenzung von Minderheiten bestünde“ (Salheiser 2015a: 6).

Erstmals wurden im THÜRINGEN-MONITOR 2015 gleichzeitig alle zwölf von Heitmeyer et al. vorgeschlagenen GMF-Facetten mit insgesamt 19 Aussagen abgebildet (vgl. Abb. 12), nachdem in den Vorjahren ausgewählte Aspekte untersucht worden waren, darunter jene zur Fremdenfeindlichkeit und zum Antisemitismus, die gleichzeitig Teil des Messkonzeptes zur Erfassung rechtsextremer Einstellungen sind. Bei gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit handelt es sich um ein multidimensionales Einstellungssyndrom mit stark ambivalentem Zustimmungsverhalten; keinesfalls etwa um eine monolithische Ideologie, die nur von klar bestimmbar Personenkreisen vertreten würde oder der gegenüber größere Bevölkerungsteile Immunität beanspruchen könnten. Dies zeigt die „*Problematik differenzierter Vorurteile und ablehnender Haltungen*, welche über Alters-, Bildungs-, Status- und sozio-politische Milieugrenzen hinweg weit verbreitet sind. Teilweise sind GMF-Einstellungen der öffentlichen Wahrnehmung entzogen, solange kein Anlass zur Einstellungsäußerung besteht. Sie können jedoch aktiviert und aktualisiert werden, wenn beispielsweise gesellschaftliche Diskurse, soziale oder politische Konflikte bzgl. der jeweils fokussierten Personengruppe (Minderheit) auftreten oder sich verschärfen.“ (THÜRINGEN-MONITOR 2015: 105).

Nur sieben Prozent der Befragten stimmten 2015 keiner einzigen GMF-Aussage zu; ein Viertel der Befragten stimmt einer bis drei GMF-Aussagen zu, ein weiteres Viertel der Befragten vier bis sieben Aussagen, ein weiteres Viertel der Befragten acht bis elf Aussagen. Weniger als vier Prozent der Befragten stimmten mehr als 13 Fragen zu, kein_e einzige_r Befragte_r allen 19 Aussagen.

Abb. 12: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit 2015
(Zustimmung in Prozent, Quelle: THÜRINGEN-MONITOR 2015)

Facetten und Statements (Indikatoren)	
<hr/>	
Fremdenfeindlichkeit	
Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.	52
Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.	40
Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.	22
(Klassischer) Rassismus	
Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt.	13
Muslim_innenfeindlichkeit	
Die meisten in Deutschland lebenden Muslime akzeptieren NICHT unsere Werte, so wie sie im Grundgesetz festgeschrieben sind.	47
Muslime in Deutschland stellen zu viele Forderungen.	62
Antisemitismus	
Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns. (<i>primärer Antisemitismus</i>)	9
Juden versuchen heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit die Opfer gewesen sind. (<i>sekundärer Antisemitismus</i>)	29
Behindertenfeindlichkeit	
Für Behinderte wird in Deutschland zu viel Aufwand betrieben.	5
Obdachlosenfeindlichkeit	
Bettelnde Obdachlose sollten aus den Fußgängerzonen entfernt werden.	40
Sinti- und Roma-Feindlichkeit (<i>Antiziganismus</i>)	
Ich hätte Probleme damit, wenn sich Sinti und Roma in meiner Wohngegend aufhalten.	39
Abwertung von Asylbewerber_innen	
Die meisten Asylbewerber befürchten nicht wirklich, in ihrem Heimatland verfolgt zu werden.	55
Bei der Prüfung von Asylanträgen sollte der Staat NICHT großzügig sein.	70
Asylbewerber sollten von der übrigen Bevölkerung getrennt untergebracht werden.	18
Abwertung von Langzeitarbeitslosen	
Die meisten Langzeitarbeitslosen machen sich auf Kosten der Anderen ein schönes Leben.	55
„Sexismus gegen Frauen“ (<i>Betonung traditionalistischer, antifeministischer Rollenbilder</i>)	
Frauen sollen sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen.	14
Homophobie	
Eine Beziehung zwischen Personen desselben Geschlechts ist unnatürlich. (<i>primäre H.</i>)	24
Die eingetragene Partnerschaft zwischen zwei Frauen oder zwei Männern sollte der Ehe zwischen einem Mann und einer Frau NICHT völlig gleichgestellt werden mit allen Rechten und Pflichten. (<i>sekundäre Homophobie</i>)	26
Etabliertenvorrechte	
Wer schon immer hier lebt, sollte mehr Rechte haben als die, die später zugezogen sind.	28

2.5 Ursachen für Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Kausalanalysen zeigen, dass das Vorliegen autoritärer Einstellungen, die Selbstpositionierung rechts der politischen Mitte, ein höheres Alter und geringe Bildung (insbesondere von älteren Frauen) sowie eine häufiger selbst erlebte Diskriminierung als Ostdeutsche_r (also *eigene* Exklusionserfahrung!) die Tendenz zu GMF-Einstellungen insgesamt signifikant erhöhen (vgl. THÜRINGEN-MONITOR 2015: 114). Allerdings werden abwertende Einstellungen gegenüber *exogenen* Fremden erheblich auch durch eine negative Bewertung der eigenen Situation, d.h. einer subjektive Deprivation gespeist (s.o.). Dagegen ist ein Einfluss sozio-ökonomischer Benachteiligung auf die Abwertung und Ablehnung *endogener* Fremdheit bzw. autochthoner sozialer Minderheiten nicht gegeben. Statt materialistischer Kalküle (wie beispielsweise hinsichtlich der Bewertung von Asylbewerber_innen) spielt hier offenbar eine *autoritäre*, traditionalistische Beharrung auf bestimmten kulturellen Werten und Normen eine stärkere Rolle, die wiederum von markanten Alters-, Bildungs- und Geschlechtsunterschieden moderiert wird. Besonders bezüglich endogener Fremdheit (z.B. Homosexualität) können jüngere, höher gebildete und weibliche Personen tendenziell als toleranter und „akzeptierender“ bezeichnet werden.

Wenig überraschend ist der Befund, dass *rechtsextrem Eingestellte* signifikant häufiger zur *globalen* Abwertung jener Menschengruppen neigen, die in den zwölf Facetten des GMF-Syndroms repräsentiert sind. Für „durchschnittliche“ Thüringer_innen lässt sich zwar keine solche klare Zustimmungstendenz konstatieren, stattdessen treten jedoch bemerkenswerte Grade der *vorurteilsbehafteten Distanzierung, Entsolidarisierung bzw. Empathielosigkeit* gegenüber bestimmten Minderheiten zutage. Dies betrifft u.a. Aussagen über Langzeitarbeitslosen, Obdachlose, Sinti und Roma und Homosexuelle. Selbst antisemitische und eindeutig rassistische Einstellungen, in denen die Relativierung historischer Schuld anklingt, werden im Meinungsbild der Thüringer_innen durch zweistellige Zustimmungswerte ausgewiesen. Vor allem aber die potenzielle Gefahr des „Kippen der öffentlichen Meinung“ in Fragen der Asyl-, Zuwanderungs- und Integrationspolitik in Thüringen und Deutschland wird in den Daten des THÜRINGEN-MONITORS 2015 transparent.

II. Rechtsextremismus und weitere Herausforderungen für die demokratische Kultur in Thüringen: Ein aktueller Überblick

Matthias Quent

1. Einleitung

Die Ambiguität, den Begriff „Rechtsextremismus“ gleichzeitig als präzise definiertes Einstellungsmuster (vgl. Teil I) *und* als Sammelbezeichnung für zum Teil facettenreich schillernde politische, subkulturell, formell und informell organisierte Gruppen und Organisationen zu verwenden sorgt in der öffentlichen Debatte zum Teil für erhebliche Verwirrungen. Die Konfusion wird verstärkt durch das nochmals vom wissenschaftlichen Sprachgebrauch abweichende behördliche, verwaltungstechnisch geprägte Rechtsextremismusverständnis, das die Polizei- und Verfassungschutzbehörden für ihre Praxis, ihre Messungen und Öffentlichkeitsarbeit verwenden. Der Extremismusbegriff ist sozialwissenschaftlich im Ganzen umstritten. Für die Präventionsarbeit im Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit hat das Kompetenzzentrum Rechtsextremismus der FSU Jena daher schon 2013 empfohlen:

„[...] unabhängig von der politischen Richtungslehre die gesellschaftlichen Vorräte an Ungleichwertigkeitsvorstellungen zum zentralen Aspekt des Landesprogrammes zu erheben. Diese Ungleichwertigkeitsvorstellungen drücken sich in den unterschiedlichen Erscheinungsformen der Einstellungssyndrome Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und des „Rechtsextremismus“ aus. Sie gerieren sich in formellen und informellen sowie jugend- und subkulturellen Phänomenen des „Rechtsextremismus“ und Rechtspopulismus zu Objekten der politischen Auseinandersetzung. Politik, Bildung und Zivilgesellschaft, aber auch Kultur und Ökonomie sind wichtige Variablen im Reproduktionskreislauf dieser Phänomene.“ (Quent 2013a: 10)

Aufgrund der Vielgestalt des (Rechts-)Extremismusbegriffes und seiner Instrumentalisierbarkeit als „Kampfbegriff in der tagespolitischen Auseinandersetzung“ (Pfahl-Traugber 2006: 11) sind Konfusionen und Abwehrreaktionen vorprogrammiert. Auf Versammlungen der AfD und von PEGIDA, bei politischen Diskussionen und im Internet verwehren sich Anhänger_innen, Unterstützer_innen und Sympathisant_innen migrationsfeindlicher Gruppen dagegen, „in die rechte Ecke gestellt“, als ‚rechtsextrem‘ oder gar ‚Neonazis‘ bezeichnet zu werden. Der Spiegel-Kolumnist Sascha Lobo bezeichnete Personen, die sich nur vorgeblich vom Rechtsextremismus distanzieren um dann in einer konstruierten Opferrolle rechtsextremistische und gewaltbilligende Positionen zu vertreten als „Aber-Nazis“ („Ich bin kein Nazi, aber...“) (vgl. Lobo 2015). Die Einordnung und Bewertung politischer Meinungen und kollektiver Proteste unter demokratischen Gesichtspunkten ist von großer Bedeutung – insbesondere die Grenzziehung gegenüber dem „Extremismus“ – da diese Fragen gesellschaftsprägende Dichotomien wie legitime Meinungsäußerung und soziale Ächtung, demokratischen Wettbewerb und wehrhafte Demokratie, Diskurs und Gewalt sowie Argument und Demagogie betreffen. Welche politischen Äußerungen muss eine demokratische Gesellschaft *ernst nehmen* und welche *bekämpfen*? Diese Fragen umzeichnen permanente, nicht final zu beantwortende Auseinandersetzungen, die in der Zivilgesellschaft ständig neu ausgehandelt werden. Als Leuchttfeuer der Orientierung dienen in der Demokratie die Ideen der Aufklärung, die demokratischen Versprechen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, die Menschenrechte und – last but not least – das Grundgesetz. Die Abwehr einer

Fremdbezeichnung durch die so Kategorisierten (z.B. die Rechtsextremen, die *aber* so nicht genannt werden wollen) stellt für sich keinen ausreichenden Anlass dar, auf diese Benennung zu verzichten, wenn damit ein analytischer Mehrwert verbunden ist. Das Dilemma des Extremismusbegriffes liegt nicht zuletzt darin, dass mit „Extremismus“ Randständigkeit, Minorität und Staatsferne suggeriert wird. Dass jedoch extremistische Orientierungen und Politikformen nicht nur mehrheitsfähig, sondern auch staatstragend sein können, zeigt die Geschichte der faschistischen Massenbewegungen, des nationalsozialistischen Staates und anderer rechter Diktaturen. Der französische Front National verdeutlicht, dass rechtsextreme Parteien auch in westlichen Gesellschaften des 21. Jahrhunderts erhebliche elektorale Stimmgewinne erzielen können.

Einstellungsstudien wie der THÜRINGEN-MONITOR (vgl. Teil I; Best et al. 2015) weisen anhand eines klar definierten Rechtsextremismusverständnis die Virulenz dieser Orientierungen in nahezu allen sozialen und politischen Milieus nach. Dennoch ist evident, dass nur ein Teil jener, die als rechtsextrem operationalisierte Einstellungen teilen, sich auch rechtsextrem verhalten, d.h. rechtsextreme Parteien wählen, an rechtsextremen Protestveranstaltungen teilnehmen oder sogar Gewalt anwenden. Menschen sind in ihren Einstellungen und Verhaltensentscheidungen frei *und* ambivalent. Rommelspacher (2011) betont zwei wesentliche Unterschiede zwischen der „Mitte“ und dem rechtsextremen „Rand“ der Gesellschaft: Erstens wird Gewalt von der großen Mehrheit der Bevölkerung grundsätzlich abgelehnt, während sie für den überwiegenden Teil der Rechtsextremen ein zentrales Mittel zur Durchsetzung politischer Vorstellungen ist (Rommelspacher 2011: 49). Zweitens sind Menschen in ihren Einstellungen *nicht eindeutig* (ebd.):

„So stimmen zwar viele z.B. der Aussage zu, dass zu viele ‚Ausländer‘ in Deutschland leben, dieselben Leute glauben aber gleichzeitig, dass man sich angesichts der Globalisierung nicht einfach abschotten kann. Auch wenn Menschen nationalistisch orientiert sind, heißt das nicht unbedingt, dass sie Multikulturalität und Globalisierung ablehnen. Die Angehörigen der ‚Mitte‘ wissen, dass die Gesellschaft auf Einwanderung, Export und internationalen Austausch angewiesen ist und dass die Tatsache der Pluralität ebenso wie die Notwendigkeit ihrer Weltoffenheit nicht einfach wegdiskutiert werden kann. Ebenso sind wie überzeugt, dass Prinzipien wie Gerechtigkeit, Gleichheit und Menschenrechte wichtig sind, akzeptieren jedoch nicht, dass Einwanderer oder gar Asylbewerber dieselben Rechte haben sollten, wie sie selbst.“ (Rommelspacher 2011: 49)

Diese Ambivalenzen, so Rommelspacher (ebd.) sind auch ein Ausdruck widersprüchlicher Gesellschaftsstrukturen:

„Einerseits werden Einwanderer und Flüchtlinge z.B. rechtlich diskriminiert, andererseits gelten jedoch Gleichheit, soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte als Fundamente dieser Gesellschaft. So besteht auch generell eine massive Diskrepanz zwischen Gleichheitsansprüchen und Ungleichheitsverhältnissen.“ (Rommelspacher 2011: 49)

Die besondere Bedeutung solcher demokratiethoretischen Widersprüche zwischen den *offiziellen Werten der Gesellschaft* und den *lebensweltlichen Erfahrungen* ist als „demokratische Schere“ zu bezeichnen. (vgl. Quent 2015c: 72) Dieser Ambivalenz trägt die Einstellungsforschung bisher kaum Rechnung. Sie sind jedoch für das Verstehen der rechtsextremen Bewegung und ihrer Ideologie von zentraler Bedeutung, denn sie sind der Anker rechtsextremer Deutungsangebote in der Mehrheitsgesellschaft: „An diesen Spannungen setzt rechtsextremistisches Gedankengut an und löst die Ambivalenzen einseitig in Richtung Dominanzinteressen und Abschottungspolitik auf, nach dem Motto: ‚Wir zuerst.‘“ (Rommelspacher 2011: 49). Kern des Rechtsextremismus ist demnach die „Politisierung sozialer, ethnischer und kultureller Hierarchien“ (ebd.: 50), die bspw. in den Formen von

„‘Rassen‘, Kulturen und Nationen oder auch in der Unterscheidung zwischen ‚lebenswertem‘ und ‚unwertem‘ Leben“ (ebd.) als biologische Gegebenheit gedeutet werden. Dabei geht es Rechtsextremen darum „das Recht des Stärkeren in Bezug auf alle sozialen Hierarchien durchzusetzen.“ (ebd.) Die „Verführungskraft des Rechtsextremismus“ (ebd.) liegt demnach in dem Versprechen, „die Spannungen und Ambivalenzen zwischen Egalitätsansprüchen und Eigeninteressen aufzulösen. Damit greift er Fragen und zentrale Widersprüche auf, die strukturell in der ‚Mitte‘ der Gesellschaft verankert sind.“ (Rommelspacher 2011: 50) Rechtsextremismus kann demnach definiert werden als eine Ideologie, die Ungleichwertigkeitsvorstellungen politisch umzusetzen versucht: dies ist der kleinste gemeinsame Nenner unterschiedlicher Akteure² innerhalb der *rechtsextremen Bewegung*.

1.1 Rechtsextremismus als innovationsfähige soziale Bewegung

In Abgrenzung zum Rechtsextremismusverständnis der Einstellungsforschung (vgl. Teil I) bezieht sich der Überblick in diesem Beitrag auf die rechtsextremistische Bewegung in Thüringen. Soziale Bewegungen sind definiert als (a) über längere Zeit stabile und gesellschaftspolitisch wirksame Netzwerke von Individuen, Gruppen, Netzwerken und Organisationen, die (b) über eine kollektive Identität (Ziele, Wertorientierungen, Deutungs- und Handlungsmuster, Abgrenzung gegenüber anderen Bewegungen usw.) verfügen und (c) den Anspruch auf die Umgestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse erheben (vgl. Roth/Rucht 2008: 13). Dabei sind die Erscheinungsformen und Organisationsweisen des Rechtsextremismus nicht statisch. Vielmehr handelt es sich um eine innovationsfähige soziale Bewegung (vgl. Kollmorgen/Quent 2014). Der Rechtsextremismus verkörpert nicht nur

„[...] deshalb eine dynamische soziale Erscheinung, weil er Moment übergreifender gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse ist, denen er sich – man denke an demographische, wirtschaftsstrukturelle oder politisch-kulturelle Wandlungsprozesse – nicht (gänzlich) entziehen kann. Vielmehr repräsentiert er, eingebettet in vielfältige soziale Austauschprozesse, trotz seiner reaktionären Ideologie eine wandlungsfähige und sich bewusst modernisierende soziale Bewegung.“ (Kollmorgen/Quent 2014: 5)

Dies beschreibt akademisch, was viele Akteure aus den Bereichen der zivilgesellschaftlichen, politischen und behördlichen Auseinandersetzung mit dem Themenfeld Rechtsextremismus beobachten und bestätigen: Rechtsextreme Strukturen und Aktivist_innen orientieren sich in ihrem Auftreten, in ihrer politischen Kommunikation und in ihren Organisationsformen häufig eng an spezifische lokale und diskursive soziale Umfeldbedingungen und Gelegenheitsstrukturen. Schon auf Grund dieser Übersetzungs- und Anpassungsprozesse kann der Rechtsextremismus nicht umfassend analysiert werden, ohne den gesellschaftlichen Kontextbedingungen seines Wirkens Rechnung zu tragen. Beispielfür diese Innovationsprozesse des organisierten Rechtsextremismus steht 2015 die Formierung und Mobilisierung rechtsextremer Gruppen in Thüringen, die in Anlehnung an die mobilisierungsstarke, rassistische jedoch nicht durchweg rechtsextremistische lokale PEGIDA-Bewegung in Dresden unter Bezeichnungen wie „Sügida“ („Südthüringen gegen die Islamisierung des Abendlandes“) und „Thügida“ („Thüringen gegen die Islamisierung des Abendlandes“) landesweit Demonstrationen organisieren.

Soziale Innovation innerhalb des Rechtsextremismus bedeutet zwar immer „Verbesserung“ des Bestehenden *aus der Sicht der Innovator_innen* – beispielsweise hinsichtlich der eigenen

² Wir verwenden in diesem Papier einen sächlichen Akteursbegriff für sozial Handelnde, Individuen sowie Personengruppen, Organisationen oder Institutionen.

Mobilisierungsfähigkeit durch die Adaption bekannter und kontroverser Sprechweisen – jedoch sind soziale Innovationen in gesellschaftlicher Hinsicht *normativ* offen (vgl. Kollmorgen und Quent 2014: 6), insofern sie einen *Modus* der Veränderung beschreiben, die allen gesellschaftlichen Entitäten mit jedwedem Gruppenzweck zur Verfügung stehen. Innovationen im Rechtsextremismus reagieren nicht zuletzt auch auf zivilgesellschaftliche und politische Gegenmaßnahmen mit dem Ziel, diese ‚ins Leere laufen‘ zu lassen und die Reproduktions- und Handlungsfähigkeit rechtsextremer Agenden auszubauen oder zumindest aufrecht zu erhalten. Auf Grund dieser Anpassungsfähigkeit müssen sich daher staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure ihre Konzepte und Maßnahmen auf den Prüfstand stellen und reflektieren, inwieweit diese (noch) adäquate und wirkungsvolle Reaktionen auf die Gefährdungen darstellen. Die vorliegende Analyse der Gefährdungen für die demokratische Kultur in Thüringen stellt überblicksartig dar, wie sich die Situation im Freistaat seit der letzten umfassenden wissenschaftlichen Bestandsaufnahme im Jahr 2010 (vgl. Edinger 2010) verändert hat. Im Rahmen dieser Darstellung können nur Trends berücksichtigt werden, die Eingang in die öffentliche Debatte gefunden haben. Daneben existieren häufig spezifische lokale Herausforderungen, die mitunter versteckt und jenseits der öffentlichen Wahrnehmung wirken. Beispielhaft haben Schulz und Quent die Erscheinungsformen, Entwicklungsdynamiken und Innovationen lokaler rechtsextremer Strukturen in den Thüringer Kommunen Jena, Saalfeld, Kahla und Erfurt erhoben und dargestellt (vgl. Quent/Schulz 2015). Präventions- und Interventionsmaßnahmen, etwa im Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit, müssen – wollen sie wirksam sein und bleiben – den taktischen Innovationen des Rechtsextremismus Rechnung tragen, die ihrerseits mitunter mittel- oder unmittelbare Reaktionen auf die Gegenmaßnahmen darstellen. Soziologische Analysen und kritische Reflexionen des zivilgesellschaftlichen und politischen Handelns müssen daher auch makrosoziale Prozesse sowie intendierte und nicht-intendierte Folgen von Gegenmaßnahmen berücksichtigen.

Diesem Ansatz folgend werden im Weiteren zunächst einige Befunde der ‚Gefährdungsanalyse‘ von 2010 wiedergegeben (vgl. Kapitel I.1.2). Dem folgt eine pointierte Zusammenschau der tiefgreifenden gesellschaftspolitischen globalen, nationalen und föderalen Transformationsprozesse der vergangenen fünf Jahre, die auch für Veränderungen der politischen und zivilgesellschaftlichen Landschaft im Freistaat Thüringen von Bedeutung sind (vgl. Kapitel I.2). Sodann werden in Kapitel II.3 die zeitgenössischen Herausforderungen durch die rechtsextreme Bewegung für die demokratische Kultur in Thüringen dargestellt und analytisch zusammengefasst. Auch wenn der Rechtsextremismus in Thüringen u.a. nach Einschätzung des Kompetenzzentrum Rechtsextremismus der FSU Jena (vgl. Quent 2013) die größte Herausforderung ist, wird die demokratische Kultur keineswegs ausschließlich von Einstellungen, Narrativen und Strukturen des Rechtsextremismus herausgefordert. Weitere Bedrohungen gegenüber der demokratischen Kultur, gegenüber den Grundwerten der Aufklärung und gegen die Gleichwertigkeit der Menschen werden im Kapitel II.4 umrissen. Abschließend stellt Kapitel II.5 zentrale Herausforderung der nächsten Jahre für demokratische Akteure in Thüringen dar, deren Virulenz bereits heute zu prognostizieren ist.

1.2 Retrospektive

Als Gefährdungen der demokratischen Kultur in Thüringen stellt Edinger (2010) a) die Ideologie der Ungleichwertigkeit (ebd.: 8ff), b) rechtsextreme Parteien und Bewegungen (in Form von Kameradschaften und Subkultur) (ebd.:22ff), c) Gewalt als „praktizierte Menschenfeindlichkeit“ (ebd.: 41ff) sowie d) „politische Entfremdung als Entleerung der Demokratie“ (ebd.: 46ff) heraus. 2010 waren in Thüringen die rechtsextremen Parteien DVU, REP und NPD aktiv. Edinger stellte fest, dass rechtsextremen Parteien der Einzug in den

Thüringer Landtag nicht gelang insbesondere durch „Mobilisierungsdefizite, die sich aus ihrer mangelnden Präsenz in der Fläche, ihrem Personal und aus organisatorisch-strategischen Problemen ergeben.“ (Edinger 2010: 30) Programmatisch sei die Agenda der Rechtsaußenparteien bestimmt durch drei Themenkomplexe: 1) Zuwanderung/Ausländer, 2) nationale Souveränität statt internationaler Einbindung und 3) „die Forderung nach einer radikalen Law-and-Order-Politik“ (ebd.: 34). Hinsichtlich der Entwicklung des bewegungsförmigen Rechtsextremismus gibt Edinger (ebd.: 39) unter Bezug auf Angaben des Thüringer Verfassungsschutzes die Anzahl der Mitglieder rechtsextremer Gruppierungen in Thüringen sowie die Zahl rechtsextremer Konzerte im Freistaat wider. Der Rückgriff auf Angaben von Mitgliedszahlen rechtsextremer Organisationen durch Verfassungsschutzbehörden ist zwar in der medialen sowie in Teilen der wissenschaftlichen Darstellung verbreitet, leidet jedoch unter dem schwerwiegenden methodischen Problem der fehlenden Nachvollziehbarkeit der Erhebungsweise dieser Angaben. Die empirische Aussagekraft dieser Werte ist begrenzt, daher wird hier darauf verzichtet.

Aufgrund der Dunkelfeldproblematik können polizeiliche Angaben über politische Gewalt- und Straftaten nur einen Teil der tatsächlichen Vorfälle abbilden. Dennoch ist die Erfassung der „politischen Kriminalität“ zumindest nachvollziehbar, insofern sie sich auf konkret-benennbare Vorfälle beziehen. Diese Daten eignen sich um längerfristige Trends zu beobachten (vgl. Kapitel II.3.5).

Unter Bezug auf Colin Crouch (2008/2012) und u.a. anhand der Entwicklung der Wahlbeteiligung in Thüringen beschreibt Edinger ein Szenario der „Postdemokratisierung“ in Thüringen. Er stellt u.a. fest: „Seit dem Jahr 2002 liegen die Beteiligungsraten in Thüringen [...] bei allen Bundestags- und Landtagswahlen niedriger als in der alten Bundesrepublik.“ (ebd.: 48). In Abschnitt II.4.1 wird untersucht, ob sich dieser Trend seit 2010 fortgesetzt hat.

2. Thüringen in der Welt – Die Welt im Umbruch

Die globalen und nationalen gesellschaftlichen Bedingungen und Diskurse waren zwischen 2010 und 2015 raschen und weitreichenden Veränderungen unterworfen. Diese führten zum Teil zu unmittelbaren, zum Teil in komplexen Kausalitätsketten zu Reaktionen in der politischen Zivilgesellschaft in Deutschland und Thüringen. Zentrale Ereignisse werden im Folgenden genannt, ohne sie in diesem Rahmen erquicklich analysieren zu können. Deutlich wird dadurch, dass Entwicklungen im bewegungsförmigen Rechtsextremismus nicht unter Laborbedingungen eines abgeschotteten Mikrobiotops betrachtet werden können, sondern dass der Rechtsextremismus sensibel auf soziale Wandlungs- und Krisenprozesse reagiert und es rechtsextremen Akteure gelingen kann, Situationen gesellschaftlicher Verunsicherung zu nutzen, um Deutungs- und Handlungsweisen, die in den rechtsextremistischen Kleinstorganisationen am Leben erhalten und weiterentwickelt werden, in die Gesellschaft zu tragen um damit auf einen politischen Rechtsruck hinzuwirken.

Auf **globaler Ebene** führte insbesondere (1) der sogenannte „Arabische Frühling“ ab Dezember 2010 zu weitreichenden geopolitischen Verschiebungen und brachte andauernde Konfliktherde hervor, u.a. in Ägypten, vor allem aber in Syrien. (2) Seit 2011 herrscht in Syrien Bürgerkrieg, vor dem nach UN-Angaben knapp 12 Millionen Menschen auf der Flucht sind, davon vier Millionen außerhalb des Landes. In den ersten sechs Monaten des Jahres 2015 haben mehr als 30.000 syrische Kriegsflüchtlinge in Deutschland einen Asylantrag gestellt (Medienrat Integration 2015). Von der Instabilität im Nahen Osten (v.a. Syrien, Irak und Afghanistan) profitieren die (3) Terrorist_innen des sogenannten „Islamischen Staates“, der seit 2003 existiert, jedoch erst seit 2013 als derzeit bedrohlichste Terrororganisation (IS) ins die Wahrnehmung der Weltöffentlichkeit dringt.

(4) Die Nuklearkatastrophe im japanischen Fukushima im März 2011 führte zu einem kurzzeitigen Aufflackern der Anti-Atombewegung in Deutschland und leitete den Ausstieg der Bundesrepublik aus der Atomenergie im Rahmen der „Energiewende“ ein, in der vor allem die CDU eine Kehrtwende in ihrer bisherigen Energiepolitik vollzog.

(5) Im Sommer 2014 eskalierte erneut der Gaza-Konflikt. Darauf reagierten antisemitische Akteure in Europa mit erhöhter Agitation sowie Straf- und Gewalttaten. Dies spiegelt sich auch in Thüringen: Im Freistaat verdoppelte sich im Jahr 2014 die Zahl antisemitischer Straftaten gegenüber dem Vorjahr.

(6) 2015 erreichte die Zahl der Menschen, die vor allem aus dem Nahen Osten und aus Afrika nach Europa und Deutschland flüchteten, einen historischen Höchststand. Diese Entwicklung traf in Deutschland und in der EU weitgehend auf nicht darauf vorbereitete Politik und Verwaltung. In diesem Zusammenhang kam es in Europa und Deutschland sowohl zu eindrucksvollen Hilfskampagnen der Zivilgesellschaft, als auch zu einem sprunghaften Anstieg rassistisch motivierter Gewalttaten, zahlreiche migrationsfeindlicher Versammlungen mit zum Teil mehreren tausend Teilnehmenden sowie die öffentliche Infragestellung des verfassungsmäßigen Grundrechts auf Asyl.

Auf **europäischer Ebene** führte (7) die anhaltende Eurokrise ab 2010 zum Erstarren antieuropäischer Parteien und Bewegungen und dazu, dass Deutschland international als dominant wahrgenommen wurde. Darin liegt auch ein Grund für die Erosion der europäischen Solidarität in der sog. „Flüchtlingskrise“ ab 2015. In der Folge der Eurokrise und der Verarmung von Teilen der Bevölkerung erstarkten (8) zunächst europakritische, rechtsextreme und neofaschistische Gruppen in den Krisenländern (bspw. „Goldene Morgenröte“ in Griechenland) sowie neue linksradikale Parteien (Syriza in Griechenland, Podemos in Spanien). (9) Die seit 2014 schwelende Ukraine-Krise rief zusätzlich Ängste vor einem neuen Krieg in Europa hervor, die sich bspw. bei den umstrittenen sogenannten „Montagsmahnwachen für den Frieden“ auch in Thüringer Städten (v.a. Erfurt und Jena) äußerten.

(10) Die islamistischen Terroranschläge auf die französische Zeitschrift Charlie Hebdo im Januar 2015 sowie die Anschläge in Paris im November 2015 mit 129 zivilen Todesopfern verschärfte die Unsicherheit nochmals. Es kam in ganz Europa zu Solidaritätsbekundungen, allerdings instrumentalisierten auch rechtspopulistische und rechtsextreme Akteure die Gewalt für pauschalisierte Muslimfeindlichkeit und Abschottungsforderungen.

Auf **nationaler Ebene** (11) befeuerte die Debatte um den 2010 erschienen Bestseller „Deutschland schafft sich ab“ die Integrationsdebatte (vgl. dazu: Frindte 2013). Das Buch von Sarrazin trug dazu bei, Rassismus, Biologismus und Ethnozentrismus zu enttabuisieren.

Nicht unbedeutend für die Entwicklung der politischen Landschaft war – neben der Energiewende – eine weitere Kehrwerte in der Politik der Union: (12) die Aussetzung der Wehrpflicht im Jahr 2011, die sich auch auf die Lebensplanung männlicher deutscher Jugendliche sowie durch den Wegfall des Zivildienstes auf gemeinnützige Arbeit und Pflegetätigkeiten auswirkte.

(13) Die vom manchem als „Sozialdemokratisierung“ (vgl. Fried 2015) der CDU unter Angela Merkel gedeuteten Veränderungen der CDU-Politik waren ein Grund dafür, dass 2013 die „Alternative für Deutschland“ (AfD) gegründet wurde. Vor allem aber war ihre Gründung eine Reaktion auf die Eurokrise. Bei Wahlen 2013 und 2014 konnte die AfD in fünf Länderparlamente sowie in das Europäische Parlament einziehen. Unter maßgeblicher Beteiligung der Thüringer AfD spaltete sich 2015 der liberale Flügel der AfD ab und gründete

die neue Partei „Alfa“. Im Fahrwasser der Migrationsdebatte radikalisierte sich die Rest-AfD weiter (vgl. dazu Kapitel II.4.3).

14) Im Oktober 2014 begann die Dresdner Lokalbewegung PEGIDA unter Bezug auf Ereignisse rund um den IS im Nahen Osten mit ihren Versammlungen, an denen in den folgenden Monaten bis zu 20.000 oder mehr Menschen teilnahmen, darunter auch Rechtsextremist_innen. Als Redner_innen traten in Dresden u.a. Vordenker der Neuen Rechten und der niederländische Rechtspopulist Geert Wilders auf. Wenngleich es Pegida nicht gelang, außerhalb Sachsens vergleichbare Unterstützung zu mobilisieren, wurde die Bewegung bundesweit mit Sorge betrachtet und diskutiert.

(15) In **Thüringen** hat sich 2010 der gesellschaftspolitische Stellenwert der Rechtsextremismusprävention erhöht: Bereits 2009 verabschiedeten alle im Landtag vertretenen Parteien eine gemeinsame Erklärung mit dem Ziel, „Maßnahmen für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit in einem Landesprogramm zu bündeln“ (vgl. Klaubert 2015). 2010 wurde das Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit ins Leben gerufen und wurde seitdem finanziell mehrfach finanziell aufgestockt (vgl. Teil III).

(16) Unterstrichen wurde die Dringlichkeit von Präventions- und Interventionsmaßnahmen gegen Rechtsextremismus durch das Bekanntwerden des aus Thüringen stammenden NSU-Terrornetzwerkes im November 2011. Der NSU-Komplex stellt gleichsam eine Zäsur des Rechtsextremismus und seiner Bekämpfung im Nachkriegsdeutschland dar. Nicht zuletzt führte das Versagen der Behörden zu einer Vertrauenskrise innerhalb der Zivilgesellschaft. Bis heute ist der Komplex nicht abschließend aufgeklärt.

(17) Seit 2014 regiert in Thüringen die erste Rot-Rot-Grüne Landesregierung unter einem Ministerpräsidenten der Partei „DIE LINKE“. Gegen die neue Regierung demonstrierten im Dezember 2014 ca. 2.000 Menschen in Erfurt, darunter auch Rechtsextremist_innen.

Diese v.a. globalen und nationalen *Trigger-Ereignisse*, Entwicklungen, Reaktionen und Wandlungsprozesse sind über neue Medien und soziale Netzwerke für jede_n und überall in Echtzeit zu beobachten. Die selbst für Expert_innen kaum durchdringbare Vielfalt, Komplexität der Kausalitäten und der Folgeerscheinungen von Ereignissen und Reaktionen in der globalisierten Welt in den letzten Jahren führten zu erheblichen individuellen und kollektiven Verunsicherungen, die nicht zuletzt die Attraktivität erhöhten, die von scheinbar einfachen, vorgeblich widerspruchsfreien und ganzheitlichen Erklärungs- und Lösungsvorschlägen, von nationalen Abschottungsphantasmen und individueller Selbstbehauptungslogik, ausgehen. Auf Grund der inneren Innovationsfähigkeit politischer Akteure und durch den äußeren Anpassungsdruck im Zeichen sich rasch verändernder gesellschaftspolitischer Rahmenbedingungen müssen auch zivilgesellschaftliche Akteure permanent lernen und sich verändern. Dies betrifft sowohl die an den demokratischen Grundwerten von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit orientierten pro-demokratischen Akteure (die sich bisweilen auch problematischer, nichtdemokratischer Methoden bedienen, vgl. Kapitel II.4.8), als auch jene, die von der Ungleichwertigkeit der Menschen ausgehen, diese als legitim betrachten und zum Teil versuchen mit Gewalt durchzusetzen.

Die globalen Ereignisse und die lokalen zivilgesellschaftlichen Reaktionen der vergangenen fünf Jahre indizieren die Zuspitzung jener Entwicklungen, die Heitmeyer (2011) bereits als die wesenhaften Kennzeichen der Entsicherung im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts ausmachte. Dazu zählen nach Heitmeyer die Kontrollverluste der Politik gegenüber dem Finanzkapital und seiner Erpressungslogik, die Undurchschaubarkeit der Finanzkrise mit seinen hochriskanten Finanzprodukten und Spekulationstaktiken, die Unkalkulierbarkeit der (Welt-)Märkte, die Entmachtung demokratisch legitimer Parlamente und die prekäre

Unkontrollierbarkeit insbesondere des islamistisch legitimierten Terrors (Heitmeyer 2011: 19f). Diese Entsicherungstendenzen, so Heitmeyer (ebd.), verbinden sich mit einer „politischen und kulturellen Richtungslosigkeit“ (ebd.: 20), die sich ausdrückt in fehlenden politischen und öffentlichen Debatten über das Verhältnis von Kapitalismus und Demokratie, die Beschleunigung schwerwiegender Entscheidungsabfolgen wie zum Beispiel in der Schuldenkrise sowie dem Verlust des gesellschaftlichen Zusammenhaltes (ebd.).

Historie und soziologische Gegenwartsdiagnosen der vergangenen 150 Jahren geben Hinweise darauf, wie Menschen, Gesellschaften und politischen Verhältnisse auf tiefgreifende Veränderungen reagieren können: Die Anomietheorie von Durkheim (1897) besagt, dass tiefgreifende und rasch ablaufende Veränderungen in der Gesellschaft die soziale Integration gefährdet, zu Verunsicherung, Ohnmachtsgefühlen und Statusängsten führt. In Folge des Wandels in anomischen Gesellschaften verlieren demnach normative Erwartungen an Verbindlichkeit und abweichendes Verhalten, z.B. Selbstmord und Kriminalität, nimmt zu. Individuen, die sich als von den Veränderungen abgehängt wahrnehmen, können sich neuen Bewegungen anschließen um sich der Anomie zu entziehen; so seien nach Talcott Parsons auch die Erfolge der Nationalsozialisten zu erklären (Winkler 2001: 56).

Hobsbawm (2009: 155) fasst zusammen, dass die „nichttraditionelle Bewegungen der radikalen Rechten in mehreren europäischen Staaten“ ab dem Ende des 19. Jahrhunderts als Reaktion entstanden gegen den Liberalismus, gegen die „aufstrebenden sozialistischen Bewegungen der Arbeiterklasse und auch gegen die Flut von Ausländern, die während der bis heute größten Massenmigration der Geschichte die ganze Welt überschwemmte.“ ebd.: 155) Die Entwicklung faschistischer Massenbewegungen scheiterte jedoch in „den Kernländern des westlichen Liberalismus“ (ebd.: 157). Entscheidend für den Umgang mit ökonomischen und sozialen Krisen, so die historische Lehre nach Hobsbawm, ist daher die Hegemonie demokratischer und liberaler Ideale.

Im Angesicht multipler *Krisen* (Finanzmarkt- und Eurokrise, IS-Terror, Flüchtlingskrise...) und dem Erstarken rechter Bewegungen in Europa erfreuen sich Metaphern und Vergleiche von Gegenwart zur Weltwirtschaftskrise am Vorabend von Nationalsozialismus, Weltkrieg und Shoa neuer Beliebtheit. Richtig daran ist: „so viel Krise war selten seit Ende des Zweiten Weltkriegs.“ (Kornelius 21./22.01.0215). Erneut profitieren „extreme Parteien von der Unsicherheit.“ (ebd.) Wie Europa und die demokratischen Werte aus der Krise kommen, wird entscheidend davon abhängen, welche Vorstellungen über das Zusammenleben sich in der Zivilgesellschaft als überzeugend und integrativ erweisen werden.

Nicht nur in Thüringen fordert eine große Brandbreite diverser reaktionärer, antiliberaler und rechtsextremer Entitäten die demokratische Kultur heraus. Die Politisierung und bisweilen Polarisierung der Zivilgesellschaft im Zusammenhang mit der Migrationskrise zur Entstehung neuer Erscheinungen und zu Bedeutungsgewinnen bestehender zivilgesellschaftlicher Initiativen. Rassistische und rechtsextreme Akteure nutzen die Krise als Vehikel zur Popularisierung partikularistischer und egoistischer, vorgeblich einfacherer, Antworten auf komplexe Herausforderungen der europäischen Gesellschaft. Ideologien der Ungleichwertigkeit werden auch im politischen Spektrum und in der öffentlichen Debatte salonfähig. Dabei ist die Übersichtlichkeit im Feld weitgehend verloren gegangen, v.a. dadurch, dass sich eine Vielzahl von Gruppen in sozialen Netzwerken zusammenfinden und zum Teil über ihre politische Zugehörigkeit zur rechtsextremen Bewegung hinwegtäuschen (Mimikry). Mit dem Thüringen Monitor (vgl. Beitrag Saalheiser) steht der Einstellungsforschung im Freistaat eine hervorragende Datenbasis zur Verfügung, um Entwicklungen, Tendenzen und Ursachen von Ungleichwertigkeitsideologien und anderen Erscheinungsformen der politischen Kultur zu erhellen und dadurch wirksame Stellschrauben insbesondere für

Präventionsmaßnahmen zu identifizieren. Im Bereich der Erfassung und Erhebung konventioneller und unkonventioneller Partizipations- und Protestformen gegen die Demokratie existiert in Thüringen nichts Vergleichbares. Weil nicht für eine Sekundäranalyse auf bestehende empirische Daten zurückgegriffen werden kann, ist eine umfassendere empirische Annäherung an aktuelle Entwicklungen und Tendenzen in der politischen Zivilgesellschaft in Thüringen nötig. Dementsprechend umfangreich ist dieser Teil innerhalb der Gefährdungsanalyse. Indiziert wird dadurch die Notwendigkeit wissenschaftlicher Erhebung und Analyse insbesondere des bewegungsförmigen Rechtsextremismus um die demokratische Kultur zu stabilisieren und zu stärken insbesondere durch Information, Aufklärung und die Identifizierung adäquater Handlungsmaßnahmen für den Bereich der Intervention.

Im Folgenden werden zunächst Akteure und Trends im Spektrum der rechtsextremen Bewegung im Sinne der o.g. Begriffsdefinition überblicksartig dargestellt. Die Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit: Dargestellt werden im Rahmen dieser Analyse eine Momentaufnahme jener sichtbaren Akteure und Bestrebungen, die in öffentlichen Quellen und Berichten vorkommen. Dabei wurde im Besonderen zurückgegriffen auf Presseberichte und Materialien der Beratungsstellen MOBIT (v.a. Mobit e.V. 2015) und EZRA, öffentliche Selbstdarstellungen v.a. in sozialen Netzwerken, öffentliche Behördendokumente sowie eigene Beobachtungen und Hintergrundinformationen aus dem Austausch mit Personen, die sich im Rahmen ihrer zivilgesellschaftlichen, politischen, wissenschaftlichen oder medialen Tätigkeit mit dem Themenkomplex auseinandersetzen.

3. Rechtsextreme Strukturen in Thüringen

Angebotsstrukturen umfassen sowohl die organisatorischen Strukturen der Rechtsextremen vor Ort als auch die Formen und Inhalte ihrer Aktivitäten, die auf Rekrutierung, Stabilisierung und Ausbau ihrer Aktionsfähigkeit zielen. Das Spektrum der Angebotsstruktur reicht dabei von Postwurfsendungen, Infoständen, Wortergreifungsaktionen über Veranstaltungen bis hin zu Treffpunkten und Szene-Immobilien. Für die Erfassung der organisatorischen Strukturen bietet sich eine Typisierung der agierenden Kräfte an, indem zwischen *formell und informell organisiertem Rechtsextremismus* unterschieden wird (Quent/Schulz 2015: 21) und *Akteure im sub- und jugendkulturellen Feld* betrachtet werden. (ebd.: 25) Das Feld des *formell organisierten Rechtsextremismus* umfasst neben rechtsextremen Parteien auch über Satzungsstrukturen und Mitgliedschaft organisierte Gruppierungen wie etwa Burschenschaften und vereinsförmige Bürgerinitiativen. Dabei handelt es sich in der Regel um konventionelle politische Partizipationsansätze. Im Feld des *informell organisierten Rechtsextremismus* lassen sich die Akteure schwerer bestimmen, da förmliche Strukturen und Mitgliedschaften im Hinblick auf polizeiliche Ermittlungen vermieden und teils auch inhaltlich abgelehnt werden. Der in der vorliegenden Untersuchung bevorzugte Begriff des „Informellen“ ist weitgehend identisch mit dem des bewegungsförmigen Rechtsextremismus. Mit den Begriffen werden rechtsextreme Strukturen differenziert, ohne dabei zu suggerieren, rechtsextreme Parteien seien kein Bestandteil der Bewegungsfamilie. Es spricht viel dafür, dass insbesondere die NPD die Funktion einer „Bewegungspartei“ einnimmt (Heinrich 2008) (vgl. Quent/Schulz 2015: 26).

3.1 Formell organisierter Rechtsextremismus in Thüringen

3.1.1 Rechtsextreme Parteien

Eine einheitliche sozialwissenschaftliche Typologie zur Einordnung und Klassifizierung rechtsextremistischer Parteien existiert nicht. Nach Stöss (2010: 180) sind jene Parteien der rechtsextremistischen Parteienfamilie zuzuordnen, die einen völkischen Nationalismus

vertreten, d.h. solche Parteien, die für Nationalismus und „Rassendiskriminierung“ eintreten. Letzterer liegt die folgende Definition der Europäischen Union zugrunde:

„(1) In diesem Übereinkommen bezeichnet der Ausdruck ‚Rassendiskriminierung‘ jede auf der Rasse, der Hautfarbe, der Abstammung, dem nationalen Ursprung oder dem Volkstum beruhende Unterscheidung, Ausschließung, Beschränkung oder Bevorzugung, die zum Ziel oder zur Folge hat, dass dadurch ein gleichberechtigtes Anerkennen, Genießen oder Ausüben von Menschenrechten und Grundfreiheiten im politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen oder jedem sonstigen Bereich des öffentlichen Lebens vereitelt oder beeinträchtigt wird.“ (Richtlinie 2000/43/EG v. 29.6.2000)

Im deutschen Grundgesetz heißt es: „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“ Auch der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte nach ist jede Form von Diskriminierung „etwa nach Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Anschauung, nationaler oder sozialer Herkunft, Vermögen, Geburt oder sonstigem Stand“ unzulässig (AEDM, zitiert in: Scherr 2014: 29). Scherr (ebd.) betont, dass obwohl dieser Grundsatz „in den Gesellschaften, die sich auf die Menschenrechte als Wertegrundlage beziehen, unstrittig ist [...] festgestellt werden [muss], dass Diskriminierung gleichwohl stattfindet. Dies betrifft nicht nur die direkte Diskriminierung im Alltag durch herabsetzende Äußerungen und benachteiligende Handlungen. Hinzu kommen Benachteiligungen sozialer Gruppen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen (etwa: schulische Bildung, Erwerbsarbeit, Wohnungsmarkt), die eine Folge gesellschaftlicher Strukturen und institutioneller Praktiken sind.“ (ebd.) Das zivilisatorische Leitbild universeller Menschenrechte gewinnt seine „Plausibilität“ (ebd.) „aus einer Gesellschaftsstruktur, deren Grundlage nicht mehr die Unterscheidungen zwischen ungleichen Ständen, sondern funktionssystemspezifische Differenzierungen (Management/Arbeitnehmer; Lehrer/Schüler; Arzt/Patient usw.) sind, die eine übergreifende „Metaregulierung“ des sozialen Status einer Person außer Kraft setzen“ (Scherr 2014: 297). Aus diesem Zusammenhang leiteten sich legitime Teilnahmeregulierungen und Positionszuweisungen auf Grundlage funktionaler Erfordernisse und Effekte sowie leistungsbezogener Festlegungen ab. Kriterien wie „Rasse“, Ethnizität und Geschlecht sind dagegen „in der Funktionslogik der gesellschaftlichen Teilsysteme nicht vorgesehen“ (ebd.). Unterscheidung, Ausschließung, Beschränkung oder Bevorzugung von Menschen(gruppen) auf Grund ihrer Abstammung oder Herkunft ist daher (rassistische) Diskriminierung und widerspricht sowohl der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte als auch dem Grundrecht nach Artikel 3 Absatz 3. Die Art und Weise von Narrativen und Diskursen, die der Legitimation von Diskriminierungen dienen, können verschiedene Gestalten annehmen: Der Rassismus kann „als eine *Legitimationslegende* verstanden werden, die die Tatsache der Ungleichbehandlung von Menschen ‚rational‘ zu erklären versucht, obgleich die Gesellschaft von der prinzipiellen Gleichheit aller Menschen ausgeht.“ (Rommelspacher 2009: 26).

Modernisierte Formen haben auf die weitgehend soziale Ächtung des biologistischen Rassismus nach dem Zweiten Weltkrieg reagiert und neue Praktiken des „Othring“³ hervorgebracht. So versichern Ethnopluralismus und Neorassismus zwar, „daß alle Menschengruppen im Prinzip gleichwertig sind. Unterschiedlich und miteinander unvereinbar sind jedoch ihre Kulturen, und von daher muß jede Gruppe innerhalb ihres eigenen Territoriums bleiben.“ (Castles 1998: 141) Neorassistische Ansätze, schreibt Castles (ebd.), begreifen

³ „Sich im Gegenbild des konstruierten Anderen zu definieren und dabei als zivilisierter zu imaginieren, ist ein zentraler Aspekt der Rassialisierung, der als *Othring* bezeichnet wird.“ (Attia 2014: 9)

„kulturellen Differenzen als unveränderlich, weil sie entweder auf der ‚menschlichen Natur‘ beruhen oder tief in der Geschichte verwurzelt sind.“ (ebd.). Rekurse auf „Kultur“ oder „Identität“ bieten damit pseudowissenschaftliche Erklärungen „für Ausgrenzungs- und Diskriminierungspraktiken, ohne als rassistisch im herkömmlichen Sinne zu erscheinen.“ (Castles 1998: 141). Diskriminierung, die eine quasinatürliche Persistenz von Kultur behauptet und aus dieser gerechtfertigt wird, widerspricht daher als modernisierte Chiffre der „Rassendiskriminierung“ den Menschenrechten und der Gleichwertigkeit der Menschen. Solch kulturalisierenden Deutungen sind zum zentralen Narrativ rechtsextremer Parteien avanciert.

Stöss (2010: 180ff) schlägt vor, rechtsextremistische Parteien untereinander zu differenzieren anhand „der Bedeutung bzw. Intensität von Nationalismus und Ethnozentrismus in Programm und Praxis sowie nach der Haltung gegenüber den jeweiligen demokratischen Systemen.“ (ebd.: 180). Bezüglich der Haltung gegenüber dem System ist demnach zu differenzieren zwischen systemkonform, systemkritisch und systemfeindlich, wobei die Grenze zwischen Systemkritik und Systemfeindschaft fließend ist (ebd.). Dem folgend ergeben sich drei Parteytypen (vgl. Abb. 13): Parteien nach Typ 1 sind gemäßigt nationalistisch und fremdenfeindlich, eher systemkonform. Dazu gehören bspw. die Schweizer Volkspartei (SVP) sowie die deutschen Republikaner. Sie kooperieren mit liberalen und konservativen Parteien, nicht aber mit rechtsextremistischen Parteien des Typs 2 oder 3. Rechtsextreme Parteien des zweiten Typs sind nationalistisch und völkisch, treten eher systemkritisch auf und arbeiten nicht mit Parteien des Typs 1 zusammen. Zu diesem Typus zählt Stöss (ebd.) bspw. den französischen Front National (FN) und die deutsche DVU. Gegenüber den Parteien des dritten Typs grenzen sie sich oft nur verbal ab. Die rechtsextremen Parteien des dritten Typs treten (neo-)faschistisch bzw. (neo-)rassistisch und systemfeindlich in Erscheinung. Beispiele sind die italienische Movimento Sociale Italiano (MSI) und die deutsche NPD. Sie kooperieren nicht mit Parteien des Typs 1, zeigen mitunter aber gewisse Affinitäten zu Parteien des zweiten Typs 2. (Stöss 2010: 181)

Abb. 13: Typen rechtsextremer Parteien in Europa nach Stöss (2010: 180)

Typ 1	Typ 2	Typ 3
Gemäßigt nationalistisch und fremdenfeindlich, eher systemkonform	Nationalistisch und völkisch, eher systemkritisch	Faschistisch bzw. rassistisch, eher systemfeindlich
Bündnis mit liberalen und konservativen Parteien; Abgrenzung gegenüber Typen 2 + 3	„Authentische nationale Opposition“; Abgrenzung gegenüber Typ 1 und teilweise Typ 2	Keine Kooperation mit systemkonformen Kräften; teilweise Affinitäten zu Typ 2

In Thüringen treten verschiedene eindeutig rechtsextreme Parteien in Erscheinung. Darüber hinaus weisen auch diskursprägende Teile der Thüringer AfD eine rechtsextreme Programmatik auf (vgl. Kapitel II.4.3).

NPD

Die 1964 gegründete NPD ist seit der deutschen Vereinigung in Thüringen aktiv und erlangte ab dem Ende der 1990er Jahre an Bedeutung für die rechtsextremistische Szene im Freistaat, nachdem ein großer Teil der Führungspersonen des Dachverbandes rechtsextremer Kameradschaften und Jugendgruppen in Thüringen, dem Thüringer Heimatschutz (THS), in die NPD eintrat, weil sie ein Verbot des THS fürchteten. Die NPD ist rassistisch und systemfeindlich (Typ 3; vgl. Stöss 2010: 180). In Thüringen ist die NPD bisher die einzig landesweit elektoral-relevante rechtsextreme Partei. Allerdings treten auch Teile der im

Landtag vertretenen Alternative für Deutschland (AfD) in Thüringen mit einer rechtsextremen Programmatik in Erscheinung (vgl. Kapitel II.4.3).

Als einzige unter den rechtsextremen Parteien führte die NPD zu den Landtags- und Bundestagswahlkämpfen in Thüringen intensive Wahlkampfarbeit durch - unter der Leitung von Patrick Wieschke (Eisenach). In diesem Rahmen produzierte die NPD diverse kostenlos verteilte Lokalzeitungen. Wieschke prägte die Thüringer NPD zwischen 2006 und 2014 maßgeblich. Kurz vor den Landtagswahlen 2014 wurden polizeiliche Ermittlungen gegen Wieschke wegen Verdachts des sexuellen Missbrauchs einer Minderjährigen aus dem Jahr 2001 bekannt. In der Folge verlor Wieschke seine Ämter in der Partei. 2011 fusionierte die in Thüringen weitgehend bedeutungslos gewordene DVU bundesweit mit der NPD. Nach dem verpassten Einzug in den Thüringer Landtag 2014 nahm der Aktionismus der NPD und ihr Einfluss in die rechtsextreme Szene des Freistaates zunächst – wie bereits fünf Jahre zuvor – ab. Im Zuge der Migrationsdebatte und der rassistischen Mobilisierung gegen Geflüchtete und Asylunterkünfte veranstaltete die NPD 2015 zahlreiche Demonstrationen bzw. trat bei solchen durch Redner_innen und Versammlungsleiter_innen in Erscheinung. So wurden die „Thügida“-Demonstrationen maßgeblich vom NPD-Organisationsleiter David Köckert vorbereitet und beworben, ohne dass die NPD als Partei dabei in den Vordergrund tritt (vgl. Kapitel II.3.2). Am 1. Mai 2015 veranstaltete die NPD einer Demonstration in Erfurt, die in direkter Konkurrenz zu einer zeitgleich mit deutlich mehr Teilnehmenden verlaufenen Versammlung der vergleichsweise neuen Organisation „Der Dritte Weg“ in Saalfeld stand.

Als Reaktion auf das Bekanntwerden des „NSU“ reichten die Bundesländer 2013 einen weiteren Antrag auf Verbot der NPD beim Bundesverfassungsgericht ein, mit dem sich die Partei auseinandersetzen muss (vgl. dazu Meier/Bertram 2015).⁴ Anfang Dezember 2015 eröffnete das Bundesverfassungsgericht das Verbotsverfahren und terminierte die ersten mündlichen Verhandlungstage für März 2016.

Der Dritte Weg

Nach Angaben der „Antifaschistischen Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e.V. (a.i.d.a.) organisierten Rechtsextreme aus Süddeutschland den „Dritten Weg“ im September 2013, um für den Fall des Verbotes des Netzwerkes „Freies Netz Süd“ handlungsfähig zu bleiben (vgl. Andreasch 2014). Dabei bestehe eine inhaltliche und organisatorische Nähe zu den Zielen der rechtsextremen „Europäischen Aktion“ (EA) (ebd.). Wichtigste Agitationsfelder des „Dritten Weg“ sind Agitationen gegen Asylsuchende sowie die Verherrlichung des Nationalsozialismus. Darüber hinaus geriert sich der „Dritte Weg“ antikapitalistisch und antisemitisch. Die Partei gründet derzeit bundesweit sogenannte Stützpunkte und wirkt darauf hin, 2016 bei den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz anzutreten. Bundesweit in die Schlagzeilen kam die Partei u.a. durch die von ihr erstellte und beworbene „Handreichung Kein Asylantenheim in meiner Nachbarschaft! Wie be- bzw. verhindere ich die Errichtung eines Asylantenheims in meiner Nachbarschaft“ sowie eine laufend aktualisierte Online-Karte mit geplanten und errichteten Flüchtlingsunterkünften in Deutschland. Parteipolitisch ist der „Dritte Weg“ in Thüringen unbedeutend. In der Partei scheinen vor allem bisher informell organisierte Rechtsextreme (bspw. des „Freien Netz“) aufzugehen.

Schon kurz nach der Gründung trat die Partei ab Herbst 2013 auch in Thüringen öffentlich in Erscheinung. Der Watchblog „thüringenrechtsaussen“ berichtet, dass der „Dritte Weg“ im November 2013 erstmals mit einem eigenen Transparent bei einer Anti-Migrationsdemonstration des NPD-Aktivisten David Köckert in Greiz auftrat. Im September

⁴ Ein erster Verbotsantrag scheiterte 2003 an den V-Personen der Verfassungsschutzämter in der NPD.

2014 fand der Bundesparteitag des „Dritten Weg“ im thüringischen Kirchheim statt (vgl. thüringenrechtsaussen 2015).

Das „Freie Netz Jena“ behauptete online mehrfach, Flugblätter des „Dritten Weg“ in Kommunen in Ostthüringen verteilt zu haben. Darüber hinaus trat die Partei durch eine Demonstration am 1. Mai 2015 in Saalfeld in Erscheinung, bei der die Demonstrationsteilnehmenden äußerst aggressiv gegen Gegendemonstrant_innen und die Polizei vorgingen. In Redebeiträgen wurde davon gesprochen, dass in Saalfeld das „Gespenst des Nationalsozialismus“ umgehe (vgl. Quent 2015b). Nach eigenen Angaben verfügt die Partei über einen Stützpunkt „Thüringer Wald/Ost“, der die Region „Saalfeld, Rudolstadt, Bad Blankenburg, Neuhaus am Rennweg und Neustadt am Rennweg“ umfasse. Etwa zeitgleich mit der Gründung dieses Stützpunktes verkündete das „Freie Netz Saalfeld“ seine Auflösung. Neben Veranstaltungsberichten umfasst die öffentliche Artikulation des Thüringer „Stützpunkt“ ausschließlich völkisch-rassistische Beiträge, die sich gegen Migration und das Grundrecht auf Asyl wenden. So titelte die Gruppe beispielsweise im September 2015: „Thüringer Flüchtlingsgipfel beschleunigt den Genozid am deutschen Volk“.

Anders als bei der NPD tritt der „Dritte Weg“ in Thüringen öffentlich nicht mit regulären Parteistrukturen und Personen in Erscheinung. Insofern ist der „Dritte Weg“ zwar der eigenen Selbstdarstellung folgend eine „neue parteipolitische Plattform“ mit Satzung und Vorstand (zitiert in: Andreasch 2014). Damit fordert die Gruppe Parteiprivilegien nach Art 21 des GG ein. Inwieweit sie jedoch tatsächlich das parteipolitische Ziel der Präsenz in Parlamenten verfolgt, ist zweifelhaft. Als Nachfolgeorganisation des „Freien Netz“ tritt der „Dritte Weg“ in Thüringen öffentlich noch extremistischer als die NPD und offenkundig nicht um eine mehrheitsfähige Außenwirkung in Erscheinung. Der „Dritte Weg“ ist unverhohlen neonationalsozialistisch und verherrlicht Gewalt. Der Typologie nach Stöss entspricht der „Dritte Weg“ einer rechtsextremistischen Partei des dritten Typs.

Die Rechte

Die Partei „Die Rechte“ weist einen ähnlichen Entstehungsprozess auf. Der norddeutsche Rechtsextremist Christian Worch gründete die Organisation 2012 gemeinsam mit ehemaligen Mitgliedern der DVU als Reaktion auf das Vereinsverbot gegen den „Nationalen Widerstand Dortmund“. In Nordrhein-Westfalen liegt daher auch der Schwerpunkt der Gruppe. Worch ist der Bundesvorsitzende der Partei „Die Rechte“. Der Name ist in Anlehnung an die Partei „Die Linke“ gewählt und auch das Logo der Rechtsextremen imitiert das Symbol der Linkspartei. „Die Rechte“ wurde vom Bundeswahlausschuss zur Bundestagswahl 2013 zugelassen, trat jedoch nur in Nordrhein-Westfalen an und konnte lediglich 2.245 Zweitstimmen auf sich vereinen. „Die Rechte“ agiert rassistisch und systemfeindlich und entspricht daher der Typologie nach Stöss einer rechtsextremistischen Partei des Typs 3. Parteipolitisch ist „Die Rechte“ in Thüringen bedeutungslos. Bei den Landtagswahlen 2016 steht sie in Sachsen-Anhalt erstmalig auf den Stimmzetteln.

In München veranstaltete „Die Rechte“ eine „Solidaritätskundgebung“ für den Jenaer angeklagten mutmaßlichen NSU-Unterstützer Ralf Wohlleben. Im Oktober 2015 hob die Polizei in Bayern eine rechtsextreme Terrorgruppe aus, zu der auch Mitglieder der Partei „Die Rechte“ gehört haben sollen. Im Gespräch mit der „FAZ“ kritisierte der Bundesvorsitzende Worch, dass die mutmaßlichen Terroristen „die Grundregeln der Konspiration missachtet“ haben (vgl. Bender und Schäffer 2015).

Im April 2015 wurde der Kreisverband „Die Rechte Südthüringen“ gegründet. Im Juni 2015 bildete sich der Thüringer Landesverband der Partei „Die Rechte“ im „Kulturhaus Haselbach“ bei Sonneberg.

Zentrale Narrative der Partei in Thüringen sind vor allem das Migrationsthema, die Verherrlichung des Nationalsozialismus und die Beschwörung einer „nationalen Revolution“. Inhaltlich sowie bei gemeinsamen Aktionen gibt es große Schnittmengen zwischen „Die Rechte“ und anderen rechtsextremen Organisationen in Thüringen, wie „Thügida“ und der „Europäischen Aktion“. Folgerichtig unterstützen sich diese Gruppen bei öffentlichen Auftritten. Eine Demonstration am 3. Oktober 2015 in Jena wurde von diesen drei Zusammenschlüssen unter der Federführung von David Köckert (Thügida/NPD), Michel Fischer (Die Rechte) und Ringo Köhler (Europäische Aktion) gemeinsam veranstaltet. Im November 2015 beteiligten sich Aktivist_innen der Partei „Die Rechte“ an Versuchen, den Einzug von Asylsuchenden in eine Flüchtlingsunterkunft in Gotha zu blockieren. Seit September 2015 mobilisiert die Partei für eine Demonstration am 1. Mai 2016 in Erfurt.

Bündnis Zukunft Hildburghausen (BZH)

Die rechtsextreme Lokalpartei BZH um Tommy Frenck ist als Abspaltung von NPD entstanden und mit je einem Mandat im Kreistag und Stadtrat von Hildburghausen vertreten. Der Unternehmer Frenck ist zugleich Betreiber des rechtsextremen Versandes „Druck 18“ und einer Szeneimmobilie in Kloster Verra. Aktivist_innen des BZH gehören zu den Organisator_innen von „Sügida“ bzw. „Thügida“ (vgl. Kapitel II.3.2) Auch das BZH entspricht dem dritten rechtsextremen Parteytyp.

Die Parteifreien Wähler DPFW

Nach Angaben des Watchblogs *thueringen-rechtsaussen* wird die Kleinstpartei DPFW in Thüringen von Rechtsextremen der sog. Reichsbürger angeführt (vgl. *thueringen-rechtsaussen.net* 2014). Auch ihr Wahlprogramm beinhaltet rechtsextreme Ideologiefragmente. Öffentliche Aktivitäten sind nicht bekannt geworden.

Wahlergebnisse

Parteipolitische Bestrebungen des Rechtsextremismus in Thüringen konnten bisher auf landespolitischer Ebene keine parlamentarischen Erfolge erzielen: Thüringen ist das einzige der neuen Bundesländer, in dem noch nie eine rechtsextremistische Partei in den Landtag einziehen konnte. Ursächlich dafür nannte Edinger (2010: 30) vor allem die Angebotsschwäche der rechtsextremen Parteien in Thüringen. An dieser – aus Sicht der Rechtsextremen – prekären Lage hat sich in den vergangenen Jahren nichts grundlegend geändert. Der Aufstieg und die Karrierebestrebungen Patrick Wieschkes (NPD) fanden 2014 (zumindest vorläufig) ein Ende. Ohnehin hatte Wieschke es nie vermocht, eine charismatische Ausstrahlung und ein für breite Teile der Bevölkerung anschlussfähiges Profil zu bilden. Seit 2013 steht die NPD zudem in Konkurrenz mit der weitaus erfolgreichereren AfD, die bei den Landtagswahlen 2014 in Thüringen teilweise mit Parolen, die weitgehend identisch mit jenen der NPD waren, um Wähler_innenstimmen warb.⁵ So konnte die NPD ihren Aufwärtstrend in den Stimmenanteilen von 1,6 Prozent (2004) auf 4,2 Prozent (2009) nicht fortsetzen und fiel bei den Landtagswahlen 2014 auf 3,6 Prozent zurück.

Bei den Bundestagswahlen 2013 blieb die NPD mit 1,3 Prozent der Zweitstimmen bundesweit erfolglos. In Thüringen erreichte die NPD mit 3,2 Prozent den gleichen Wert wie 2009. Im Bundesvergleich war 2014 die NPD nur in Sachsen (3,3 Prozent) geringfügig mobilisierungsstärker.

⁵ Plakate der NPD: „Wir sind nicht das Sozialamt der Welt“; Plakate der AfD: „Wir sind nicht das Weltsozialamt“.

Die landespolitische Bedeutungslosigkeit rechtsextremistischer Parteien in Thüringen wird jedoch flankiert von kommunalen Achtungserfolgen der NPD. NPD und BZH konnten bei den Kommunalwahlen 2014 ihre Präsenz in einigen Kommunal- und Kreisparlamenten ausbauen: Zogen nach den Kommunalwahlen 2009 insgesamt 22 Vertreter_innen rechtsextremer Parteien in die Parlamente Thüringer Landkreise und kreisfreier Städte, waren es 2014 33 Mandatsträger_innen. Der Zugewinn liegt insbesondere begründet in der Ausweitung der kommunalen Angebotsstrukturen der Partei, d.h., die NPD konnte zu mehr Wahlen als zuvor Bewerber_innen ins Rennen schicken. In allen Landkreisen und kreisfreien Städten, in denen NPD-Kandidat_innen zur Wahl antraten, konnte diese auch in die Kreisparlamente einziehen, jedoch meist nur mit wenigen Prozenten der Wähler_innenstimmen. 59 rechtsextremen Mandatsträger_innen (von denen einer zurückgetreten ist) gelang 2014 zudem der Einzug in Gemeinde- und Stadträte. In Ortsteilräte konnten 2014 fünf Vertreter rechtsextremer Parteien (4 NPD, 1 REP) einziehen (Quelle: Mobit e.V., Projekt Kompetente Parlamente).

3.1.2 Weitere formell organisierte Rechtsextreme

Normannia Jena

Die „Burschenschaft Normannia Jena“ ist seit ihrer Gründung 1999 Teil des rechtsextremen Bewegungsnetzwerkes in Thüringen. Öffentlich wird von den Mitgliedern und Aktivitäten des Männerbundes wenig bekannt. Das öffentliche Facebookprofil der Gruppe vermittelt das Bild einer aktiven Gruppe mit einer Scharnierfunktion zwischen der Neuen Rechten, Teilen der AfD, dem neonationalsozialistischen und dem militanten Rechtsextremismus. Die „Normannia“ veröffentlichte mehrfach Beiträge der Jenaer AfD-Landtagsabgeordneten Wiebke Muhsal, des neurechten „Institut für Staatspolitik“, der „Identitären Bewegung“ sowie revisionistische Bilder, u.a. eine Deutschlandkarte mit den Grenzen von vor 1945. Einem Eintrag zufolge haben Mitglieder der Burschenschaft auch bei mindestens einer PEGIDA-Demonstration in Dresden teilgenommen. Die Normannia ist aktiv und vernetzt mit den rechtsextremen Gruppen in Jena und in Kahla (ausführlich dazu: Schulz 2015: 177ff).

Vereine

In der Vergangenheit organisierten sich Rechtsextremist_innen auch in eigens gegründeten Vereinen oder versuchten, bestehende Vereine zu unterwandern. In Erscheinung getreten ist zuletzt der Verein „Gedächtnisstätte e.V.“ mit Sitz in Guthmannshausen bei Sömmerda und einem Postfach in Seevetal (Niedersachsen). Der Verein betreibt eine rechtsextremistische Szeneimmobilie in Guthmannshausen und weist Verbindungen zu verschiedenen bundesweit aktiven rechtsextremen Organisationen, wie der NPD, der „Europäischen Aktion“, der Partei „Die Rechte“, die „Gesellschaft für freie Publizistik e.V.“ und dem „Freistaat Preußen“. Neben einem revisionistischen Denkmal auf dem Grundstück in Guthmannshausen sammelt der Verein Spenden und richtet geschlossene Veranstaltungen der rechtsextremen Bewegung aus, die meist nicht auf eine breitere Öffentlichkeit zielen und dementsprechend nicht immer öffentlich bekannt werden. Mobit kritisiert an dem Verein, dass es diesem „um die Umdeutung von Geschichte und um das Reinwaschen der Deutschen von Schuld“ (Mobit e.V. 2013: 3) gehe.

3.2 Informell organisierte rechtsextreme Gruppen

Schon die Beispiele der Parteien „Der Dritte Weg“ und „Die Rechte“ indizieren die hohe Entwicklungsdynamik des organisierten Rechtsextremismus. Veränderungen im Bereich des informell organisierten Rechtsextremismus sind eben auf Grund der fehlenden Formalität, und der fluiden Struktur nochmal wandlungsfähiger, da bürokratische Hindernisse weitgehend fehlen. Aus diesem Grund bestehenden bei derartigen Organisationsformen auch geringere Zugangshürden insbesondere für junge Menschen. Das Verhältnis vieler Rechtsextremer

gegenüber der Art und Weise der Organisationsform ist instrumentell, d.h., die Wahl der präferierten Vergemeinschaftung zu politischen Zielen wird vorrangig von den vorhandenen Möglichkeiten und den zu erwartenden Nutzen und Kosten beeinflusst. Informell organisierte Strukturen zielen häufig darauf unkonventionelle Proteste zu organisieren.

Kameradschaften und Freie Netze

Seit der Mitte der 1990er Jahre haben sich für den Rechtsextremismus die Kameradschaften auch in Thüringen zur wichtigsten Organisationsform neben der NPD entwickelt (vgl. König/Quent 2012). ‚Klassische‘ Kameradschaften treten in Thüringen derzeit jedoch kaum in Erscheinung. Die noch bis 2014 dominanten ‚Freien Netze‘ vor allem in Saalfeld, Kahla und Jena (vgl. Quent/Schulz 2015) treten aktuell nicht mehr eigenständig in Erscheinung:

- Das FN Saalfeld hat sich nach eigenem Bekunden im März 2015 aufgelöst. An seine Stelle ist ‚Stützpunkt Thüringer Wald/Ost‘ der Partei ‚Dritter Weg‘ sowie die ‚Europäische Aktion‘ getreten.
- Seit David Buresch und Marcel Bütow auf der Liste der NPD in den Stadtrat in Kahla eingezogen sind und sich dort als ‚Wir für Kahla‘ präsentieren, tritt das ‚FN Kahla‘ nur noch sporadisch über Twitter in Erscheinung.
- Das ‚FN Jena‘ dokumentiert online vor allem Aktivitäten mit Bezug zur Partei ‚Der Dritte Weg‘.

Seit Juni 2015 tritt in Eisenach und im Wartburgkreis die Kameradschaft ‚Nationale Jugend Eisenach‘ in Erscheinung. Mitglieder der Gruppe sollen u.a. in sozialen Netzwerken, durch öffentlichkeitswirksame Aktivitäten sowie durch ‚Sachbeschädigung durch Brandlegung‘ in Erscheinung getreten sein, sie das Thüringer Innenministerium berichtet. Es bestehen demnach auch Verbindungen zum in Eisenach ansässigen Landesverband der NPD (vgl. Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales 2015).

Seit April 2014 tritt der ‚Zusammenschluss‘ ‚Bündnis Zukunft Landkreis Gotha‘ (BZLG) in Erscheinung. Der Name ist offensichtlich angelehnt an die rechtsextreme Lokalpartei um Frenck in Hildburghausen (vgl. Kapitel II.3.1.1). An einer Kundgebung der rechtsextremen Gruppe im Februar 2015 nahmen nach Angaben der Landtagsabgeordneten Scheringer-Wright (DIE LINKE) auch Aktivist_innen von AfD und NPD teil (vgl. Scheringer-Wright 2015). Gemeinsam mit Aktivist_innen der Partei ‚Die Rechte‘ und des Netzwerkes ‚PEsN‘ versuchten Mitglieder der Gruppe im November 2015 die Einrichtung einer Unterkunft für Geflüchtete in Gotha durch eine Blockade zu verhindern.

In Erfurt tritt seit Frühjahr 2015 eine von Jugendlichen geprägte Gruppierung mit der Selbstbezeichnung ‚KOLLEKTIV 56‘ in Erscheinung. Auf einer eigenen Internetseite und in sozialen Netzwerken bewirbt die Gruppe unter anderem Versammlungen und Beiträge der Parteien ‚Die Rechte‘ und ‚Der Dritte Weg‘.

Über diese Gruppen hinaus existieren landesweit weitere rechtsextreme Cliquen, die nicht mit einem Sendungsbewusstsein öffentlich in Erscheinung treten. Dabei handelt es sich sowohl um subkulturell geprägte Jugendgruppen, mobilisierbare Bekanntschaftsnetzwerke als auch um hochintegrierte Zusammenschlüsse, die im engen Umfeld von Immobilien, Versänden, Bands oder einzelne Führungspersönlichkeiten der rechtsextremen Bewegung herum sowie im Fußballfanmilieu vernetzt sind.

German Defence League – Division Erfurt

Im Internet sowie auf Versammlungen in Nordhausen und Erfurt trat eine ‚Division Erfurt‘ der rechtsextremen ‚German Defence League‘ (GDL) in Erscheinung. Dem szenekundigem

Journalisten Andreas Speit (2015a) zufolge tritt die GDL in Deutschland seit 2010 in Erscheinung. 2014 wurden der GDL etwa 100 Anhänger zugerechnet. Zentrales Motiv ist „maximaler Widerstand“ gegen die „schleichende Islamisierung Europas“ (zitiert in: ebd.). Die GDL gründete sich in Anlehnung an die „Englisch Defence League“ (EDL) und ist, so Speit (ebd.), eng mit der „Identitären Bewegung“ verbunden.

„Gemeinsam-stark Deutschland“ / „Hooligans gegen Salafisten“

Das bundesweite rechtsextreme Netzwerk „Hooligans gegen Salafisten“ (HogeSa) trat mit einer gewalttätigen Großdemonstration im Oktober 2014 in Köln erstmals in Erscheinung. Die Organisator_innen entstammen dem rechtsextremen Hooligan-Milieu und orientieren sich an der „Englisch Defence League“ (EDL) (vgl. Henkel 2014). Die Aktivist_innen von HogeSa haben sich zum Verein „Gemeinsam-stark Deutschland“ zusammengeschlossen, der am 2. Mai 2015 zu einer Demonstration in Erfurt mobilisierte. Nach Angaben von Mobit nahmen an der Versammlung ca. 270 Personen, darunter Anhänger_innen verschiedener rechtsextremer Gruppen (bspw. NPD, EA, GDL) teil. Teil des Netzwerkes ist die rechtsextreme Hooliganband „Kategorie C“, die 2015 mehrere Konzerte in Thüringen durchführte (vgl. Kapitel II.3.3.2).

In Nordhausen trat im Fahrwasser der HogeSa eine Gruppe von Rechtsextremist_innen mit der Bezeichnung „Nordhausen gegen Salafisten“ (NDH.GE.SA) in Erscheinung.

Sügida/Thügida

In einer neuen Qualität treten vor dem Hintergrund der Migrationsdebatte und offenbar inspiriert von den Mobilisierungen von HOGESA in Köln und von PEGIDA in Dresden - überregionale, landesweit agierende, informelle Netzwerke der Rechtsextremen in Erscheinung, die sich in ihrer inneren Struktur sowie der äußeren Darstellung von den Kameradschaften unterscheiden. Zwar haben auch letztere sich zum Teil in übergeordneten Zusammenschlüssen koordiniert, jedoch stets unter Wahrung der Autonomie der lokalen Gruppen. Dagegen sind 2014 entstandenen Netzwerke wie „Sügida“ bzw. „Thügida“ geprägt durch einzelne Entrepreneurs an der Spitze und einer vergleichsweise breiten überregionalen Vernetzung und Mobilisierung vor allem über Facebook.

Seit Ende 2014 tritt die Organisation „Südthüringen gegen die Islamisierung des Abendlandes“ („Sügida“) in Erscheinung. Anfangs richtete die Gruppe um langjährige rechtsextreme Akteure wie Tommy Frenck vor allem in Suhl migrationsfeindliche Demonstrationen aus. Dabei traten unter anderem Vertreter_innen der NPD und von der Wählervereinigung „Pro Arnstadt“ auf. Anfänglich versuchten die Veranstalter_innen, das in Dresden erfolgreiche „Pegida“-Modell zu adaptieren. Auch wegen der offensichtlichen Zugehörigkeit der Organisator_innen zur rechtsextremen Bewegung konnte jedoch keine vergleichbare Breitenwirkung erzielt werden. Dennoch nahmen mitunter mehr als 1.000 Personen an den Versammlungen teil. Aus der Südthüringer Mobilisierung entstand im März 2015 das landesweite rechtsextreme Netzwerk „Thüringen gegen die Islamisierung des Abendlandes“ („Thügida“), das nach Einschätzung von Mobit maßgeblich getragen wird von bekannten Rechtsextremisten wie Tommy Frenck, Patrick Schröder und David Köckert. Darüber hinaus finden bei den Veranstaltungen des „Thügida“-Netzwerkes unterschiedliche rechtsextreme Organisationen zusammen, bspw. NPD, „Dritter Weg“ und „Europäische Aktion“. Sie verbindet zuvorderst eine rassistische Ideologie der Ungleichwertigkeit und die Hoffnung, im Zuge der europäischen Migrationskrise aus dem Schatten der politischen Bedeutungslosigkeit heraustreten zu können. In einem Facebook-Posting von Thügida vom 08.11.2015 heißt es: „WIDERSTAND IST JETZT DAS HÖCHSTE GEBOT!!!! EGAL WELCHE PARTEI, ES GIBT NUR NOCH DEUTSCHE!“. Damit stellt die Organisation Bezüge zum deutschen innenpolitischen Burgfrieden im ersten Weltkrieg und

der Thronrede von Kaiser Wilhelm II. her, der 1914 sagte: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche!“

Im Schatten der Thügida-Bewegung traten diverse lokale rechtsextreme Gruppen, wie bspw. die der NPD nahestehende „Patriotische Bürgerbewegung für Arnstadt“ (PBFA) in Erscheinung, deren öffentliche Aktivitäten bisher vor allem auf den virtuellen Raum beschränkt blieben. Einmalig war bisher auch das Stelldichein des bundesweit aktiven rechtsextremen Netzwerkes „Widerstand Ost-West“ im August 2015 in Suhl, bei dem unter anderem Michael Stürzenberger, der Bundesvorsitzende der rechtspopulistischen Kleinpartei „Die Freiheit“ teilnahm (vgl. Mobit e.V. 2015).

Unter diesen Vorzeichen mobilisierte auch das rechtsextreme Thügida-Netzwerk zu den migrationsfeindlichen Versammlungen der AfD in Erfurt. Distanzierungen von AfD-Rednern gegenüber Rechtsextremen und der NPD wurden u.a. von David Köckert zurückgewiesen als illegitime Versuche, die „patriotische Bewegung“ zu spalten, wie er in einem Internetvideo kommentierte. Dies zeigt, dass sich Rechtsextremist_innen bestätigt und verbündet sehen mit anderen, migrationsfeindlichen jedoch nicht durchgängig rechtsextremistischen Akteure und Mobilisierungen.

„Patriotische Europäer sagen Nein“ (PEsN)

Eine weitere, der Selbstdarstellung folgend „überparteiliche Organisation“ mit dem vorgeblichem Ziel, „die Rechte aller Menschen gegen die Übergriffe des radikalen Islams und anderer Extremisten zu schützen“ ist das Netzwerk „Patriotische Europäer sagen Nein“ (PEsN). Die Vereinigung veranstaltete in Thüringen u.a. Demonstrationen gemeinsam mit Thügida und präsentierte Redner von der NPD, der „Europäischen Aktion“ und aus dem Umfeld von PEGIDA Dresden. „PEsN“ kooperiert auch mit rechtsextremen Hooligans. Nach eigenen Angaben unterhält die Gruppe in Thüringen „Ableger“ in Erfurt, Schmalkalden/Meiningen, Suhl, Apolda und Arnstadt. Dabei handelt es sich um Facebook-Seiten, die weitgehend identische Beiträge Dritter, u.a. der AfD, teilen. Öffentlich ist „PEsN“ in Thüringen der Dokumentation von Mobit zufolge durch zwei Versammlungen in Meiningen in Erscheinung getreten. Außerdem nahm „PEsN“ bei einem rechtsextremen Blockadeversuch einer Asylunterkunft in Gotha im November 2015 teil. Es scheint sich bei den Organisator_innen derzeit eher um ein lose koordiniertes Netzwerk als um eine strukturierte politische Gruppe zu handeln.

In Internet ist zudem die von Rechtsextremen gegründete Gruppe „Vereinte Patrioten“ bzw. „VP-Vereinte Patrioten / Weimar -jena“ aktiv. Im Oktober führte die Gruppe eine Kundgebung in Erfurt durch, an der jedoch außer den zwei Organisator_innen niemand teilnahm.

Lokale Netzwerke

Ebenfalls im Rahmen der Migrationsdebatte entstanden sind verschiedene lokal-ausgerichtete Mobilisierungsnetzwerke, die sich selbst als „Bewegung“ bezeichnen. Dazu zählt die „Volksbewegung Nordthüringen“, die zu als „Spaziergang“ titulierten Demonstrationen in Nordhausen unter dem Motto „Schluss mit antideutscher Politik“ mobilisiert. Nicht nur diese Rhetorik ist vom organisierten Rechtsextremismus adaptiert. Kundgebungen der Volksbewegung wurden von Funktionären der rechtsextremen NPD angemeldet. Auch auf der Facebook-Seite der „Volksbewegung Nordthüringen“, die vorgibt, „Nordthüringer Bürger aus der Mitte des Volkes“ zu repräsentieren, werden Beiträge der NPD verbreitet. Zentrales Thema des rechtsextremen Mobilisierungsnetzwerkes ist die Migrationskrise sowie der vorgebliche „Volksverrat“ der Politiker_innen.

Auf Initiative von NPD-Aktivist_innen geht auch eine Demonstration des sogenannten „Bürgerbündnis Weida“ zurück.

Mit Bildern, Logos, Beiträgen der NPD und durch die Mobilisierung für Versammlungen, die von der NPD organisiert und angeführt werden tritt auch die „Bürgerbewegung Sondershausen gegen Asylmissbrauch“ auf Facebook und bei Kundgebungen in Erscheinung. Trotz der eindeutigen Bezüge zur NPD findet die „Bürgerbewegung“ auf Facebook (ca. 3.000 „Gefällt mir“-Angaben) mehr Unterstützung als der NPD Kreisverband (ca. 1.800 Likes) und der NPD-Kreistagsabgeordnete Patrick Weber (ca. 1.800 Likes). Dies deutet darauf hin, dass das Migrationsthema – im Gegensatz zur NPD im Ganzen – auch über die rechtsextremistische Bewegung hinaus anschlussfähig ist.

Insbesondere auf Facebook ist die Zahl von Anti-Migrationsseiten und –gruppen, die zum Teil auf Initiative von NPD-Funktionär_innen gegründet werden und häufig identische Beiträge verbreiten wie die NPD und andere rechtsextreme Organisationen, kaum überschaubar. Diese Seiten werden zumeist anlassbezogen ins Leben gerufen und finden Anhänger_innen auch über die rechtsextreme Bewegung hinaus. Auch jenseits des eigentlichen Gründungszwecks werden über diese lokal-orientierten Seiten (bspw. „KEIN Asylantenheim für Zeulenroda“, „Das Eichsfeld wehrt sich – Asylflut stoppen“, „Römhild sagt NEIN ZUM HEIM“ u.a.) anhaltend rassistische und rechtsextreme Botschaften und Deutungen publiziert. Auf diese Weise werden rechtsextremistische Deutungen – bspw. der terroristischen Anschläge in Paris – mit vergleichsweise geringem Aufwand einem erweiterten Sympathisant_innenspektrum zugänglich gemacht und können dadurch *Normalisierung* erfahren.

Um eine von Rechtsextremen geführten Gruppe handelt es sich auch bei der sogenannten „Interessengemeinschaft Mühlhausen will Sicherheit“ („IG MWS“). Die Gruppe fordert im Internet und auf Kundgebung u.a. den „Rücktritt von Angela Merkel“ und „weniger Macht für politische Parteien“. Die Gruppe behauptet, „die Bürger der Stadt Mühlhausen“ zu repräsentieren und wendet sich „die ungebremste und unkontrollierte Einwanderung von Millionen Menschen.“ Dafür, so heißt es, demonstriere man „still, friedlich, demokratisch“. Als Organisator und Verantwortlicher für die Außendarstellung wird der Mühlhäuser Marco L. benannt. L. verbreitet im Internet öffentlich Lieder der rechtsextremen Band „Endstufe“. Im November 2015 bekannte sich L. mit den Worten „Je suis Anders Behring Breivik“ („Ich bin Anders Behring Breivik“) zu dem norwegischen Massenmörder, der im Juli 2011 77 Menschen tötete. Er teilte außerdem Hakenkreuzbilder, Werbung für die rechtsextremen Parteien NPD und „Der Dritte Weg“ und mobilisierte für rechtsextreme Versammlungen im gesamten Bundesgebiet.

Mit dem „Heimattreuen Freundeskreis“ gründete sich auch im Landkreis Sömmerda eine rechtsextremistische Gruppe mit Überschneidungen zur NPD. Auf ihrer Facebookseite veröffentlicht die Gruppe u.a. Aufrufe zu Thügida-Demonstrationen und Profilbilder sowie persönlichen Daten von vorgeblichen politischen Gegner_innen, die als „Linksfaschisten“ bezeichnet werden.

„Wir lieben [Ortsname]“

Ein weiteres Mimikry-Projekt rechtsextremer Entrepreneurs mit dem Ziel, die eigene Reichweite und Integrationsfähigkeit vor dem gesellschaftspolitischen Hintergrund der Migrationskrise zu steigern sind die unterschiedlichen „Wir lieben [Ortsname]“-Gruppen, die vor allem in der zweiten Hälfte des Jahres 2015 in Ostthüringen virtuell und öffentlich in Erscheinung traten. Auch hier verbinden Aktivist_innen der rechtsextremen Bewegung politische Forderungen des Rechtsextremismus mit lokalen Anlässen und Bezügen und versuchen, durch eine emotionale, positive Etikettierung die Heimatverbundenheit von Menschen zu mobilisieren gegen

Zuwander_innen und eine vorgeblich „volksfeindliche Politik“. Auch diese Initiative geht zurück auf den NPD-Aktivisten David Köckert und sein Greizer Bewegungsumfeld, das zuerst mit diesem Slogan in Erscheinung trat. Darüber hinaus existieren maßgeblich von Rechtsextremen gepflegte Facebook-Seiten u.a. mit den Namen „Wir lieben Ostthüringen“, „Wir lieben den Saale-Orla-Kreis“, „Wir lieben Thüringen“, „Wir lieben Meiningen“ und „Wir lieben den Saale-Holzland-Kreis“. Unter dem Slogan plant die Bewegung auch eine länderübergreifende Vernetzung, die mit der Seite „Wir lieben Sachsen/Thügida“ demonstriert wird. Auch an dieser Bezeichnung zeigt sich die Überschneidung zwischen „Thügida“ und „Wir lieben XY“. Den Slogan „Wir lieben...“ hat die Bewegung dabei adaptiert von der Thüringer CDU, die den Werbespruch im Rahmen des Landtagswahlkampf 2014 nutzte.

„Gedenkbündnis Weimar“

Das rechtsextreme „Gedenkbündnis Weimar“ unter maßgeblicher Beteiligung von Michel Fischer, einem Aktivisten der Partei „Die Rechte“, organisiert jährlich anlässlich des Jahrestages der alliierten Bombenangriffe auf Weimar am 9. Februar 1945 eine Demonstration in Weimar. Dabei wird der Nationalsozialismus verherrlicht und die amerikanischen Angriffe auf die Stadt als „Bombenholocaust“ umgedeutet.

Europäische Aktion

Die rechtsextreme „Europäische Aktion“ (EA) wurde nach Angaben von „a.i.d.a. München“ vom Schweizer Holocaustleugner Bernhard Schaub gegründet und wirbt u.a. auf der Internetseite der Partei „Der Dritte Weg“ mit einem eigenen Banner (vgl. Andreasch 2014). Durch die Gründung lokaler Subgruppen in ganz Europa zielt die EA auf die internationale Vernetzung der rechtsextremistischen Szene. Ideologische Grundlage des Netzwerkes sind Antisemitismus, Antiamerikanismus und Rassismus. In Thüringen gelten Axel Schlimper („Gebietsleiter“) und Ringo K. (zuvor: FN Saalfeld; auch: Internetblog „Rennsteiglichter“) als führende Aktivisten in der „Europäischen Aktion“. Schlimper trat u.a. auf bei dem rechtsextremen Verein „Gedächtnisstätte e.V.“ in Guthmanshausen. Austausch und Überschneidung findet außerdem statt mit „Thügida“, der NPD und der Partei „Die Rechte“. Im Juni und Oktober 2015 führte die „Europäische Aktion“ je eine Demonstration in Jena durch, an der auch Vertreter_innen diverser anderer rechtsextremer Organisationen aus Thüringen teilnahmen und auftraten.

Identitäre Bewegung

Um ein europaweites Netzwerk handelt es sich auch bei der „Identitären Bewegung“. Hentges et al. (2014) stellen fest, die „Identitäre Bewegung Deutschland“ (IBD) und ihr französisches Vorbild („Génération Identitaire“) sorgen spätestens seit Oktober 2012 für Aufsehen. Hafener (2014) sieht in den Identitären als Teil der Neuen Rechten „ein Beispiel für die Veränderung von Strukturen, Aktions- und Kommunikationsformen innerhalb der rechtsextremen Szene.“ (Hafener 2014: 3) Dabei bestünden „personelle Verbindungen zwischen den *Identitären* und dem traditionellen rechtsextremen Lager.“ (Hafener 2014: 2). Bereits im Oktober 2013 sind nach Angaben der Bundesregierung in Deutschland „mehr als 50 lokale oder regionale IBD-Untergruppen, die vornehmlich im Internet aktiv“ sind, aufgefallen. (Hafener 2014) Wichtigstes Kampagnenthema der IB war 2015 wie bei allen rechtsextremen und rechtspopulistischen Organisationen die Migrationskrise, die von den Identitären als ‚großer Austausch des Volkes‘ gedeutet wird. Dahinter steht eine völkisch-paranoide Verschwörungstheorie, nach der Migration intentional auf eine Abschaffung der Deutschen ziele. So schreibt die IBD:

„Der Große Austausch ist kein Zufall und keine Naturkatastrophe. Er ist gewollt und geplant. Hinter ihm stecken Verantwortliche, die wissentlich und willentlich unsere Kultur

abschaffen und ihr eigenes Volk austauschen. Die Multikultis sind vernetzt und aktiv. Sie haben einen Plan und eine Agenda. Sie setzen jeden Tag eine millionenschwere Propaganda-Industrie in Bewegung, um den Großen Austausch voranzutreiben und die Deutschen stumm und dumm zu halten.“ (Identitäre Bewegung Deutschland 2015)

Seit 2014 tritt die Identitäre Bewegung in Thüringen in Erscheinung. Eigenen Angaben nach unterhält sie Ortsgruppen in Gera und Jena. Für den Dezember 2015 lädt die selbsternannte Bewegung zu einem öffentlichen Stammtisch in Schlotheim. Die Identitäre Bewegung wirbt, sie sei „nicht links, nichts rechts“, sondern „identitär“. Durch die Einführung des vorgeblich wertfreien und offenen Konzeptes der „Identität“, welches in der Neuen Rechten eine lange Tradition hat, löst sich die IB zwar vorgeblich und im Rahmen ihrer innovativen Aktionen auch formell aus den reaktionären Vorstellungen des Rechtsextremismus, betreibt jedoch tatsächlich eine *kulturalisierende*, rassistische Kampagne, in der die Pseudotheorie der „Rasse“ durch die Pseudotheorie der „Identität“ ersetzt wurde. Die Identitären Bewegung in Thüringen versucht eine Scharnierfunktion einzunehmen zwischen Neuen Rechten, Burschenschaftlern, AfD-Sympathisant_innen und etablierten Akteure des Rechtsextremismus wie bspw. durch Kevin S., der zuvor im Landesverband der Thüringer NPD und im rechtsextremen „Nationalen Bildungswerk Ronneburg“ aktiv war. Eigenen Angaben zufolge hat die IB in Thüringen 2015 mehrere Flugblattverteilungen unternommen und an Demonstrationen der AfD in Erfurt und Gera teilgenommen. Zudem führte die Gruppe im Oktober 2015 in Schlotheim eine symbolische Hausbesetzung durch. Die politischen Kampagnen der IB werden flankiert durch moderne und einheitliche Öffentlichkeits- und Kommunikationsstrategien (Corporate Identity) und ein eigenes subkulturelles Profil, zu der u.a. das eigene Label „Phalanx Europa“ beiträgt, das beschrieben wird als „identitäre Kleidungsmarke für die Patrioten Europas“.

Rechtsextreme Frauenorganisationen in Thüringen

Mit der Internetseite „Free gender“ (vgl. Laumann 2014) und der NPD-Frauenorganisation „Ring nationaler Frauen“ (RNF) existierten bis 2013/2014 zwei rechtsextreme Organisationen mit Schwerpunkten auf Gender- bzw. Frauenfragen. 2015 sind die Gruppen nicht mehr öffentlich in Erscheinung getreten.

Reichsbürger

Im Dezember 2015 berichtete der Journalist Haak (2015), dass nach Informationen des Verfassungsschutzes in Thüringen mehrere hundert Anhänger_innen der sog. Reichsbürger existieren. Ein ungenannter Verfassungsschützer stellt einen Zusammenhang zwischen Reichsbürger_innen und Terrorismus her. Ein Reichsbürger sei auch als Redner bei Thügida aufgetreten. (Haak 2015) Schon im Rahmen einer Lokalstudie über Rechtsextremismuspotenziale in Saalfeld haben Schulz und Quent über verstärkte Aktivitäten der sogenannten Reichsbürgerbewegung und ihre Verbindungen in die rechtsextreme Kameradschaftsszene berichtet (vgl. Quent/Schulz 2015: 75ff). Als „Reichsbürger“ firmieren Einzelpersonen und diverse pseudoformell organisierte und pseudojuristisch argumentierende Zusammenschlüsse. Sie negieren die Rechtmäßigkeit der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Rechtsvorschriften, beharren auf der legitimen Fortexistenz des Deutschen Reiches nach 1945 bis heute und fordern die Rückkehr zu den territorialen Grenzen von 1937 (Quent 2013b). Die bereits seit den 1980er Jahren auftretenden Reichsbürger greifen dabei auf diverse, zum Teil konkurrierende und in sich widersprüchliche Begründungen zurück, die sich aus verschwörungstheoretischen und geschichtsrevisionistischen Thesen und Ideologiefragmenten ableiten (vgl. Quent/Schulz 2015: 74).

3.3 Jugend- und subkultureller Rechtsextremismus

Der Rechtsextremismus verfügt über eine ausdifferenzierte Bewegungskultur. Dazu gehören spezifische Wortschöpfungen (bspw. „Volkstod“, „Bombenholocaust“, „antideutsche Politik“, „Überfremdung“, „Gutmenschentum“), die zum Teil Eingang in den öffentlichen Sprachgebrauch gefunden haben und dadurch indizieren, wo es Rechtsextremen gelungen ist, in den öffentlichen Diskurs einzudringen. Teil der Bewegungskultur sind neben der primär auf die öffentliche Darstellung gerichtete Demonstrationspolitik auch Kulturveranstaltungen, die vor allem der Reproduktion der Bewegung dienen, dazu zählen bestimmte Kalenderdaten (insbesondere in Form einer spezifischen Erinnerungskultur in Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus, z.B. die Bombardierungen deutscher Städte, der 8. Mai oder der Todestag von Rudolf Hess) sowie Konzerte und Bildungsveranstaltungen. Diese Anlässe werden zur ideologischen Selbstvergewisserung, zur Vernetzung und zur Finanzierung der politischen Arbeit genutzt. Bei einigen rechtsextremen Entrepreneurs gehen dabei persönlich-ökonomische und politische Agenden Hand in Hand: Mehrere einflussreiche Akteure des Rechtsextremismus in Thüringen leben von Einnahmen aus der Produktion und Vermarktung von Kleidung, Musik, Propagandaartikeln und anderen Accessoires der rechtsextremen Bewegung. Eigene Kleidungsmarken drücken politische Botschaften aus. Sie dienen der Abgrenzung nach außen und der Bildung einer gemeinsamen kollektiven Identität nach innen.

3.3.1 Vertriebsstrukturen

Der Vertrieb rechtsextremer Devotionalien, Musik, Merchandise und auch von Waffen dient rechtsextremen Aktivist_innen zur Finanzierung u.a. von Infrastruktur und Werbemitteln. In Thüringen existieren mehreren rechtsextreme Vertriebe. Mit Patrick Weber („Germaniaversand“, „Aggressive Zone Records“) und Thorsten Heise („WB Versand“, „Nordland Verlag“; geführt von seiner Ehefrau) sind zwei Mitglieder des NPD Landesvorstandes Thüringen direkt am Handel mit rechtsextremen Devotionalien beteiligt. Tommy Frenck betreibt den rechtsextremen Shop „Druck 18 Werbetechnik“. Der ehemalige Landesvorsitzende der NPD, Patrick David Wieschke, führt in Eisenach den Versand „Antiquariat Zeitgenoss“. Wieschke vertreibt dabei v.a. mit revisionistischer und nationalsozialistischer Literatur. Im sog. „gelben Haus“ der rechtsextremen Szene im Ballstädt (vgl. Kapitel II.3.4) hat die rechtsextreme Plattenfirma „Frontschweine Records“ ihren Sitz. In der Erfurter Innenstadt existiert mit dem Laden „Trondheim“ ein Geschäft der bei Rechtsextremen beliebten Modemarke „Thor Steinar“.

3.3.2 Bands und Konzerte

Verschiedene Musiker_innen aus Thüringen sind in der rechtsextremen Szene aktiv, wie beispielsweise die Gruppen „Unbeliebte Jungs“, „12 Golden Years“, „Kinderzimmerterroristen“, „Die Jungz“ und „I don't like you“. Langenbach und Raabe haben 2013 die Funktion, die Botschaften und die Akteure der rechtsextremen Musikszene Thüringens ausführlich beleuchtet (Langenbach/Raabe 2013).

2015 veranstalteten rechtsextreme Akteure mehrere Konzerte mit der bekannten rechtsextremen Hooligan-Band „Kategorie C“, die zum HogeSa-Netzwerk gehört, in Thüringen. Nach Angaben des Watchblogs „thuringen-rechtsaussen“ wurden die Konzerte von Tommy Frenck, Patrick Wieschke und Patrick Weber organisiert (thuringen-rechtsaussen.net 2015).

Musikveranstaltungen, schreibt Edinger (2010: 39) „sind für die extreme Rechte auch deshalb so wichtig, weil die gemeinsamen Konzertbesuche die Gruppengemeinschaft fördern und geeignet sind, auch kaum politisierte Jugendliche anzusprechen. [...] Gerade über derartige Cliques mit schwankender Mitgliedschaft und begrenztem politischen Interesse verbreiten sich

rechtsextreme Ideologie und Symbolik weit über die „Szene“ hinaus.“ (Edinger 2010: 39) Darüber hinaus dienen die Einnahmen durch Musikveranstaltung für den finanziellen Unterhalt von Immobilien, logistischer Infrastruktur und Öffentlichkeitsarbeit. Die Zahl der in Thüringen jährlich stattfindenden und bekanntgewordenen Rechtsrockkonzerte ist in den letzten Jahren weitgehend stabil gewesen (vgl. Tab. 1; für 2015 liegen noch keine Zahlen vor) und streut nach Mobit-Angaben um durchschnittlich 24 Konzerte pro Jahr seit 2010. Das bedeutet, dass in Thüringen im Durchschnitt alle zwei Wochen eine rechtsextreme Musikveranstaltung angeboten wird. Die Werte des Thüringer Innenministeriums sind deutlich niedriger (vgl. Tab. 1).

Tab. 1: Rechtsextreme Konzerte in Thüringen

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Angaben MOBIT										
stattgefunden	36	22	26	27	27	27	18	23	25	27
davon aufgelöst	10	6	7	4	4	3	0	3	4	1
verhindert	9	6	2	0	5	4	1	4	0	1
Angaben TIM										
stattgefunden	22	12	8	8	10	13	5	8	8	k.A.
davon aufgelöst	9	6	6	2	3	3	1	1	2	k.A.
verhindert	6	6	2	0	4	3	0	4	0	k.A.

Quellen: Edinger 2010, MOBIT, TIM

Unter anderem zählt Mobit hierzu auch musikalische Darbietungen rechtsextremer Gruppen, die als politische Kundgebungen angemeldet werden. Durch die Verbindung von rechtsextremen Kulturangeboten und politischen Botschaften im Rahmen einer solchen Demonstrationspolitik konnte die rechtsextreme Szene in Thüringen Veranstaltungen mit bis zu 4.000 Teilnehmenden durchführen (2009 beim „Rock für Deutschland“ der NPD in Gera). 2014 fanden nach Angaben von Mobit vier solche Veranstaltungen statt. Im Mai 2015 nahmen etwa 1.500 Rechtsextreme an einem u.a. von Tommy Frenck organisiertem Konzert in Hildburghausen teil. Im Juni veranstaltete Thorsten Heise (NPD) in Leinefelde den „Eichsfeldtag“ mit mehreren hundert Teilnehmenden.

3.4 Immobilien der rechtsextremen Bewegung in Thüringen

In Thüringen verfügt die rechtsextreme Bewegung über eine Reihe von Immobilien, die für Versammlungen, Veranstaltungen, für Logistik oder als Rückzugsraum genutzt werden können. Nach Auskunft von Mobit (November 2015) besitzen Rechtsextreme in Thüringen acht Immobilien:

- Gutshaus Hanstein, Fretterode
- Rittergut Guthmannshausen
- Alte Bäckerei Ballstädt (sog. „Gelbe Haus“)
- „Flieder Volkshaus“ Eisenach (Landesgeschäftsstelle der NPD)
- Jenaische Str. 25, Jena („Braunes Haus“; derzeit ungenutzt)
- Burg 19, Kahla
- Gaststätte und Pension „Am Bahnhof“, Marlishausen
- Gasthof „Goldener Löwe“, Kloster Veßra

Darüber hinaus wurden laut Mobit vier weitere Immobilien wiederholt von Rechtsextremen für Veranstaltungen genutzt:

- „Erlebnisscheune“ Kirchheim
- „Kammwegklause“ Erfurt
- „Hufhaus“, Ilfeld
- Gasthof „Frische Quelle“ Mosbach

Über diese vier Objekte hinaus fanden in weiteren Immobilien zum Teil wiederholt rechtsextreme Veranstaltungen statt:

- „Kulturhaus“ Haselbach
- „Obersalzberg“ Sonneberg
- „Ostfeld 0“ Schmiedefeld

Im November 2015 berichteten Thüringer Zeitungen, dass der NPD-Funktionär Patrick Weber die Immobilie „Felsenkeller“ Sondershausen erworben hat.

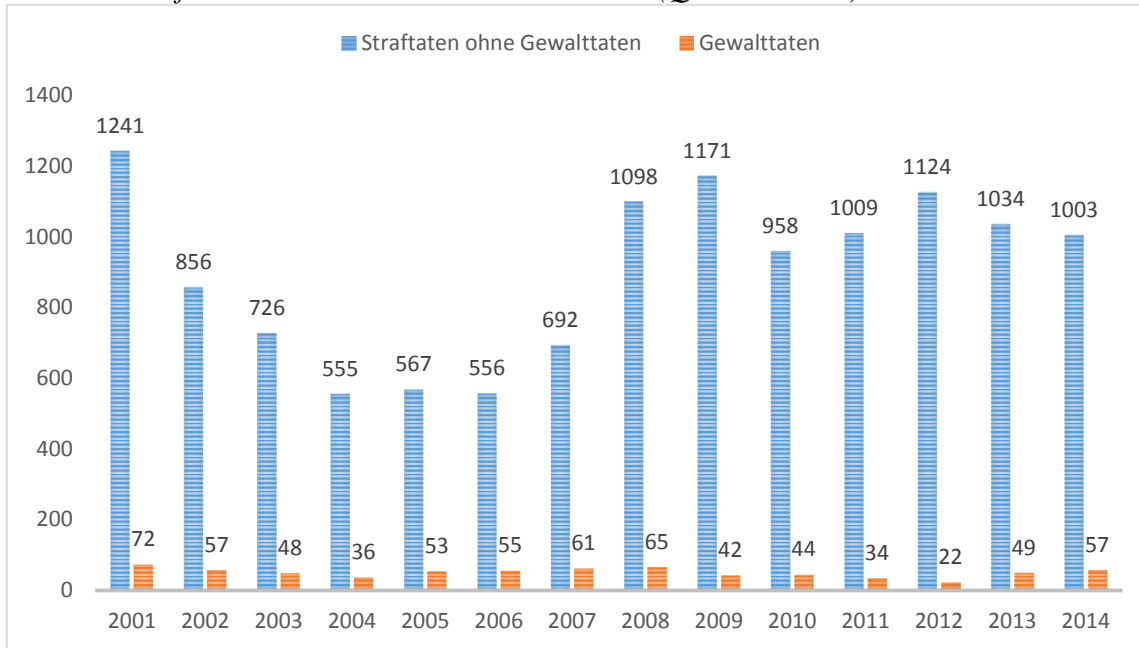
In mindestens drei weiteren Objekten, die darüber hinaus keinen Zusammenhang zur rechtsextremen Bewegung aufweisen, fanden 2015 einmalig rechtsextreme Veranstaltungen statt.

3.5 Straf- und Gewalttaten

Das Kompetenzzentrum Rechtsextremismus der FSU hat auf das hohe Gewaltpotenzial des organisierten Rechtsextremismus und dessen subkulturelle Attraktivität für Jugendliche in Ostdeutschland als eine anhaltende Herausforderung für die demokratische Kultur in Thüringen identifiziert (vgl. Quent 2013: 6). Rechte Gewalt ist zu verstehen als „ein ideologisch und sozialpsychologisch begründeter Handlungskomplex der motivational aus weltbildlichen Definitionen entspringt und im Sinne des Rechtsextremismus intendiert und funktional ist.“ (Wagner 2007, zitiert in: Busch et al. 2007: 32). Gewalttaten, deren Motive in Ungleichwertigkeitsideologien liegen, sind für die demokratische Kultur doppelt problematisch, weil sie erstens nichtdemokratisches Mittel sind, mit denen zweitens antidemokratische Ziele durchgesetzt werden sollen.

Abb. 14 zeigt die Entwicklung der polizeilich registrierten Straf- und Gewalttaten in Thüringen mit einem rechten Tatmotiv. Dabei wird deutlich, dass sich Zahl der dokumentierten Vorfälle pro Jahr nach größeren Auf und Abs zwischen 2001 und 2009 seit 2010 auf einem hohen Niveau eingespielt haben: Im Mittel wurden in Thüringen von 2010 bis 2014 jährlich 1.026 Straftaten mit rechtem Hintergrund festgestellt. Im selben Zeitraum hat die Thüringer Polizei durchschnittlich 42 rechte Gewalttaten pro Jahr gezählt, wobei seit 2012 ein Aufwärtstrend zu verzeichnen ist: damit liegt dieser Zeitraum im Durchschnitt um etwa 10 Fälle pro Jahr unter der Zeit zwischen 2001 und 2010.

Abb. 14: Straf- und Gewalttaten nach PMK rechts (Quelle: TLKA)



Die seit 2010 relativ gleichbleibenden Zahlen zeigen, dass das Bekanntwerden des NSU Ende 2011 und die damit verbundene öffentliche Debatte um rechtsextreme Gewalt und die zumindest partielle Bagatellisierung dieser Gewalt durch die Behörden keine statistisch nachweisbaren Folgen hatten sowie dass sich die Quantität rechtsextremer Straf- und Gewalttaten in diesem Zusammenhang in Thüringen nicht in bedeutsamen Maße gewandelt hat. Dies steht, wie alle Kriminalitätsstatistiken, unter den Einschränkungen der Dunkelfeldproblematik.

Im Zuge der Migrationsdebatte ist die rechte Gewalt 2015 bundesweite eskaliert. „Die Zeit“ schreibt Anfang Dezember 2015, „[v]or allem Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte sind ein gefährliches Massenphänomen geworden. Von Januar bis November ist die Zahl der Angriffe stark gestiegen.“ (Blickle et al. 2015). Von 93 Brandanschlägen haben sich den „Zeit“-Recherchen nach fast die Hälfte gegen bewohnte Unterkünfte gerichtet: „Es ist ein glücklicher Zufall, dass bisher kein Flüchtling getötet wurde.“ (Blickle et al. 2015). Tab. 2 zeigt die regionale Verteilung der insgesamt 222 von der „Zeit“ recherchierten gewalttätigen Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte in 2015. Die sowohl absolut als auch in Relation zur Bevölkerungszahl der Länder höchste Zahl der Anschläge weist das Bundesland Sachsen auf. Unter den ostdeutschen Bundesländern verzeichnet Thüringen absolut und relativ die wenigsten Anschläge gegen Flüchtlingsunterkünfte. Der Freistaat liegt im Vergleich sowohl deutlich unter dem Mittelwert der neuen Bundesländer, als auch unter dem bundesweiten Mittelwert.

Tab. 2: Gewalttätige Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte zwischen 01.01.2015 und 30.11.2015 in den Ländern

Gewalttätige Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte zwischen 01.01.2015 und 30.11.2015		
	Absolut	Fälle pro 100.000 Einwohner
Baden-Württemberg	17	0,16
Bayern	14	0,11
Berlin	20	0,58
Brandenburg	13	0,53
Bremen	2	0,3
Hamburg	2	0,11
Hessen	10	0,16
Mecklenburg-Vorpommern	16	1
Niedersachsen	5	0,06
Nordrhein-Westfalen	21	0,12
Rheinland-Pfalz	6	0,15
Saarland	2	0,2
Sachsen	64	1,58
Sachsen-Anhalt	15	0,67
Schleswig-Holstein	7	0,25
<i>Thüringen</i>	8	0,37
Ostdeutsche Länder ohne Thüringen	128	0,78
Westdeutsche Länder (ohne Berlin)	86	0,16
Alle Länder ohne Th.	214	0,4

Quelle: Blickle et al. (2015), eigene Berechnungen

Der Vergleich rechtsextremer Gewalttaten pro 100.000 Einwohner in den Bundesländern auf der Grundlage der polizeilichen Kriminalstatistik von 2014 (vgl. Tab. 3) zeigt, dass 2014 Thüringen nach Brandenburg und Berlin die dritthöchsten Werte aufweist. Im Vergleich zu den anderen neuen Bundesländern liegt Thüringen dennoch unter dem Durchschnitt, jedoch deutlich über dem Durchschnitt aller Länder.

Tab. 3: Gewalttaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich „Politische Kriminalität – Rechts“ in den Ländern pro 100.000 Einwohner – 2009 und 2014

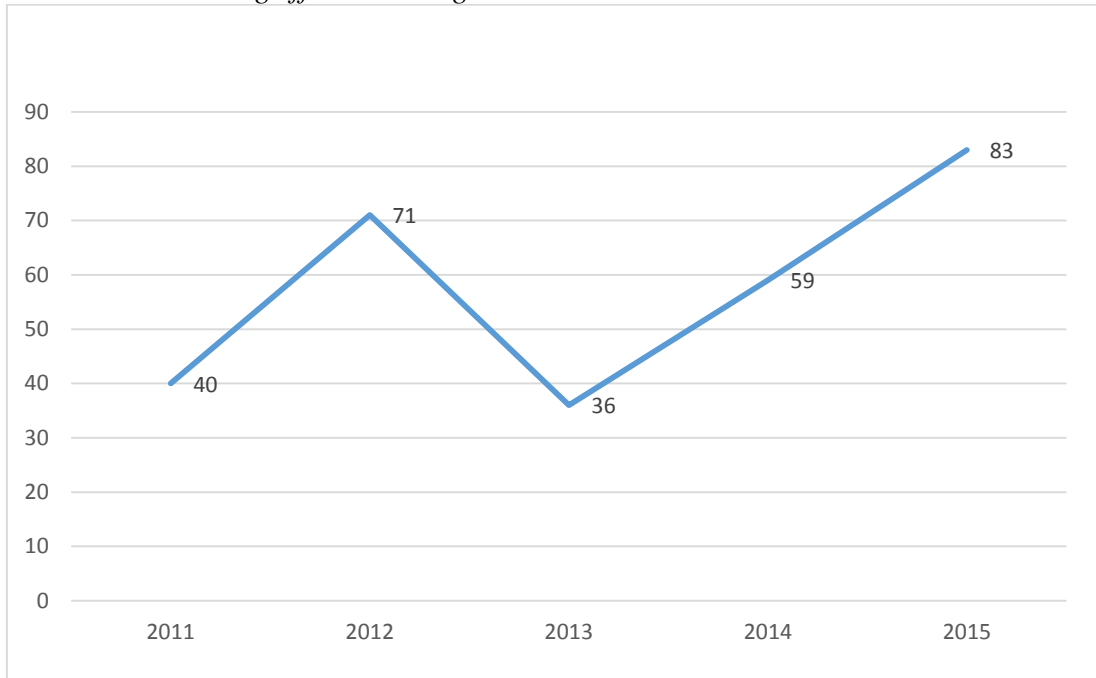
	2009	2014
Baden-Württemberg	0,44	0,22
Bayern	0,42	0,52
Berlin	1,63	2,81
Brandenburg	2,74	2,98
Bremen	0,91	0,46
Hamburg	1,69	0,97
Hessen	0,36	0,35
Mecklenburg-Vorpommern	2,16	2,19
Niedersachsen	1,42	0,68
Nordrhein-Westfalen	0,91	2,11
Rheinland-Pfalz	0,94	0,80
Saarland	1,26	0,20
Sachsen	2	2,05
Sachsen-Anhalt	2,52	2,05
Schleswig-Holstein	2,12	0,75
<i>Thüringen</i>	<i>1,81</i>	<i>2,27</i>
Ostdeutsche Länder ohne Thüringen	2,36	2,42
Westdeutsche Länder (ohne Berlin)	1,05	0,71
Alle Länder ohne Th	1,43	1,28

Quelle: Edinger 2010, S. 44; BMI; Eigene Berechnungen

Den vorläufigen Angaben des Bundeskriminalamtes aus dem Januar 2016 zufolge gab es im Jahr 2015 bundesweit insgesamt 924 Straftaten gegen Flüchtlingsunterkünfte. Im Vergleich zum Vorjahr haben sich diese Taten somit verfünffacht (Heißler 2016). Zwischen Januar Mitte Dezember 2015 habe es in Thüringen, wie die Thüringer Allgemeine unter Berufung auf das Thüringer Landeskriminalamt berichtete, 58 Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte gegeben (Schauka 2015). Die hohe Differenz zwischen den Angaben von „Die Zeit“ (s.o.) und des TLKA indiziert, dass öffentlich nicht unmittelbar über alle Anschläge informiert wird. Eine zusammenfassende und vergleichende empirische Analyse dieser Entwicklung rechtsextremer Gewaltkriminalität steht noch aus.

Abb. 15 zeigt die Summe der erfassten rechtsmotivierten Angriffe nach der Zählung der Thüringer mobilen Beratung für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Trägerschaft der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (EZRA) aus Gründen der Vergleichbarkeit für das Jahr 2015 jeweils zwischen dem 01.01. und dem 31.10. eines Jahres. Die Angaben für das Jahr 2015 sind nach Angaben von EZRA noch unvollständig, da Nachmeldungen sowie Fälle fehlen, bei denen die Nachrecherche nicht abgeschlossen ist. Im Vergleich der Angaben des TLKA (vgl. Abb. 14) und von EZRA (Abb. 15) zeigen sich für Jahre 2012 und 2013 gegensätzliche Trends. 2014 nähert sich die Zahl der erfassten Fälle beider Institutionen an. Im Zeitverlauf zeigen die Werte von EZRA seit 2013 eine große Steigung. EZRA prognostiziert, dass im Zuge der dezentralen Unterbringung von Flüchtlingen insbesondere in ländlichen Regionen Thüringen in den kommenden Monaten die Zahl der Übergriffe gegen Menschen aus Einwandererfamilien noch weiter zunehmen wird und auch die endgültigen Zahlen für 2015 über den vorläufigen in Abb. 15 liegen werden.

Abb. 15: Rechte Angriffe in Thüringen zwischen 01.01. 31.10. eines Jahres nach EZRA*



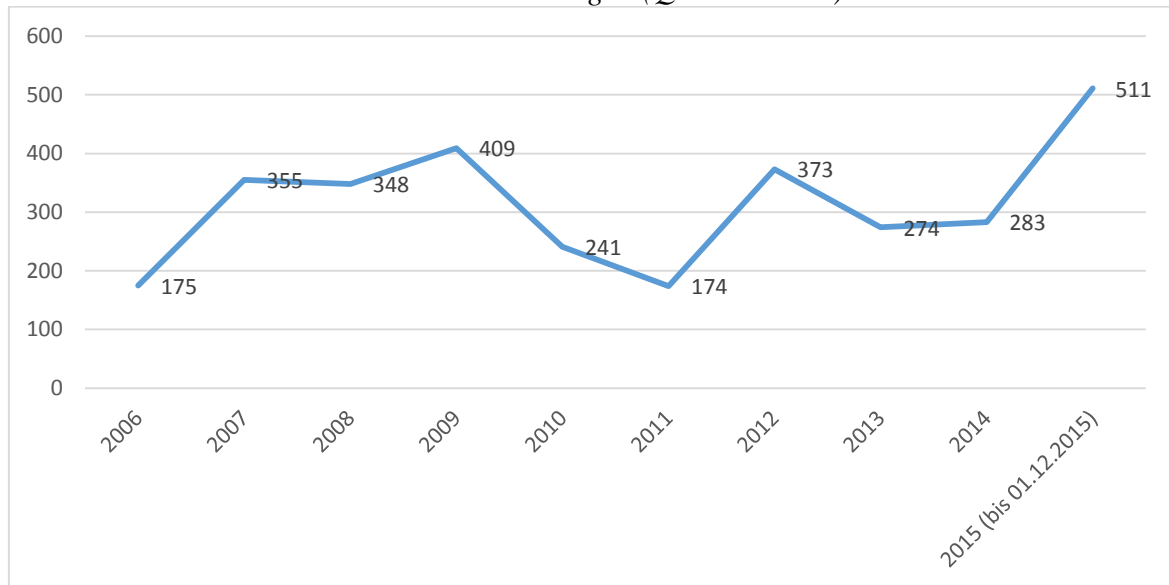
* Eigene Darstellung auf Grundlage der Werte von EZRA. Die aktuellen Werte für das Jahr 2015 stehen unter Vorbehalt, da Nachmeldungen sowie Fälle fehlen, bei denen eine Nachrecherche nötig ist.

Auch *qualitativ* ist das Gefährdungspotenzial durch rechtsextreme Gewalt 2015 gestiegen. Das Bundeskriminalamt warnte im Oktober des Jahres vor schweren Gewalttaten von Rechtsextremen (vgl. Kampf und Mascolo 2015). In Thüringen wurden anderem der Ministerpräsident Bodo Ramelow und die Abgeordnete der Linkspartei Katharina König von Rechtsextremen mit Morddrohungen konfrontiert – dagegen bezog auch die Thüringer AfD-Fraktion Stellung (vgl. Alternative für Deutschland Fraktion im Thüringer Landtag 2015).

3.6 Gestiegenes Aktionsniveau und Mimikry der rechtsextremen Bewegung in Thüringen

Die Gesamtzahl der von Mobit erfassten rechtsextremen Aktivitäten in Thüringen zeigt 2015 eine deutliche Steigerung (vgl. Abb. 16). Wurden zwischen 2010 und 2014 durchschnittlich 269 Aktivitäten pro Jahr erfasst, sind es 2015 ohne die Werte für den Monat Dezember insgesamt 511 Fälle. Insgesamt werden sich die registrierten Aktivitäten in diesem gegenüber dem Vorjahr voraussichtlich nahezu verdoppelt haben.

Abb. 16: Rechtsextreme Aktivitäten in Thüringen (Quelle: Mobit)



In der Regel gehen die öffentlichen Aktivitäten zurück auf Akteure, die bereits seit mehreren Jahren in der rechtsextremistischen Bewegung in Thüringen aktiv sind. Vor dem Hintergrund der „Flüchtlingskrise“ sehen sie neue Möglichkeiten, ihre politischen Vorstellungen, Erfahrungen und Netzwerke, die jahrelang vor allem in Kleingruppen am Leben erhalten und kultiviert wurden, zu einer breiteren öffentlichen Wirksamkeit zu bringen. Die hohe Zuwanderung von geflüchteten Menschen der rechtsextremen Bewegung konkrete, mobilisierungsfähige Themen und Objekte zur Verfügung. Angepasste Deutungs- und Handlungsoptionen der Rechtsextremen werden dabei häufig getarnt in die Öffentlichkeit getragen: Es wurde gezeigt, wie rechtsextreme Akteure, v.a. Funktionäre der NPD, unter ‚falscher Flagge‘ Protestveranstaltungen und Netzwerke organisieren. Insbesondere auf Facebook entwickelte sich eine lebhafte, selbstreferentielle virtuelle soziale Bewegung gegen Migration. Diese Mimikry-Strategie geht insofern auf, dass es Rechtsextremen erstmals bei Antimigrationsprotesten in einigen Fällen in relevanter Größenordnung gelungen ist über die eigenen subkulturellen und bewegungsförmigen Netzwerke hinaus mehrere hundert Teilnehmende und Sympathisant_innen zu mobilisieren. In sozialen Netzwerken, aber zum Teil auch in den Medien, gelang es rechtsextremen Aktivist_innen, unter den Chiffren von „Islamkritik“, „Asylkritik“, „Patriotismus“, als „besorgte Bürger“ oder „Bürgerinitiative“ auf sich aufmerksam zu machen. Angesichts der Mobilisierungserfolge von Pegida in Dresden mit weit über 10.000 und der AfD in Erfurt mit bis zu 5.000 Teilnehmenden dürften jedoch die Mobilisierungsgewinne von einigen Hundert bei „Thügida“ oder „Wir lieben Gera“ in Thüringen für die Rechtsextremist_innen insgesamt eher ernüchternd sein.

Die Mimikry-Strategie als wichtiger Innovationsmechanismus des Rechtsextremismus in Thüringen besteht weniger darin, dass die rechtsextremen Organisator_innen und Redner_innen, die bei diesen Veranstaltungen zu Wort kommen, einen Hehl aus ihren rassistischen, antidemokratischen und gewaltbilligenden Positionen machen würden. Vielmehr besteht die Mimikry darin, dass sich die rechtsextremen Akteure als „Bürgerinitiative“ tarnen, obwohl sie sich explizit gegen bürgerliche Freiheitsrechte wenden. Erst durch dieses Schwindeletikett können die Rechtsextremen auch sogenannte „besorgte Bürger_innen“ und „Aber-Nazis“ mobilisieren, sodass die Zusammensetzung der Teilnehmerschaft mancher Protestveranstaltungen analytisch nicht pauschal als rechtsextrem bezeichnet werden kann, obwohl die Organisatoren und die dominanten politischen Botschaften eindeutig dem

Rechtsextremismus zuzuzählen sind. Die Mimikry verschleiert Mobilisierungsakteur und Protestform, nicht aber den Inhalt der Organisationen und Mobilisierungen. Insbesondere Akteure der NPD haben starken Einfluss auf das „Thügida-Netzwerk und verschiedene lokale Protestveranstaltungen. Es ist anzunehmen, dass bei einer Beruhigung der Migrationskrise, der öffentlichen Debatte und dem in diesem Zusammenhang zu erwartendem Rückgang der Mobilisierungspotentiale der rechtsextremen Netzwerke die bisher weitgehend im Hintergrund wirkende NPD als kontinuierlicher Akteur und „harter Kern“ der rassistischen Bewegungen Teile der abbröckelnden Protestteilnehmenden integrieren und dadurch mittelfristig organisatorisch gestärkt aus den Mobilisierungsoffensiven herausgehen kann. Für die langfristige Entwicklung und den möglichen Einzug der NPD in den Thüringer Landtag 2019 wird neben dem Verbotsverfahren der NPD im Besonderen die weitere Entwicklung der AfD in Thüringen ausschlaggebend sein. Im Januar 2016 rief der Rechtsextremist Patrick Schröder, zeitweiliger NPD-Funktionär und früherer Wahlthüringer über sein Videoprojekt „FSN TV“ Rechtsextremist_innen dazu auf, sich in Vorbereitung auf das zu erwartende NPD-Verbot mit der AfD zu vernetzen. Die Innovationsfähigkeit der NPD, die sich u.a. in der Mimikry zeigt, ist ein Hinweis darauf, dass die Gefährdung durch den Rechtsextremismus auch durch ein Verbot der NPD nicht nachlassen wird.

Die Brutalität, die Virulenz und die Revitalisierung politischer Narrative und Konzepte aus dem historischen Nationalsozialismus (vgl. beispielhaft zum „Volkstod“: Quent 2014) durch rechtsextreme Akteure stellt eine besonders deutliche Provokation für die demokratische Kultur dar. Dies darf jedoch nicht davon ablenken, dass dies zwar die vorrangigste, aber nicht die einzige Herausforderung für Demokratie, Weltoffenheit und Zivilgesellschaft in Thüringen ist.

4 Nicht nur durch den Rechtsextremismus: Herausforderungen für Demokratie und Zivilgesellschaft

„Alle Denkrichtungen müssen sich der Kritik stellen“ (CHARB 2015: 200)

4.1 Konventionelle und unkonventionelle politische Partizipation

Edinger (2010: 47) stellt dar, dass etwa seit dem Jahrhundertwechsel die Beteiligung an kommunalen, föderalen und den Wahlen des Bundestags in Ostdeutschland sinkt:

„In einem Zeitraum von zwei Jahrzehnten hat die elektorale Partizipation in Thüringen somit auf allen Ebenen erheblich abgenommen. [...] Der zwischenzeitliche Anstieg der Abstimmenden bei der Landtagswahl 1994 erklärt sich zudem damit, dass gleichzeitig die Bundestagswahl stattfand. Der generelle Abwärtstrend ist allerdings nicht thüringenspezifisch, sondern findet sich bei geringer Varianz in allen ostdeutschen Ländern und in geringerem Ausmaß auch in Westdeutschland. Seit dem Jahr 2002 liegen die Beteiligungsraten in Thüringen allerdings bei allen Bundestags- und Landtagswahlen niedriger als in der alten Bundesrepublik.“ (Ebd.: 48)

Dieser Trend setzte sich bei den Landtagswahlen 2014 fort: Die Wahlbeteiligung sank von 56,2 Prozent (2009) auf 52,7 Prozent (2014). Bei den Bundestagswahlen war dagegen ein Zuwachs von 65,2 Prozent (2009) auf 68,2 Prozent (2013) zu verzeichnen.

Die niedrige Wahlbeteiligung als klassische Form konventioneller politischer Partizipation gefährdet „den egalitäre[n] Kern demokratischer Herrschaft“ (Schäfer 2010: 133), „der nach der gleichen Berücksichtigung aller Interessen verlangt“ (Dahl 1998, zitiert in: Schäfer 2010: 133, siehe auch Kapitel I.1.3). Die elektorale Partizipation kann nicht durch unkonventionelle Beteiligungsformen (wie beispielsweise Demonstrationen) ersetzt werden, so Schäfer (ebd.), da diese „stärker sozial verzerrt sind. Wahlen garantieren relativ gleiche Zugangschancen, weil

der individuelle Aufwand gering ist. Andere Beteiligungsformen verlangen dagegen Ressourcen wie Zeit, Kompetenzen oder Geld“ (Schäfer 2010: 152). Sinkende Wahlbeteiligung „gefährdet somit das Versprechen der Demokratie, alle Interessen gleich zu berücksichtigen“ (ebd.). Insbesondere Bevölkerungsschichten, die negativ von wachsender sozialer Ungleichheit betroffen sind, so Schäfer, haben weniger Möglichkeiten zur politischen Teilhabe (ebd.). Unter Bezug auf Schäfer ergänzt Streeck (2013), da die Wahlbeteiligung bei Wahlberechtigten mit niedrigem Einkommen und aus unteren sozialen Schichten am niedrigsten und ihr Rückgang am steilsten ist, dass die „sinkende Wahlbeteiligung in den kapitalistischen Demokratien nicht durch Zufriedenheit zu erklären ist, sondern durch Resignation: Vor allem die Verlierer der neoliberalen Wende sehen nicht mehr, was sie sich von einem Wechsel der regierenden Parteien versprechen sollen.“ (ebd.: 88). So schütze „die politische Resignation der Unterschichten [...] den Kapitalismus vor der Demokratie und stabilisiert die neoliberale Wende, auf die sie zurückgeht.“ (ebd.: 89). Streeck weist auch darauf hin, dass die öffentliche Verschuldung (die u.a. zu Deinfrastrukturalisierung und dem Abbau sozialer Sicherungssysteme führt) begründet liegen in zu niedrigen Einnahmen des Staates, „die darauf zurückzuführen sind, dass Wirtschaft und Gesellschaft, organisiert nach dem Prinzip des privaten Besitzindividualismus, ihrer eigenen Steuerbarkeit Grenzen setzen, während sie zugleich vom Staat immer mehr verlangen.“ (ebd.: 98). Die im Jahr 2014 durch die sogenannten Luxemburg-Leaks publik gewordenen Steuervermeidungsstrategien veranschaulichen diese Dynamik. Die durch die Steuervermeidung von Unternehmen bedingten erheblichen Einnahmeausfälle des Staates fehlen diesem, um soziale Sicherheit und Investitionen zu gewährleisten, wodurch wiederum wachsende soziale Ungleichheit, steigende politische Resignation, soziale Frustration und die Suche nach Sündenböcken (vgl. Kapitel II.4.2) begünstigt werden kann. Es besteht im Kontext der Debatte um die Wahlbeteiligung in Deutschland Forschungsbedarf auch zu der Frage, inwieweit das Allgemeine bspw. auch in Thüringen konkret gilt und in welchem Maße bestimmte ökonomische oder soziale Milieus weitgehend aus der konventionellen politischen Partizipation desintegriert sind.

4.2 Populistische Proteste

Wer über die logistischen, zeitlichen, finanziellen und organisatorischen Ressourcen und Fähigkeiten verfügt, um seine Meinung und Interessen in konventionellen (z.B. Parteien) oder unkonventionellen (z.B. soziale Bewegungen, Demonstrationen) Partizipationsformen zu artikulieren, kann in der medialen und politischen Öffentlichkeit berechtigt auf Resonanz hoffen. Befragungen von PEGIDA-Demonstrationsteilnehmer_innen in Dresden zeigen, dass diese ganz überwiegend nicht sozial abgehängt, sondern vollzeiterwerbstätig, selbstständig oder freiberuflich tätig sind (vgl. Geiges et al. 2015: 1126; Daphi et al.: 14). Die selbstbestätigende Eigendynamik innerhalb solcher - allenfalls als *lokale* oder *virtuelle soziale Bewegungen* zu bezeichnenden - Protestmobilisierungen können zu einer verzerrten Wahrnehmung der Realität führen, in der sich die Protestler_innen zur Stimme eines imaginär-homogenen Blocks wähnen, der vorgibt die eigentlichen Interessen der Bevölkerung zu repräsentieren (dies kommt zum Ausdruck in der aus dem historischen Kontext der deutschen Vereinigung adaptierten und umgedeuteten Parole „Wir sind das Volk“): den elektoralen politischen Mehrheitsverhältnissen wird darin eine subjektive Majorität entgegengestellt, die den egalitären Kern und die Legitimität des formaldemokratischen Prozesses mit der Behauptung zurückweist, die Meinungsbildung sei medial manipuliert („Lügenpresse“) und nur man selbst wisse um den *eigentlichen Volkswillen*. Noch über reaktionäre und rassistische politische Inhalte und im Kern

antidemokratischen Forderungen (vgl. Salzborn 2015: 365) hinaus bedroht diese Form populistischer bzw. postdemokratischer⁶ Protestinszenierung die demokratische Kultur.

Mit den „Patriotischen Europäern gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (PEGIDA) ist im Oktober ab 2014 in Sachsen eine lokal-mobilisierungsfähige Bewegung entstanden, die zwar Teile rechtsextremistischer Bewegungskultur (Begriffe, Symbole usw.) adaptieren und die gegenüber Rechtsextremen offen und attraktiv ist, die in ihrer Gesamtheit jedoch analytisch auf Grund der differenten Motivationen der teilnehmenden „Problembürger“ (Norbert Frei) nicht trennscharf als rechtsextremistisch zu bezeichnen ist. Nachtwey (2015) stellt diesbezüglich fest:

„Pegida ist keine originär rechtsextreme Bewegung, sondern das Produkt einer nervösen Gesellschaft, in der die Affektkontrolle verwildert. Es ist ein Ausdruck einer Radikalisierung der Mitte, eines regressiven Aufbegehrens gegen eine marktkonforme Demokratie, in der die Ökonomie zur sozialen Instanz geworden ist. Bei Pegida versammeln sich gewissermaßen rechte Wutbürger.“ (Nachtwey 2015)

Es handele sich dabei um eine Form von „[p]ostdemokratische[m] Protest“ (Nachtwey 2015). Nachtwey (2015) beschreibt weiter, dass sich Pegida in Dresden aufgrund besonderer lokaler Umstände etablieren konnte: „In kaum einem Bundesland ist die politische Kultur so konservativ, sind die Bürger so entfremdet von der Politik.“ (Nachtwey 2015). Salzborn charakterisiert den Pegida-Protest als „[e]goistisch [...], weil es nicht ernsthaft um Angst vor etwas, sondern um Angst um etwas geht: *um* die eigenen (gefühlten) Privilegien.“ (Salzborn 2015: 360). Dabei werde das „Schlagwort ‚Islamisierung‘“ lediglich als Vorwand genutzt, „um rassistische und völkische Positionen wieder öffentlich zu platzieren“ (Salzborn 2015: 361). Nassehi (2015: 348) hält fest, dass die meisten Teilnehmenden „sich und die Bewegung keineswegs als rechts [bezeichnen], aber das Gemeinsame der sehr heterogenen Bewegung kulminiert tatsächlich in dem, was rechtes Denken in erster Linie ausmacht: zwischen uns und den anderen klar und deutlich und asymmetrisch zu unterscheiden.“ (Nassehi 2015: 348) Er sieht in PEGIDA sowie in Deutungen der Neuen Rechten vor allem eine verfehlte Reaktion auf „Komplexitätsprobleme der Gesellschaft“ (ebd.: 481): Nassehi zeigt, dass „rechte Orientierungen sich vor allem am Problem der Unübersichtlichkeit der Gesellschaft abarbeiten und diese mit einem kruden Konzept von ethnischer oder kultureller Kohärenz und Homogenität überwinden wollen“ (Nassehi 2015: 481). Diese Analysen lassen sich übertragen auf die von der AfD im Herbst 2015 durchgeführten Kundgebungen in Erfurt, an denen bis zu 5.000 Menschen teilnahmen. Nicht nur inhaltlich und hinsichtlich der Verbindungen zu Akteure der Neuen Rechten, wie Götz Kubitschek, auch hinsichtlich der mobilisierten Teilnehmenden bestehen Gemeinsamkeiten zwischen den Versammlungen in Erfurt und Dresden. Befragungen von Pegida-Teilnehmenden haben ergeben, dass diese vor allem mit der AfD zugeneigt sind (vgl. Daphi et al. 2015: 53; Geiges et al. 2015: 1126).

Aus Gesprächen mit Teilnehmenden der Erfurter AfD-Kundgebung sowie aus Medienberichten ist – über die *grundsätzlich rechte* Ausrichtung der Protestveranstaltungen als solche – der Eindruck zu gewinnen, dass für einen Teil der Menschen die Demonstrationen eine Plattform bieten, um ihre allgemeine soziale Unzufriedenheit, Kränkungen und Frustrationen ‚rauszulassen‘ und auf Sündenböcke zu projizieren. Im ZDF-Morgenmagazin beispielsweise kam eine Teilnehmende der AfD-Demonstration am 28.10.2015 zu Wort mit der Aussage:

⁶ Postdemokratisch beschreibt einen Politikstil, indem demokratische Institutionen formal existieren, aber von Bürger_innen und Politiker_innen nicht länger mit Leben gefüllt werden (vgl. Crouch 2012).

„Ich krieg‘ 500 Euro Rente und so ein Moslem kriegt 670. Haben wir nicht genug Probleme in Deutschland? Ich bin voller Hass! Die müssen weg!“ (AfD-Demonstrantin in Erfurt, ZDF Morgenmagazin vom 29.10.2015)

Das Zitat zeigt eindrücklich, wie eine Lebenssituation, die unter sozialökonomischen Gesichtspunkten objektiv nicht zufriedenstellend sein kann, auf dem Vehikel religiösen Otherings und unter Bezug auf falschen Daten auf Minderheiten als Sündenböcke projiziert und diese damit Ventil für Unzufriedenheit und „Hass“ missbraucht werden können. Der Sündenbock nutzt dem Ankläger, denn

„[...] immerhin ermöglichte das Abwälzen der eigenen Schwierigkeiten und Irrtümer auf einen anderen – einen Konkurrenten oder Nachbarn, eine Minderheit im eigenen Land oder eine andere Nation, eine Institution oder die Natur – eine qualvolle Situation erträglicher zu machen.“ (Memmi 1992: 68)

In diesem Mechanismus besteht die soziale Funktion des *Rassismus*.⁷ Es ist anzunehmen, dass sich ein Teil der Menschen auch linkspopulistischen Bewegungen anschließen würden, es einigen also gar nicht so sehr um einzelne Inhalte, sondern um Möglichkeiten zum „Frust ablassen“ geht. Durch die Politisierung dieser zumindest in Teilen objektiv gerechtfertigten sozialen Unzufriedenheit durch die rechte Demagogie von AfD und PEGIDA werden einfache Lösungsmöglichkeiten für vielschichtige Fragen und gesellschaftliche Komplexitätsprobleme an sich vorgegaukelt und zum eigenen Vorteil benutzt. Den Kundgebungen schwingt daher auch ein Moment der „repressiven Entsublimierung“ (Marcuse) inne, d.h. die Proteste bieten die Möglichkeit, „sich lautstark über etwas auszulassen und all seine aufgestaute Wut zu artikulieren“ (Kimmel 2015: 65).

In Thüringen bieten 2015 rechtsextreme Organisationen, aber auch die AfD dafür eine Plattform. Die AfD, 2013 als Antieuro-Partei unter maßgeblicher Unterstützung von Vertreter_innen der Industrie gegründet, bildet in der öffentlichen Migrationsdebatte die rechte Speerspitze. Dies veranlasste den ehemaligen Vizevorsitzenden und Kreditgeber der Partei, Henkel, die AfD als „NPD light“ zu bezeichnen. Er habe mitgeholfen, so Henkel weiter, „ein richtiges Monster zu erschaffen“ (zitiert in: dpa/lnw 2015).

4.3 Partei unter Führung eines völkischen Nationalisten: Die Alternative für Deutschland (AfD) in Thüringen unter Björn Höcke

Mit den raschen Veränderungen, Abspaltungen und föderalen Fragmentierungen der erst 2013 gegründeten Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) kann die Erforschung ihres Profils nicht mithalten: Kaum erscheinen dazu ausführliche Analysen (bspw. Häusler/Roeser 2015), schon hat sich die Partei erneut gewandelt.

Im Frühjahr 2015 leiteten der Thüringer Fraktionsvorsitzende Höcke und der Landeschef der AfD in Sachsen-Anhalt, Poggenburg, mit der „Erfurter Resolution“ einen Rechtsruck der AfD ein, in dessen Folge es im Sommer 2015 zur Spaltung der AfD durch den Austritt neoliberaler und gemäßigter Kräfte und zur Gründung der Partei „Alfa“ durch den ehemaligen AfD-Vorsitzenden Lucke kam. Im Zuge der Migrationskrise und der intensiven öffentlichen Debatte näherte sich die AfD der Pegida-Bewegung an. Bundesweit ist die Partei derzeit gespalten und heterogen: Dies zeigte sich nach einem provokativen Auftritt Höckes in der Talk-Show Günther Jauchs, nach dem sich die Führung der Bundespartei von Höcke distanzierte (Zeit Online 2015).

⁷ Rassismus ist soziologisch wie folgt zu definieren: „Der Rassismus ist die verallgemeinerte und verabsolutierte Wertung tatsächlicher oder fiktiver Unterschiede zum Vorteil des Anklägers und zum Nachteil seines Opfers, mit der seine Privilegien oder seine Aggressionen gerechtfertigt werden sollen.“ (Memmi 1992: 103).

Davon unbenommen profitierte die Partei in Wahlumfragen zumindest zwischenzeitlich von ihrem einwanderungsfeindlichen Kurs. Die große Entwicklungsdynamik der jungen Partei erschwert ihre Zuordnung. Der Geschäftsführer des Forschungsinstituts Forsa, Güllner, sagte im November 2015, die AfD weise die „typischen Merkmale einer rechtsradikalen Partei“ auf (vgl. Lachmann 2015). Die Süddeutsche Zeitung schreibt, die AfD werde von der NPD „jetzt als unmittelbare Konkurrenz“ (Lachmann 2015) angesehen. Ähnlich bewerten Landes- und Bundespolitiker die Partei: Susanne Hennig-Wellsow, Landesvorsitzende der Linkspartei in Thüringen, sagte im September 2015, die AfD sei „der verlängerte Arm der Nazis im Parlament“ (zitiert in: Meyer 2015). Der Vorsitzende der Landtagsfraktion der CDU im Thüringer Landtag, Mike Mohring, sagte im Dezember 2015, die Alternative für Deutschland sei im „rechtsextremen Milieu“ angekommen (zitiert in: Debski 2015). Im Januar 2016 sagte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Eva Högl, „[d]ie AfD weist in weiten Teilen rechtsextreme und rechtsradikale Tendenzen auf“ (Endstation Rechts 2016).

Evident ist, dass der Thüringen Landesverband der AfD derzeit eine hervorgehobene Stellung einnimmt, die sich im Besonderen an dem umstrittenen Thüringen Fraktionsvorsitzenden Höcke kristallisiert. Der Soziologe Kemper hat sich ausführlich mit den „rechtsextremen Ideologiefragmente[n]“ (Kemper 2015: 47) Höckes auseinandergesetzt. Er kommt zu dem Schluss:

„[...] dass Björn Höckes Äußerungen die Kriterien erfüllen, die es nach Roger Griffin erlauben, von einem palingenetischen Ultranationalismus und somit von einer faschistischen Ideologie zu sprechen. Zudem gibt es Indizien dafür, dass Björn Höcke schon vor seinem Beitritt zur AfD politisch aktiv gewesen ist, und zwar im neurechten Spektrum.“ (Kemper 2015: 77)

Unter anderem werden Höcke enge Verbindungen zum rechtsextremen Unternehmer und NPD-Vorstandsmitglied Thorsten Heise nachgesagt. Im Oktober 2015 analysierte der Politikwissenschaftler Neugebauer: da Höcke einen völkischen Nationalismus vertrete sei er „eindeutig rechtsextremistisch“ (zitiert in: Neuerer 2015), wodurch die AfD im Parteiensystem nach rechts rutsche und mit rechtsextremistischen Kleinstparteien wie der NPD konkurriere (ebd.). Auch der bekannte Politikwissenschaftler Hajo Funke stellte im Oktober fest, Höcke ist „rechtsradikal“ (Dobovisek 2015) und „[d]ie AfD hat sich in großen Teilen rechtsradikalisiert.“ (ebd.). Die Verrohung der Sprache, die sich deutlich bei Höcke zeige, ist, so Funke, „Gewalt auslösend“ (ebd.). Diese Sprache unterscheide sich nicht von der der „SA der 20er-Jahre“ (ebd.). Der Rechtsextremismusforscher Kiess berichtet von „persönlichen Verbindungen zwischen wichtigen Figuren der Neonazi-Szene, der Pegida-Gruppen und der AfD“ (zitiert in: Drebes und Mayntz 2016): Eine detaillierte Studie der Sozialforscher Häusler und Roesner (2015) über die Thüringer AfD in Auftrag der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung kommt zu dem Schluss, dass sich die AfD „im politischen Grenzbereich zwischen Rechtspopulismus und Rechtsradikalismus bewegt“ (ebd.: 63). Damit, so die Autoren, „droht unter dem Dach der AfD erstmals seit Jahrzehnten eine vergleichbare Sammlung und bundesweite Ausdehnung einer rechtspopulistisch/rechtsradikalen Formation, wie es 1983 die damaligen rechtsradikalen „Republikaner“ dargestellt haben.“ (ebd.: 60) In der Typologie von Stöss (vgl. Kapitel II.3.1.1) entspricht dies einer rechtsextremen Partei des Typ 2.

Mit dem gewachsenen Einfluss von Höcke nach dem erfolgreichen Putsch und der Spaltung der AfD im Sommer 2015 und im Rahmen der sogenannten „Herbstoffensive 2015“ haben im Thüringer Landesverband der AfD politische Konzepte des völkisch-nationalistischen Rechtsextremismus die Diskurshoheit übernommen. Dies bedeutet nicht, dass der Landesverband im Ganzen analytisch als rechtsextremistisch bezeichnet werden muss. Doch

im Rahmen der „Herbstoffensive“ und der Antimigrationskundgebungen der AfD dominiert der völkische Nationalismus von Höcke die Außenwahrnehmung der Partei, die sich in der Folge der raschen und intensiven Flügelkämpfe zumindest in Teilen bis heute von einer rechtskonservativen zu einer rechtsextremistischen Partei zweiten Typs (vgl. Typologie von Stöss im Kapitel II.3.1.1) entwickelt hat. Wenngleich bereits im Wahlprogramm der AfD Thüringen, mit dem sie bei den Landtagswahlen 2014 10,6 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinen konnte, einzelne Elemente der Rhetorik der „Neuen Rechten“ entstammen – etwa die Rede vom „Europa der Vaterländer“ und der Bedeutung von „Identität“ (AfD Thüringen 2014: 4f) – so ist die im Vergleich zu anderen Parteien kurze Programmatik insgesamt ambivalent und ohne Hinweise auf Formen der „Rassendiskriminierung“ im o.g. Sinne. Gemessen an ihrem Wahlprogramm aus 2014 ist die AfD in Thüringen nicht als rechtsextremistisch zu bezeichnen. Mit der „Herbstoffensive 2015“ unter dem Motto: „Zeit, die Karten auf den Tisch zu legen“ legte die AfD Fraktion im Thüringer Landtag unter Höcke ihre Karten in der Tat offen und brachte ihren bis dato weitgehenden verborgenen völkisch-rassistischen Charakter zum Ausdruck. Dieser Geist zeigt sich am deutlichsten in den Reden Höckes bei den Demonstrationen der AfD in Erfurt. Zentrales Narrativ ist ein völkisches, weil auf *deutscher Abstammung* beruhendes, „Selbstbestimmungsrecht“. Dieses „Selbstbestimmungsrecht“ – ein aus dem Völkerrecht entliehener und umgedeuteter Begriff – wird von Höcke im Volksmund interpretiert mit den Worten: „Wir haben als Volk das Recht, Herr im eigenen Haus zu bleiben!“ Die Umsetzung von Selbstbestimmung leitet Höcke ab aus „numerischer Überlegenheit [...] im eigenen Land“ (Höcke 2015). Durch die Migrationsbewegungen nach Deutschland, so Höcke, werde diese Selbstbestimmung nun bedroht durch die „fremdstämmige Migrant-Mehrheit“ (ebd.):

„Ich will unsere Selbstbestimmung aber nicht an eine fremdstämmige Migrant-Mehrheit abgeben!“ (ebd.)

„Und wir sind nicht verpflichtet, zur Minderheit im eigenen Land zu werden und unsere Selbstbestimmung im eigenen Land an Migrant-Mehrheiten abzugeben.“ (ebd.)

Schon rein statistisch ist die Behauptung paranoid und irrsinnig, das Mehrheitsverhältnis zwischen Menschen mit aus „deutscher“ Abstammung (über 64 Millionen) und solcher mit Migrationshintergrund (2014: 20,4 Prozent der Bevölkerung, d.h. über 16 Millionen Menschen, von denen die Mehrheit einen deutschen Pass besitzt) würde durch die Zuwanderung von einer, zwei oder auch zehn Millionen Migrant_innen kippen. Schwerer wiegt aber, dass das nach der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ebenso wie nach dem Grundgesetz Diskriminierung aufgrund von Abstammung, wie sie Höcke forciert, unzulässig ist. Die Grundrechte und deren Unabänderlichkeit in der Verfassung sind nicht zuletzt eine Lehre aus nationalsozialistischem Unrechtsstaat, indem das völkische Denken u.a. durch das „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ im Rahmen der Nürnberger Rassengesetze umgesetzt wurde. Auch im Zusammenhang mit der Ukrainekrise wurde der Begriff des „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ strapaziert: Der Historiker Götz Aly schreibt im diesen Zusammenhang, bei dem Begriff handele es sich um eine im 19. Jahrhundert entstandene „nationalistische Kampfparole“, die mitverantwortlich sei für die Katastrophen des 20. Jahrhunderts (Aly 2014). 1989 kritisierte der Soziologie Ralf Dahrendorf den Begriff des „Selbstbestimmungsrecht“ als „Kampfbegriff, jedoch nicht im Kampf schwacher Einzelner gegen Mächtige, sondern im Kampf um die Etablierung von Macht.“ (Dahrendorf 1989). Dahrendorf schreibt:

„Um die These in aller Konsequenz zu formulieren: Es gibt kein Recht der Armenier, unter Armeniern zu leben. Es gibt aber ein Recht für armenische Bürger ihres Gemeinwesens, Gleiche unter Gleichen zu sein, nicht benachteiligt zu werden, ja auch ihre eigene Sprache

und Kultur zu pflegen. Das sind Bürgerrechte, Rechte der Einzelnen gegen jede Vormacht. Das sogenannte Selbstbestimmungsrecht hat unter anderem als Alibi für Homogenität gedient, und Homogenität heißt immer die Ausweisung oder Unterdrückung von Minderheiten.“ (ebd.)

Daher solle der Begriff, der „Instrument der Entzivilisierung und Barbarisierung ist, ein Zeugnis der Unfähigkeit zur Freiheit in Vielfalt“ (ebd.) „aus dem Wortschatz der internationalen Politik“ (ebd.) verschwinden. Mit sind dieses Instrument und die dahinterstehenden völkischen Homogenitätsvorstellungen in die Thüringer Landespolitik zurückgekehrt. Für Höcke ist die völkisch-rassistisch bestimmte Abstammung maßgeblich, weshalb er die Integration von Flüchtlingen *grundsätzlich* ablehnt:

„Wir brauchen jetzt: Die unzweideutige Ansage, daß es grundsätzlich keine dauerhafte - Integration von Flüchtlingen geben kann.“ (Höcke 2015)

„Nein, wir können und wir wollen diese Integration nicht schaffen!“ (ebd.)

Der völkische Rassismus und die sich daraus ableitende Verweigerung gegenüber der Integration von Migrant_innen bei Höcke ist es, die ihn und die rechtsextreme Stoßrichtung der Thüringer AfD-Fraktion unterscheidet von Äußerungen demokratischer Politiker_innen, die zum Teil ebenfalls erhebliche Kritik an der Asylpolitik und der Zuwanderung von Flüchtlingen äußern, diese jedoch nicht aufgrund völkischer Marginalisierungsparanoia, sondern ausgehend von materiellen, logistischen oder sicherheitspolitischen Herausforderungen erheben. Während andere Politiker_innen die Anerkennung des Grundgesetzes durch Migrant_innen fordern, lehnt Höcke deren Integration rundherum ab. Im Dezember 2015 sorgte bundesweit das Video eines Auftritts von Höcke bei dem neurechten „Institut für Staatspolitik“ für Aufsehen, bei dem der AfD-Politiker biologische Rassetheorien vertrat. Diese völkisch-rassistische Diskriminierung aufgrund der Abstammung ist identisch zur allenfalls verbal radikaleren Programmatik der NPD, die bei Menschen aus Migrationsfamilien, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, von „Passdeutschen“ bzw. „Papierdeutschen“ spricht, während der völkischen Weltanschauung zufolge ausschließlich Abstammungsdeutsche zur „Volksgemeinschaft“ zählen. So heißt es in einer „Argumentationshilfe“ der NPD:

„Ein Afrikaner, Asiate oder Orientale wird nie Deutscher werden können, weil die Verleihung bedruckten Papiers (des BRD-Passes) ja nicht die biologischen Erbanlagen verändert, die für die Ausprägung körperlicher, geistiger und seelischer Merkmale von Einzelmenschen und Völkern verantwortlich sind. [...] Angehörige anderer Rassen bleiben deshalb körperlich, geistig und seelisch immer Fremdkörper, egal, wie lange sie in Deutschland leben. Sie mutieren durch die Verleihung eines Passes ja nicht zu Deutschen.“ (zitiert in: Möllers und Waldhoff 2012: 39)

Im Antrag des Bundesrates zum Verbot der NPD nimmt eben dieses Verständnis eines „ethnischen Volksbegriff“ einen wesentlichen Stellenwert ein, um den verfassungsfeindlichen Charakter der NPD zu beschreiben und die Nähe der NPD zur NSDAP zu beweisen, die ebenfalls auf die Abstammung als Kriterium der Staatsangehörigkeit rekurrierte. Möllers und Waldhoff veranschaulichen den „ethnischen Volksbegriff“ der NPD beispielhaft am Wahlprogramm der Berliner NPD. Dort heißt es: „Berlin soll eine Stadt der Deutschen bleiben und in allen Bezirken und Ortsteilen wieder werden. Das Heimatrecht der Deutschen ist bedingungslos wiederherzustellen. Die sogenannte ‚Integration‘ ist ein Schwindel sondergleichen.“ (zitiert in: Möllers und Waldhoff 2012: 177) Nicht nur die Integrationsverweigerungsforderungen erinnern an die Argumente von Höcke. Auch Höcke beruft sich auf ein vermeintliches „Heimatrecht“ (vgl. u.a. Höcke 2015):

„Und ich werde um das Heimatrecht meiner Kinder, um das Heimatrecht meines Volkes in der Mitte Europas kämpfen, bis mich die Kraft verlässt und ich weiß – ihr werdet auch kämpfen.“ (zitiert in: Aktionsbündnis Gera gegen Rechts 2015)

Ein weiterer Beleg für den rassistischen Charakter der NPD sei, so Möllers und Waldhoff, in einer Äußerung des ehemaligen Thüringer NPD-Landesvorsitzenden Wieschke begründet, der schrieb:

„Thüringen muss deutsch bleiben. [...]“ (zitiert in: Möllers und Waldhoff 2012: 220)

Ähnlich äußerte sich auch Höcke im September 2015:

„Erfurt ist schön deutsch und Erfurt soll schön deutsch bleiben.“ (zitiert u.a.in: Speit 2015b)

Nicht jede_r AfD-Demonstrant_in, nicht alle Wähler_innen, nicht alle Mitglieder der Thüringer AfD und vielleicht nicht einmal die gesamte Fraktion im Thüringer Landtag sind pauschal als rechtsextremistisch zu kennzeichnen. Dennoch wird das öffentliche Auftreten, Handeln und die Ideologie der AfD in Thüringen geprägt durch den gewählten Fraktionsvorsitzenden Höcke und von dessen Äußerungen. Die große Entwicklungsdynamik und das populistische Kalkül der AfD machen es möglich, dass sich die Partei von der rechtsextremen Programmatik Höckes löst. Perspektivisch erscheinen derzeit drei Entwicklungen der Thüringen AfD als wahrscheinlich:

- 1) Die AfD könnte sich als rechtsextremistische Partei zweiten Typs im Parteienspektrum etablieren, vergleichbar mit dem französischen Front National, jedoch mit einem in Schwerpunkt in Ostdeutschland.
- 2) Mit dem Abklingen der Migrationsdebatte oder im Zuge einer weiteren Spaltung könnte die AfD auch in Ostdeutschland an Bedeutung verlieren. Dies könnte mit einer Öffnung der Partei gegenüber Neonazis und NPD-Aktivist_innen einhergehen, insbesondere dann, wenn die NPD durch das Bundesverfassungsgericht verboten werden sollte.⁸
- 3) Ein weiteres Szenario liegt in der Retransformation der AfD zu einer rechtskonservativen Partei ohne den Höcke-Flügel – mit oder ohne erneute Zersplitterung.

Die – wie auch immer verlaufende – weitere Entwicklung der AfD wird auch Einfluss darauf nehmen, wie sich die rechtsextreme Bewegung in Thüringen und Deutschland künftig aufstellt.

4.4 „Die Freiheit“

Mit der Partei „Die Freiheit“ um den Vorsitzenden, den Jenaer Rechtsanwalt Philipp B., existiert in Thüringen ein Landesverband einer weiteren rechtspopulistischen Partei. Die Partei tritt in Thüringen öffentlich jedoch *ausschließlich* im Internet in Erscheinung.

4.5 Verschwörungstheorien, Mohntagsmahnwachen, „PegAda/Endgame“

Eine weitere Spielart neuer Protestbewegungen bilden die heterogenen Protestgruppen, die sich seit der Zuspitzung der Ukraine-Krise in Deutschland herausgebildet haben. Seit März 2014 wurden in vielen deutschen Städten sogenannte „Mahnwachen für den Frieden“ initiiert, auch in Erfurt und Jena. Die politische Einordnung dieser Bewegung ist kompliziert, weil sie sich explizit einer Einordnung auf der politischen Rechts-Links-Skala verweigert. Zu den Akteure der Bewegung gehören bundesweit sowohl rechte bzw. rechtsextreme als auch linke

⁸ Dafür hat Höcke mit seiner auch innerparteilich umstrittenen Äußerung, nach der nicht alle NPD-Mitglieder Extremisten seien, den Weg bereitet.

Aktivist_innen. Teilweise werden dabei Verschwörungstheorien, Antisemitismus und vor allem Antiamerikanismus verbreitet. Welche Bedeutung und welchen Einfluss diese Entwicklungen auf die demokratische Kultur nehmen wird weiter zu analysieren sein. Die wachsende Verbreitung von verschwörungstheoretischen Medien wie der Zeitschrift „Compact Magazin“ und von Publikationen des „Kopp Verlags“ indizieren ein soziales Bedürfnis nach Kohärenz und einfachen Lösungen. Potenziell bedroht dieser Populismus den sachlich-argumentativen Austausch politischer Argumente und die demokratischen Aushandlungsprozesse.

Die Ambivalenz die Protestaktionen dieser Akteure spiegelt sich auch bei den Teilnehmenden der Protestveranstaltungen wieder, wie die Untersuchung von Daphi et al. (2014) zeigt. In der Befragung der Teilnehmenden durch das „Institut für Protest- und Bewegungsforschung“ dominiert bei den befragten Protestteilnehmenden das Verlangen, „sich einer Links-Rechts-Einordnung zu entziehen“ (Daphi et al. 2014: 18). Gleichzeitig stimmt ein Großteil der Mahnwachenteilnehmer_innen linken sowie einzelnen rechtsextremen Aussagen zu (Daphi et al. 2014: 18). Die Forscher_innen fassen zusammen:

„[...] dass die Bewegung der Montagsmahnwachen nicht als rechte Bewegung zu verstehen ist. In weiten Teilen ist sie klar links orientiert, was sich in Wahlverhalten und politischer Selbsteinschätzung zeigt. Zugleich gibt es das starke Bestreben, sich der rechts-links-Einordnung zu entziehen, also ein Selbstbild, das die Einteilung in rechts und links zurückweist. Dazu kommen relevante Anteile der Befragten, unter denen nicht weltbildhaft ausgeformte rechtsextreme Ideologeme zustimmungsfähig sind. Besonders antiamerikanische und verschwörungstheoretische, aber auch antizionistisch-antisemitische und autoritäre Einstellungen haben eine teils große Verbreitung. [...] Das in der Diskussion vielfach thematisierte Szenario der Herausbildung einer Querfront-Bewegung, die linke und rechte Inhalte integriert, erscheint vor dem Hintergrund der widersprüchlichen Daten durchaus plausibel.“ (Daphi et al. 2014: 22)

Diese Montagsmahnwachen seien zu verstehen als

„Ausdruck dessen, was in der Politikwissenschaft als Postdemokratie bezeichnet wurde. Sie vertreten ein Aufbegehren gegen die erlebte Entleerung der Demokratie, die für viele nur mehr als Hülle und Symbol zu bestehen scheint. Gleichzeitig ist das Aufbegehren aber diffus und in weiten Teilen apolitisch. Es verbleibt bei einem ultraliberalen Nebeneinander verschiedener, z.T. widersprüchlicher Anliegen.“ (Daphi et al. 2014: 28)

Diese Einschätzung bestätigt sich in Hinblick auf öffentliche Aktivitäten und Internetauftritte der, zum Teil durch Spaltungsprozesse entstandenen, Nachfolgeorganisationen der Mahnwachen in Thüringen. Im Januar 2015 nahmen etwa 1.000 Menschen an einer Versammlung der „Patriotischen Europäer gegen die Amerikanisierung des Abendlandes“ (PegAda) unter dem Motto „EnDgAmE – Engagierte Demokraten gegen die Amerikanisierung Europas“ teil, darunter nach Angaben von Mobit auch etwa 200 Rechtsextreme. Unter anderem wurde bei der PegAda-Demonstration die rechtsextremistische Parole „frei, sozial, national“ ebenso wie „Nazis raus“ gerufen. Die „Thüringer Allgemeine“ schrieb über den diffusen Aufmarsch und die Gegenproteste:

„Dem Augenschein nach zu urteilen, setzten sich die Amerikagegner aus mehreren Strömungen zusammen. Dazu gehörten Kritiker der deutschen Russland-Politik, Verschwörungstheoretiker oder Fracking-Gegner. Aber auch rechte Hooligans waren dort stark vertreten. Sie vor allem lieferten sich Provokations-Duelle mit der linken ‚Antifa‘. Für Passanten war nicht zu jeder Zeit gleich zu erkennen, wer zu welcher Gruppe gehörte. Während rechte Hooligans in ‚Nazis raus‘-Rufe einstimmten, trugen Antifa-Aktivisten USA-Flaggen vor sich her.“ (Wetzel 2015)

Auch die Polizei hatte erhebliche Schwierigkeiten, die Teilnehmenden von „PegAda“ und den Gegenveranstaltungen voneinander zu unterscheiden (ebd.).

Die Facebookseite „Anonymous.Kollektiv“ des Erfurter Mario R. mit über 1,5 Millionen angeblicher Anhängern verbreitet antisemitische, verschwörungstheoretische, rassistische und medienfeindliche Beiträge. Der Betreiber der Seite sympathisiert u.a. mit Pegida und Höcke. Von der Seite hat sich das Anonymous-Netzwerk bereits mehrfach distanziert. Der Spiegel berichtete 2012, dass R. damit mit falschen Facebook-Anhängern, also mit „gefällt mir“-Klicks, handelt (vgl. Lill et al. 2012). Daher ist unklar, wie viele Menschen von der Seite tatsächlich erreicht werden.

Eine umfassende Analyse und Bewertung dieser diffusen virtuellen Bewegungen steht noch aus. Deutlich wird jedoch, dass in der Thüringer Zivilgesellschaft neue politische Akteure jenseits der konventionellen demokratischen Partizipationsformen entstehen, die völlig unterschiedliche, zum Teil widersprüchliche, Versatzstücke diverser politischer Organisationen, Bewegungen und Denkrichtungen adaptieren: die Komplexität und Diffusität der politischen Zivilgesellschaft nimmt zu. Analytisch kann insbesondere der normative Extremismusbegriff diese ambivalenten Komplexitäten und deren Implikationen für die demokratische Kultur nicht erfassen.

4.6 Islamismus/Religiös motivierte Diskriminierung

Trotzdem die Zuwanderung nach Thüringen auch in der „Flüchtlingskrise“ im Vergleich zu den Migrationsbewegungen in die westdeutschen Bundesländer eher gering ist, stellen in diesem Zusammenhang nicht nur rassistische und rechtsextreme Abwehrreaktionen aus der Aufnahmebevölkerung eine Gefährdung für die demokratische Kultur dar. Menschen, die neu nach Deutschland kommen, bringen zum Teil nicht nur traumatische Erfahrungen aus ihrer Heimat und von ihrem Fluchtweg mit, die es zu verarbeiten gilt, sondern auch gesellschaftlich und kulturell gelernte Erfahrungen sowie differierende Deutungs- und Wertsysteme. So wie zu einem nicht geringen Teil der deutschen Bevölkerung rechtsextreme Einstellungsmuster gehören (vgl. Teil I), sind auch bei Migrant_innen Ungleichwertigkeitsideologien und abweichende Vorstellungen über das Zusammenleben der Menschen zu erwarten. Flüchtlinge aus Syrien etwa sind aufgewachsen in einem nicht-säkularen Staat, der auch durch Einflüsse des religiösen Gesetzes des Islam, der Scharia, geprägt ist. Hierzulande gilt jedoch (mehr oder weniger konsequent umgesetzt) die Trennung von Religion und Staat: dieser fundamentale Unterschied und die damit verbundenen Implikationen müssen vielen Geflüchteten ebenso vermittelt werden, wie der Gleichheitsgrundsatz und das Diskriminierungsverbot. Beispielsweise finden sich sexistische, antisemitische und homophobe Orientierungen auch bei einem Teil der muslimischen Bevölkerung und der nach Deutschland kommenden Flüchtlinge. Handlungskonzepte und Präventionsmethoden, die sich gegen demokratie- und menschenfeindliche Einstellungen bei deutschen Staatsbürger_innen richten, stoßen dort an ihre Grenzen, wo nicht die Menschenrechte bzw. das Grundgesetz, sondern politische oder religiöse Ideologien als handlungsweisend angesehen werden. Insofern wird es in der Integrationsarbeit in der Einwanderungsgesellschaft in den kommenden Jahren auch darum gehen müssen, Präventions- und Interventionsmaßnahmen gegen die religiös motivierte Diskriminierung insbesondere von Andersdenkenden, von Frauen und Nicht-Heterosexuellen zu entwickeln. Dazu sind die politische Bildung ebenso wie die Präventions- und Interventionsmaßnahmen für demokratische Kultur gefragt, um den „Neubürgern“ (Bodo Ramelow) die Grundlagen des Zusammenlebens zu vermitteln. Im Umgang mit den aktuellen und noch kommenden Konflikten, die sich in diesem Zusammenhang ergeben werden, ist ein aufgeklärter und offener Umgang nötig, damit Probleme nicht verschleppt und verfestigt

werden und damit *ethnisierenden* Verklärungen sozialer Konflikte sowie die Entstehung rassistischer Mythen präventiv begegnet werden kann.

4.7 Bürgerwehren

Die Zuwanderung und die partikulare Überlastung der staatlichen Strukturen in Deutschland im Umgang mit den Fluchtmigrationsbewegungen führten 2015 nicht nur zu einer Welle der Hilfsbereitschaft und des ehrenamtlichen Engagements bei der Versorgung, Betreuung und Aufnahme von Geflüchteten, sondern auch zur Entstehung von selbsternannten „Bürgerwehren“. Diese Gruppen und Akteure der privatisierten Flüchtlingsabwehr gehören zum Teil, aber nicht ausschließlich, zur rechtsextremen Bewegungsfamilie. Die Bürgerwehren verkörpern keine Absage an das Ordnungssystem des Nationalstaates, sondern sind Ausdruck des Misstrauens in dessen Autorität und Wirkungsmacht. Ihren Akteure geht es zunächst nicht darum, das ‚System‘ grundlegend zu verändern, sondern dessen ‚alte‘ Ordnung sowie die ethnische Homogenität zu ‚verteidigen‘ – auch wenn dies bedeutet, dass das staatliche Gewaltmonopol zwischenzeitlich suspendiert werden muss. Diese Form *systemstabilisierender Selbstjustiz* beschreibt – bisher vor allem Debatte der amerikanischen Einwanderungsgesellschaft – der Begriff des *Vigilantismus*. (Quent 2015a) Auch in Thüringen sind in den vergangenen Monaten sogenannte Bürgerwehren in Erscheinung getreten: Im Juli 2015 berichtet der „Mitteldeutsche Rundfunk“ (MDR), die Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Thüringen warne vor einer „zunehmende[n] Zahl von Bürgerwehren“, die Menschen kontrollieren und „Verdächtige im Internet an den Pranger“ stellen würden (MDR 2015). Eine selbst ernannte Bürgerwehr, so die „Thüringer Allgemeine“ (TA), habe mit 13 Fahrzeugen rumänische Arbeiter durch die Kleinstadt Hildburghausen gejagt (Thüringer Allgemeine 2014) (vgl. Quent 2015a). Die Suspendierung des staatlichen Gewaltmonopoles durch Vigilant_innen stellt für die demokratische Kultur eine Gefahr da.

4.8 Antidemokratische Methoden, menschenfeindliche Deutungen und weitere Herausforderungen innerhalb der politischen Zivilgesellschaft

In den letzten fünf Jahren hat die Landschaft der zivilgesellschaftlichen Akteure in Thüringen, die sich in den Themenfeldern Rechtsextremismus, Demokratie und Weltoffenheit engagieren, an Breite, Professionalität und politischer Anerkennung gewonnen. Dies ist vor allem ein Verdienst des integrativen Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit. Es ist den selbstbewussten Bürgerbündnissen und Initiativen auch gelungen, den stigmatisierenden und unwissenschaftlichen Linksextremismusvorwurf, der bisweilen von rechten und konservativen Akteure geäußert wird, zurückzuweisen und zu entkräften. Davon ist unbenommen, dass sich auch Akteure der vopolitischen (Sportvereine, Feuerwehr u.a.) und politischen (Parteien, Initiativen u.a.) Zivilgesellschaft – ebenso wie auch Medien, Wirtschaft und Wissenschaft – selbstkritisch mit Fragen der Demokratisierung, der Gleichwertigkeit und der Grund- und Menschenrechte auseinandersetzen und sich weiter entwickeln müssen.

Dies betrifft zuvorderst Straf- und Gewalttaten, die – unabhängig davon, ob sie (vorgeblich) demokratischen Zielen dienen oder nicht – nichtdemokratische Methoden der Auseinandersetzung sind und somit die demokratische Kultur gefährden. Treffend beschreiben Leggewie und Meier (2012) die Herausforderung eines „demokratischen Republiksschutzes“:

„So vehement wir für einen radikalen Pluralismus eintreten, der auch noch die Verächter der Freiheit in den friedlichen Meinungskampf einbezieht und zu integrieren versucht, so kategorisch stehen wir für die Verteidigung der demokratischen Republik ein, die keinerlei Versuche dulden muss, sie mit Gewalt zu beseitigen. Wo immer also Gewalt ins politische Spiel kommt, ist eine Grenze erreicht, die niemand ungestraft überschreitet. Republiksschutz ist so weit wie nur möglich liberal, an der Gewaltgrenze aber rigoros und

kompromisslos: Wer die demokratischen Spielregeln verletzt, handelt ‚verfassungswidrig‘ – einerlei, auf welche Ideologie er sich beruft.“ (Leggewie und Meier 2012: 144)

Tab. 4 zeigt, dass linksmotivierte Gewalttaten – analog zu den rechtsmotivierten – sowie Straftaten zwischen 2012 und 2014 in Thüringen angestiegen sind.

Tab. 4: Politisch motivierte Straf- und Gewalttaten links

	2010	2011	2012	2013	2014
Politisch motivierte Straftaten ohne Gewalttaten (links)	226	139	141	168	272
Politisch motivierte Gewalttaten Links	64	23	12	24	31

Quelle: TLKA

Die Frage politischer Gewalt sollte zwar weder Hauptkriterium noch Leitparadigma der Präventionsarbeit des Landesprogrammes sein (vgl. Quent 2013), dennoch ist der Virulenz von politisch motivierter Gewalt auch jenseits des Rechtsextremismus sowie die Gefahr der Entstehung von Konfrontationsgewalt im Zusammenhang mit der Zunahme rechtsextremer Mobilisierungen mit der demokratischen Kultur unvereinbar.

Kritisch zu diskutieren sind auch dehumanisierende, menschenfeindliche und beleidigende Zuschreibungen des Gegenübers, etwa bei Protest- und Gegenveranstaltungen: Das Primat der Gleichwertigkeit der Menschen gilt selbstverständlich auch für Polizist_innen, die sich mitunter von Teilnehmenden von Protestveranstaltungen übelste, erniedrigende Beleidigungen gefallen lassen müssen. Die Universalität der Menschenrechte und die Gleichwertigkeit von Menschen endet weder bei Polizeibeamt_innen noch bei Rechtsextremist_innen.

Einher mit der Integration zivilgesellschaftlicher Akteure in das Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit geht zudem die latente Gefahr einer Verstaatlichung und Entpolitisierung der Zivilgesellschaft – insbesondere unter einer Rot-Rot-Grünen Landesregierung, die vielen Positionen zivilgesellschaftlicher Akteure im Themenfeld nähersteht, als dies bei vorherigen Regierungskoalitionen in Thüringen der Fall war: die Akteure und Bürgerbündnisse gegen Rechtsextremismus in Thüringen, die das Landesprogramm seit Beginn begleiten und prägen, sollten dies im eigenen Interesse nicht aus den Augen verlieren und ihre Fähigkeiten zur Selbstorganisation – etwa hinsichtlich der öffentlich kritisch diskutierten Frage der staatlichen Finanzierung von Busfahrten zur Gegendemonstrationen (vgl. Otto 2015) – nicht verlieren.

5 Fazit

„Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit war der Schlachtruf der Moderne. *Freiheit, Verschiedenheit, Toleranz* ist die Waffenstillstandsformel der Postmoderne. Und wenn Toleranz in *Solidarität* umgewandelt wird [...] kann sich Waffenstillstand sogar in Frieden verwandeln.“ (Bauman 2005: 161)

Im Zuge der stark gestiegenen Fluchtmigrationsbewegungen nach Europa und Deutschland haben nicht nur rassistische Bewegungen an Zulauf gewonnen: Auch auf medialer und politischer Ebene wurde die Migrationsdebatte zur ‚Chefsache‘. Dies indiziert, welche Bedeutung die sozialen Wandlungsprozesse durch die Zuwanderung für die Gesellschaft haben. Birsl (2005, zitiert in: Butterwegge 2006: 56) schreibt, dass transnationale Migration als ein Teilphänomen der Globalisierung den Kontroll- bzw. Steuerungsverlust des Nationalstaates symbolisiere. Eder (1998, zitiert in: Butterwegge 2006: 56) schreibt: „Die Skandalisierung von Migration ist weniger darauf zurückzuführen, daß MigrantInnen Leid erfahren (das war schon immer so), sondern darauf, daß Migration sich dafür eignet, die Reproduktionsprobleme moderner Gesellschaften neu zu denken.“ (ebd.) Die Debatte um die „Flüchtlingskrise“ 2015

offenbart unterschiedliche Facetten, welche die Art und Weise des Zusammenlebens, der Universalität der Menschenrechte und des europäischen Projektes grundsätzlich in Frage stellen und damit direkt die demokratische Kultur im Bund und den Ländern betreffen. Dies zeigt sich nicht nur in den Abschottungs- und Vernichtungsphantasien von Rechtsextremen, deren Hassbotschaften sich vor allem auch deshalb in den Kommentarspalten von Medien und sozialen Netzwerken tummeln, weil Rassismus und Rechtsextremismus öffentlich heute viel weniger akzeptabel sind als noch vor 20 Jahren. Auch innerhalb des demokratischen Spektrums werden alte und neue Konzepte und Ideen, die die Gesellschaft insgesamt berühren in einer neuen Offenheit diskutiert, etwa in Bezug auf die Wiedereinführung von Grenzkontrollen, die Änderung der Asylgesetze und hinsichtlich der neuen „Willkommenskultur“. So brachte die Debatte um eine „Obergrenze“ bei der Fluchtmigration das wirtschaftsnahe „Handelsblatt“ dazu kritisch zu bemerken, „[d]ie Treue zum Grundgesetz bröckelt“ selbst bei der SPD (vgl. Scheidges 2015). Die demokratiethoretischen Fragen, die durch die hohen Migrationsbewegungen aufgeworfen werden, tangieren nicht nur die Integration von Zugewanderten in politische Partizipationsprozesse und die Prävention und Intervention gegen Diskriminierung, Rassismus und Gewalt, sondern auch die Fundamente der Gesellschaft und den Stellenwert von Grund- und Menschenrechten im Ganzen.

Ideologische Denkgebilde, die im Angesicht von Unzufriedenheitserfahrungen, Frustration und subjektiver Perspektivlosigkeit der Komplexität und Ambivalenz der sozialen Welt scheinbar kohärente Erklärungen inklusive benennbarer, vermeintlicher Ursachen für die Frustration (Sündenböcke), politische Alternativen und konkrete Handlungsoptionen gegenüberstellen, können vor dem Hintergrund der erodierenden ideellen Kohärenz der vorherrschenden Weltbilder an Zulauf gewinnen und Mobilisierungsfähigkeit beweisen. Dazu gehören religiöse und politische Ideologien, Verschwörungstheorien und Mosaikweltbilder, die sich aus Alltagserfahrungen, Fragmenten des herrschenden politischen und medialen Diskurses, den Angeboten politischer Subkulturen und von „Geschwätz aus dem Internet“ (Boltanski 2013, S. 399) speisen. Sie verbindet das Misstrauen in die Diskurse, das Expertentum und die konventionellen politischen Partizipationsformen sowie die Sehnsucht nach einfachen Lösungen ambivalenter Konfliktstellungen. Sie benötigen kollektive Sündenböcke („Lügenpresse“, „Altparteien“, „Gutmenschen“, „Asylanten“, „FED“ u.v.a.), denen sie zerstörerische Absichten und die bewusste Spaltung eines als homogen imaginierten Kollektivs („Das Volk“) vorwerfen können, um die Kohärenz ihrer (bisweilen vorgeblich *un-* bzw. *postideologischen*) Ideologie herstellen zu können. Herausgefordert wird die demokratische Kultur in Thüringen vor diesem Hintergrund nicht nur von einem ausdifferenzierten, sehr aktiven Rechtsextremismus und von rassistischen und rechtspopulistischen Mobilisierungen, bei denen die Grenze zum Rechtsextremismus verschwimmt. Eine neue und voraussichtlich wachsende Herausforderung sind Akteure, Netzwerke und Narrative, deren politische Zuordnung anhand des traditionellen Rechts-Links-Orientierungssystems zunehmend schwieriger wird. Damit einhergehend nimmt die Wirkung der sozialen Ächtung durch Kampfbegriffen wie „Extremismus“ ab und die Wichtigkeit die positiven Grundwerte von Liberalismus und Demokratie wächst. Die Auseinandersetzung mit solchen Akteure kann nicht auf der Stigmatisierungsfähigkeit des Staates oder der Demokrat_innen basieren, sondern darauf, wie fest und glaubwürdig Politik und Zivilgesellschaft zu Grund- und den Menschenrechten stehen: Daran wird der neue zivilgesellschaftliche Pluralismus zu messen sein. Die verschiedenen Krisen bieten für die demokratische Zivilgesellschaft die Chance, sich neu zu erfinden und gesellschaftliche Entwicklungen selbstbewusst voran zu bringen: Dafür muss die Politik Möglichkeitsräume schaffen.

Mit der vorliegenden Analyse konnte nur ein vermutlich unvollständiger Überblick erarbeitet werden. Rasche und vielschichtigen Wandlungs- und Interaktionsprozesse zeigen nicht zuletzt,

dass es dringend geboten ist, diese Entwicklungen dauerhaft analytisch und diskursiv zu begleiten um wirksame Intervention und ggf. Repression zu ermöglichen. Mehr denn je hängt die Zukunft der demokratischen Kultur in Thüringen davon ab, inwieweit Aufklärung und Bildung Hilfestellungen leisten, um die Komplexität, Widersprüchlichkeit und Ambivalenz der gesellschaftlichen Wirklichkeit zu durchschauen und verstehbar zu machen. Dazu gehört auch gegenüber der Mimikry-Strategie der Rechtsextremen zu sensibilisieren. Analytische Differenzierungen sind für die fachliche Debatte sowie für die Identifizierung von Ursachen und Trends unerlässlich. Aller Differenzierungen zum Trotz gilt für die politische Debatte jedoch auch: Wer sich mit Antidemokrat_innen, Faschist_innen, Menschenfeind_innen, Neonazis und Rechtsextremen umstandslos gemein macht, sollte sich nicht wundern, sodann benannt zu werden wie eine_r von ihnen.

III. Das Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit: Anlage und Umsetzung

Franziska Schmidtke

Die vorhergehenden Teile der Expertise haben aktuelle Herausforderungen der demokratischen Kultur in Thüringen charakterisiert; sie verdeutlichten bereits, wie agil und wandlungsfähig formelle und informelle rechtsextreme Organisationen in Thüringen sind und auf welche Einstellungsmuster sie in der Thüringer Bevölkerung zurückgreifen können.

In diesem Teil soll nun Thüringens Strategie zur Rechtsextremismusprävention und Demokratieförderung, das *Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit* (TLfDTW) im Vordergrund stehen. Das durchaus komplexe Programm wird in seiner Struktur, seinem inhaltlichen Profil und seiner bisherigen Umsetzung vorgestellt. Nachdem so auch in Bezug auf die Gegenmaßnahmen der Status Quo in Thüringen charakterisiert ist, kann das abschließende Fazit Handlungsempfehlungen aussprechen und eine Diskussionsgrundlage für die Weiterentwicklung des Landesprogramms vorlegen.

1. Entstehung

Das TLfDTW kann auf eine vergleichsweise lange Entstehungsgeschichte zurückblicken; als es Ende 2010 beschlossen wurde, waren die ersten Forderungen und Debatten über ein eigenes landesweites Präventionsprogramm zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit ein knappes Jahrzehnt alt. Sie wurden erstmals als Reaktion auf den rechtsextrem motivierten Anschlag formuliert, der die Erfurter Synagoge am 20. April 2000 mit Hakenkreuz-Schmierereien schändete und die Thüringer Landespolitik erschütterte. Die damalige Landesregierung unter Bernhard Vogel folgte dem konkreten Konzeptvorschlag eines Landesprogrammes aber nicht, sondern entschied sich ein Gutachten zur Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in Thüringen wissenschaftlich in Auftrag zu geben.⁹ Diese seitdem jährlich vorgelegte Analyse zur politischen Kultur in Thüringen ist heute als THÜRINGEN-MONITOR bekannt und bundesweit einzigartig.

Erst 2009 rückte die Forderung nach einem Landesprogramm wieder auf die politische Agenda. Erneut war es ein Ausdruck von manifestem Rechtsextremismus, der die Debatte wiederbelebte und alle im Landtag vertretenen Fraktionen dazu bewegte, eine gemeinsame Initiative für ein Landesprogramm auf den Weg zu bringen. Im Vorfeld waren bei den Kommunalwahlen im Juni 2009 rechtsextreme Parteien und Gruppierungen erfolgreich in eine Reihe von Kommunalparlamenten eingezogen; allein die NPD verfügte fortan über 22 Mandate, die DVU erhielt zwei und ein weiteres Mandat entfiel auf das rechtsextreme Wählerbündnis „Bündnis Zukunft Hildburghausen“ (vgl. Kapitel II.3.1.1 sowie Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen 2011).¹⁰ Nach diesem Wahlerfolg sprach sich erstmals auch die CDU dafür aus, in Thüringen ein Landesprogramm für die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus zu begründen, sodass eine gemeinsame Erklärung aller Fraktionen an die Landesregierung appellierte, alle „Maßnahmen für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit in einem Landesprogramm zu bündeln“ (Drucksache 5/23). Zugleich ging aus der Landtagswahl eine Koalition aus CDU und

⁹ Vorgetragen wurde die Initiative von Prof. Dr. Wolfgang Frindte, Ulrich Balhausen, Peter Reif-Spirek und Prof. Dr. Wolf Wagner.

¹⁰ Nur einige Monate später fand die Landtagswahl statt. Mit 4,3 Prozent aller Zweitstimmen scheiterte die NPD nur knapp an der 5%-Hürde um in den Thüringer Landtag einzuziehen. NPD und BZH konnten bei den Kommunalwahlen 2014 ihre Präsenz in einigen Kommunal- und Kreisparlamenten sogar noch ausbauen.

SPD hervor, die die von ihr mitgetragene Forderung für ein Landesprogramm in ihren Koalitionsvertrag aufnahm. Die gemeinsame Vereinbarung nennt als Zielsetzung „gegen jede Form von Extremismus vorzugehen, wobei der Schwerpunkt auf der Bekämpfung des Rechtsextremismus liegt.“ (vgl. Koalitionsvertrag 2009, S.30). Weiterhin hielt der Koalitionsvertrag folgende inhaltliche Schwerpunkte für das zu schaffende Programm fest:

„Programmbestandteile sind die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und der Zivilgesellschaft insbesondere auf kommunaler Ebene, die Struktursicherung der bisherigen Projekte, insbesondere der mobilen Beratung und der multi-konzeptionellen Opferberatung sowie die Kompensation der auslaufenden Bundesförderung und die Gewährleistung spezifischer Elternberatung und -aufklärung.“ (vgl. Koalitionsvertrag 2009, S. 30).

Neben der Zielstellung des künftigen Landesprogramms mit den vorgegebenen Schwerpunkten benannte der Koalitionsvertrag auch ein Verfahren zur Erarbeitung des Programms. Er hielt fest, dass „in einer Arbeitsgruppe aller relevanten Akteure“ der Text abgestimmt werden sollte. Eine solche wurde gebildet, jedoch gelang es ihr mit annähernd 60 beteiligten Personen in den folgenden Monaten nicht, einen gemeinsamen Textvorschlag zu formulieren.¹¹ Der eigentliche Text des Landesprogramms wurde daher in einer kleinen Arbeitsgruppe erstellt, die Kommunen, zuständige Ministerien, Kirchen, Gewerkschaften und den Thüringer Verfassungsschutz, versammelte. Das darin entstandene Papier wurde dann in vier Regionalkonferenzen vorgestellt und auf einer abschließenden Anhörung in der großen Arbeitsgruppe verhandelt. Am Ende des gut einjährigen Entscheidungsprozesses lag damit schließlich ein Text vor, der dem Auftrag des Koalitionsvertrags und der gemeinsamen Erklärung aller Fraktionen gerecht wurde. Das Kabinett beschloss den Text noch Ende 2010 und das Landesprogramm nahm 2011 seine Arbeit auf – die es bis heute fortführt.

Das Programm ist von Beginn an als ein „lernendes Programm“ konzipiert und enthält daher Strukturen für eine stetige Weiterentwicklung, die Raum für regelmäßige Diskussionen und Umgestaltungsvorschläge geben. Eine perspektivische Weiterentwicklung und Fokussierung des Landesprogramms kündigte Heike Taubert als zuständige Ministerin im Fachbereich Soziales an, als sie sich 2012 dafür aussprach, das Landesprogramm auf Herausforderungen durch Rechtsextremismus zu konzentrieren. Die entsprechenden Änderungen am Landesprogramm wurden während der schwarz-rot geführten Legislaturperiode nicht mehr umgesetzt, sollen aber unter der 2014 gewählten rot-rot-grünen Landesregierung eingeführt werden. Der gemeinsame Koalitionsvertrag von Linkspartei, SPD und Grünen hält eine Erweiterung und Überarbeitung des jetzigen Programms vor. Darin heißt es: „Das Landesprogramm für Toleranz wird in ein Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus und Homophobie umgewandelt und um eine Million Euro aufgestockt.“ (vgl. Koalitionsvertrag 2014, S.6f.) Die konzeptionelle Erweiterung bedarf eines erneuten Aushandlungsprozesses, der laut schriftlicher Antwort auf eine Kleine Anfrage der CDU im Thüringer Landtag folgendermaßen ablaufen soll:

„Mit der Erarbeitung erster Vorschläge zur Fortschreibung des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit soll der Programmbeirat in dem neben Vertretern der Thüringer Ministerien und der Thüringer Staatskanzlei, Vertreter der Bürgerbündnisse aus den vier Thüringer Planungsregionen, der Deutsche Gewerkschaftsbund, der Thüringische Landkreistag, der Verband der Wirtschaft Thüringens, der Gemeinde und Städtebund

¹¹ Für eine gemeinsame Arbeitsgrundlage legte Dr. Michael Edinger eine Bestandsaufnahme aktueller Gefährdungen der demokratischen Kultur in Thüringen vor (vgl. Edinger 2010). Der Arbeitsgruppe gelang es aber nicht, ein gemeinsames Verständnis über grundlegende Begriffe wie „Rechtsextremismus“ und „Extremismus“ zu erarbeiten, sodass wiederholt unüberbrückbare Konflikte die Diskussionen dominierten.

Thüringen, die Evangelische Kirche Mitteldeutschland, die Katholische Kirche in Thüringen sowie die Jüdische Landesgemeinde vertreten sind, betraut werden“ (Drucksache 7/776).

2. Inhaltliche Ausrichtung, Zielstellungen und Selbstverständnis

Seit Ende 2010 verfügt Thüringen also über eine eigene Landesstrategie zur Entgegnung antidemokratischer Gefährdungen. Wie ist diese Strategie nun aber inhaltlich und konzeptionell ausgerichtet, welche Ziele setzt sich das TLfDTW und wie sieht es vor, diese zu erreichen? Um dieser Frage nachzuspüren, geht der folgende Abschnitt auf das Landesprogramm in seiner konzeptionellen Fassung, wie sie schriftlich vorliegt, ein, während die tatsächliche praktische Umsetzung der fixierten Ziele im Kapitel III.4 erörtert wird.

Das Thüringer Landesprogramm firmiert unter einer positiv ausgerichteten Zielstellung. Es verschreibt sich in seinem Titel der Förderung von Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit und benennt nicht explizit die demokratiegefährdenden Tendenzen, gegen die es vorgehen möchte. Die thematische Zuordnung definiert das Landesprogramm erst in einer Darstellung von Herausforderungen, die die demokratische Kultur in Thüringen gefährden und leitet in einem zweiten Schritt davon ausgehend Förderschwerpunkte und Strategien zur Entgegnung ab.¹²

In erster Linie bestehen Herausforderungen durch die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen sowie durch die Virulenz rechtsextremer Verhaltensweisen in teils organisierten Strukturen. Andere antidemokratische Potentiale in der Gesellschaft, wie sie etwa Linksextremismus oder islamistischer Extremismus darstellen, stehen ebenfalls im Gegensatz zu Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit und sind somit nicht aus dem Aktionsraum des TLfDTW ausgeschlossen. Weiterhin bergen auch die ausgeprägte Skepsis gegenüber der Politik und ihren Institutionen, sowie der Rückgang an Formen konventioneller politischer Partizipation (beispielsweise Wahlen), eine Herausforderung für eine demokratische politische Kultur in Thüringen.

Mit der Benennung rechts- sowie linksextremer Gefährdungspotentiale trifft das Programm auf einen langanhaltenden wissenschaftlichen Diskurs zur Definition der Phänomene, der teils ideologisch geführt wird und auch politikgestalterische Entscheidungsprozesse im entsprechenden Fachbereich häufig prägt (wie den Debatten zum Landesprogramm in der Großen Arbeitsgruppe). Konzeptionell stehen sich dabei ein sozialwissenschaftliches Modell und ein vor allem von Sicherheitsbehörden benutztes amtliches Modell gegenüber (vgl. Stöss 2010). Das Thüringer Landesprogramm knüpft in seiner ausformulierten Fassung deutlich an ein sozialwissenschaftliches Verständnis von Rechtsextremismus an, das von einer dimensional Trennung rechtsextremer Einstellungen und rechtsextremen Verhaltensweisen bestimmt ist. Die Zielstellungen des Landesprogramms unterstreichen, dass sich dieses auf beide Dimensionen bezieht und gerade die Prävention rechtsextremer Einstellungen in den Blick nimmt. Gefahren für die freiheitlich-demokratische Grundordnung, so wie sie im amtlichen Begriff des Rechtsextremismus im Fokus stehen, blendet das Landesprogramm damit nicht aus, formuliert aber eine andere Schwerpunktsetzung.

Um gegen die genannten Herausforderungen der demokratischen Kultur in Thüringen vorzugehen, definiert das Landesprogramm Handlungsfelder, in denen demokratische Strukturen gestärkt werden sollen. Die Handlungsfelder gliedern sich entlang des Dreiklangs von Prävention, Intervention und Repression, der grundlegende Strategien zur Entgegnung

¹² Dieser Abschnitt im Landesprogramm ist eine Zusammenfassung der bereits benannten Expertise zu Gefährdungen der demokratischen Kultur in Thüringen von Michael Edinger (vgl. Edinger 2010).

antidemokratischer Tendenzen umfasst (Tab. 5). Die Differenzierung wird in der Praxis auch synonym als primäre, sekundäre und tertiäre Form von Prävention gekennzeichnet, um deutlicher den gemeinsamen Kern hervorzuheben. Die nachfolgende Tabelle schlüsselt das Kernanliegen der drei Formen überblicksartig auf und ordnet ihnen Maßnahmentypen sowie die im Landesprogramm benannten Handlungsfelder zu.

Tab. 5: Übersicht Entgegnungsstrategien des TLfDTW

	<i>Prävention</i>	<i>Intervention</i>	<i>Repression</i>
<i>Fokus</i>	Vorbeugen und Verhindern von antidemokratischen Einstellungen und Verhaltensweisen	Reaktion auf antidemokratische Ausprägungen; bietet Hilfe und Unterstützung	Reaktion auf antidemokratische Verhaltensweise mit Zwangscharakter
<i>Zielgruppen</i>	Alle	Gefährdete	Manifest Betroffene
<i>Typische Maßnahmen</i>	Aufklärung, Bildung, Qualifizierung	Gegendemos, Hilfe u. Beratung	Gesetzliche Regelungen, Strafmaßnahmen
<i>Handlungsfelder</i>	Erziehung, Bildung u. Ausbildung Kinder u. Jugendlicher, politische Bildung	Zivilgesellschaft	Strafverfolgung, polizeiliche Frühintervention, Verfassungsschutz, Justiz; Ordnungs- und Verwaltungsrecht

Trotz des grundsätzlichen Dreiklangs formuliert das Leitbild des Landesprogramms einen deutlichen Schwerpunkt: „Die Prävention ist [...] Kernanliegen dieses Landesprogramms.“ (TMFSG 2010, S.9). Dabei versteht das Landesprogramm unter Prävention „die Stärkung demokratischer Strukturen und Prozesse, sowie die Stärkung von demokratischen, sozialen, interkulturellen und personalen Kompetenzen und Einstellungen.“ (TMSFG 2010, S. 15). Die Vorbeugung rechtsextremer Einstellungen und Verhaltensweisen ist dementsprechend ein sehr grundlegender und vor allem nur langfristig wirksamer Ansatz, der gesamtgesellschaftlich demokratische Strukturen und Prozesse fördern will und dies durch eine individuelle Ausbildung von Kompetenzen ergänzt. In der Praxis existiert dafür eine ausdifferenzierte, unübersichtliche Vielfalt pädagogischer Präventionskonzepte, deren Status aber hinsichtlich Erprobung und wissenschaftlicher Wirkungsevaluation sehr unterschiedlich ist (vgl. Rieker 2009). Das Landesprogramm definiert im Rahmen seiner präventiven Orientierung Handlungsfelder, auf die es seine Arbeit fokussiert. So soll etwa im Bereich der Erziehung ausdrücklich die Sozialisation und frühe Prävention, die Prävention im Bereich der formalen, nonformalen und informalen Bildung und Jugendschutz, Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit angesprochen werden. Konzeptionell stehen demokratiepädagogische Maßnahmen gerade in der schulischen Bildung im Vordergrund und werden ergänzt durch historisch-politische, interkulturelle und diversitätsorientierte Lernprozesse. Damit stützt sich das Landesprogramm auf einen konzeptionellen Kanon etablierter Präventionsmuster, die potentiell die erhofften

Effekte bewirken können, zugleich aber in hohem Maße von ihrer Umsetzung und Kontextvariablen abhängen.

In diesen Bereichen sind die Vorstellungen des Landesprogramms bereits sehr ausdifferenziert und konkret, während der Konkretisierungsgrad im Bereich der Intervention, die ebenfalls als Säule des Landesprogramms beschrieben wird, weitaus geringer ist. Lediglich der Hinweis auf die Bedeutung zivilgesellschaftlicher Akteure bei dieser direkten Form der Auseinandersetzung schließt das Landesprogramm ein und benennt die Unterstützung von friedlichen Mitteln als Ziel. Dabei vermag Intervention einiges mehr. Sie zielt grundsätzlich darauf ab, individuelle Prozesse der Aneignung rechtsextremer Einstellungen zu unterbrechen und umzukehren (vgl. Fischer 2006). Intervenierende Maßnahmen definieren dafür beispielsweise Risikogruppen, etwa jugendliche Straf- und Gewalttäter_innen, bei denen vermutet wird, eine höhere Anfälligkeit für auf Ungleichwertigkeit basierende Haltungen vorzufinden. Dementsprechend entstehen dann abgestimmte Maßnahmen, die die jeweilige Lebensrealität der rechtsextrem orientierten Personen einbindet und nutzbar macht. Auch direkte Auseinandersetzungen mit bereits rechtsextrem geprägten Personen sind möglich. Solche Ansätze finden in der Beschreibung der Handlungsfelder im TLfDTW keinen Raum, was auch als deutliche Abgrenzung von (früheren) Bundesprogrammen gelesen werden kann. Gerade im vom Bund aufgelegten Programm Anfang der 1990er Jahre stand die sozialpädagogische, intervenierende Arbeit mit gewaltbereiten und gewalttätigen jungen Menschen in den neuen Bundesländern im Vordergrund. Kritische Nachbetrachtungen betonen heute, die unangemessene Umsetzung und konzeptionelle Unterentwicklung des Programms (Buderus 1998).¹³ Das Nachfolgeprogramm auf Bundesebene setzte die sozialpädagogische Intervention nicht weiter fort, sondern fokussierte fortan die primärpräventive Stärkung der demokratischen politischen Kultur. Gerade bürgerschaftliches Engagement sollte bei der Zurückdrängung des Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern gefördert werden und dabei sowohl Prävention als auch Intervention leisten (vgl. Möller 2003). Ein bis heute wirkender Ansatz aus diesem Programm sind die mobilen Beratungsteams, wie sie auch in Thüringen aktiv sind. Solche bereits durch den Bund geförderten zivilgesellschaftlichen Interventionen ergänzt das Landesprogramm, ohne aber hier konkreter Handlungsfelder zu benennen.

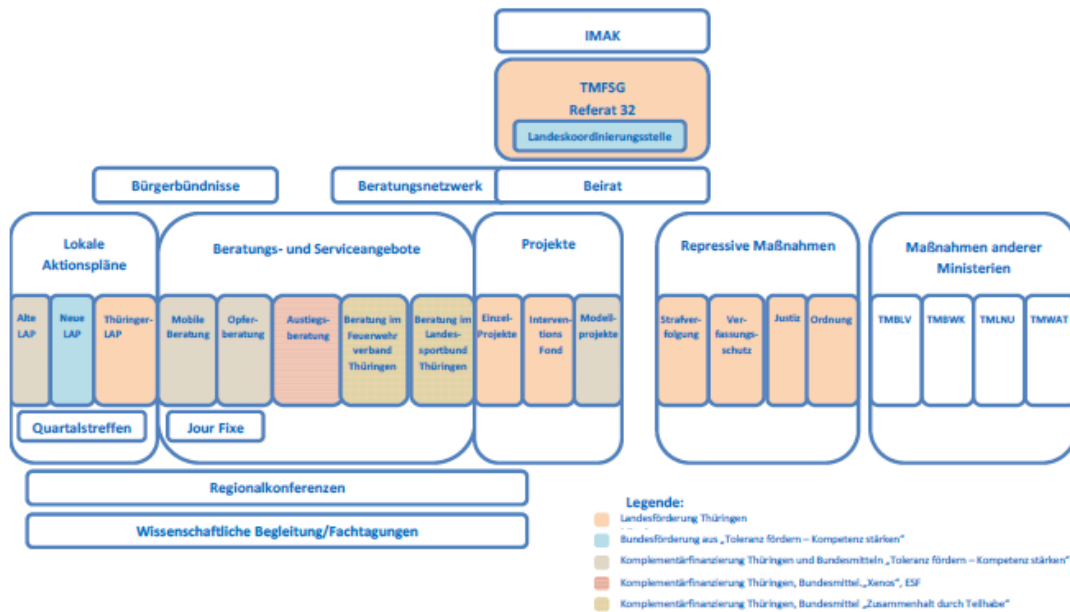
Repression, als eine weitere Entgegnungsform von Rechtsextremismus, betont schließlich die staatliche „Ordnungsfunktion“ und ist auf dessen Gewaltmonopol angewiesen. Wie auch Sachsen und Brandenburg schließt Thüringen repressive Strategien in den Maßnahmenkatalog des Landesprogramms mit ein (vgl. Schmidtke 2015). Ein kontinuierlich hoher Verfolgungsdruck und Polizeipräsenz soll demokratiefeindliche und menschenverachtende Akteure zurückdrängen. Das Landesprogramm definiert hier Ziele im Bereich der Strafverfolgung und polizeilichen Frühintervention, im Bereich des Verfassungsschutzes, in der Justiz sowie im Bereich des Ordnungs- und Verwaltungsrechts. Unter den angestrebten Maßnahmen befinden sich Fortbildungsangebote, die u. a. Bediensteten im Strafvollzug oder Mitarbeiter_innen der Kommunen zur Verfügung gestellt werden sollen, um ihnen ihren Handlungsspielraum und die dafür notwendigen Instrumentarien zu vermitteln. Weiterhin genannte Maßnahmen wie ein erhöhter Verfolgungsdruck oder intensivierete Öffentlichkeitsarbeit einzelner Behörden bleiben recht abstrakt und sind damit in der Rückschau schwierig zu beurteilen.

¹³ In der Anwendung hatte das Konzept mitunter fatale Folgen. Ausufernde Tolerierung rechtsgesinnter Jugendlicher führte in zahlreichen Fällen, so wie auch in Thüringen, eher zu einer Stabilisierung rechtsextremer Szenen (Quent 2012; Glaser und Geul 2012).

3. Struktur

Das Landesprogramm besteht aus einer komplexen Programmarchitektur mit mehreren steuernden und umsetzenden Einheiten (Abb. 17), die teils genuine Einrichtungen des Freistaats sind, zum Teil aber auch bereits durch verschiedene Bundesprogramme etablierte Strukturen aufgreifen und integrieren. Um die einzelnen Gremien einführend in ihren Aufgaben und Tätigkeiten vorzustellen, wird in der Darstellung zwischen steuernder und operativer Ebene unterschieden, wenngleich diese analytische Trennung die alltägliche Arbeit des Programms nur vereinfachend widerspiegelt.

Abb.17: Struktur des TLfDTW



Quelle: ISS 2011.

3.1 Steuernde Ebene

Da das Programm auf den gemeinsamen Willen aller Fraktionen in Thüringen aufbaut, basiert auch die Steuerung des Programms auf einer integrativen Regelung, die alle Ministerien zur Mitarbeit im Landesprogramm anregt und in einem Interministeriellen Arbeitskreis (IMAK) regelmäßig zusammentreten lässt. Die gemeinsame Arbeit im IMAK unterstreicht insofern auch das geteilte Verständnis, Gefährdungen der demokratischen Kultur in Thüringen durch alle Ministerien bekämpfen zu müssen und nicht einen Fachbereich für eine solch umfassende Herausforderung verantwortlich zu zeichnen. Der IMAK ist das steuernde Gremium mit den am weitest greifenden Befugnissen für das Landesprogramm. Sie vernetzt Vertreter_innen aller Ministerien unter Vorsitz des koordinierenden Sozialministeriums in mindestens zweimal jährlich tagenden Runden zur gemeinsam Beratung der ressortübergreifende Programmabstimmung.¹⁴ Insofern ist der IMAK auch eine Schnittstelle für den gegenseitigen Informationstransfer der Ministerien in Bezug auf deren aktuelle Initiativen und Förderungen im Bereich des Landesprogramms. Vor allem aber liegen Strukturänderungen des Landesprogramms in der Hoheit des IMAK, auch wenn bisherige Beschlüsse etwa die Bedarfsorientierung der geförderten Präventionsprojekte hinsichtlich ihrer

¹⁴ Eine Liste aller teilnehmenden Ministerien und der von ihnen entsandten Vertreter_innen steht auf der Homepage des Landesprogramms unter www.denkbunt-thueringen.de/denkunt/beratungsnetzwerk/imak/ bereit.

Zielgruppenorientierung betrafen oder die Qualitätsentwicklung der LAPs in den Blick nahmen.

Die Gesamtkoordinierung des Programms dagegen obliegt dem Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit bzw. seit dem Regierungswechsel 2014 dem Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Soziales (TMBJS). Das dortige Referat Jugendpolitik, das frühere Referat für Gewaltprävention, prüft und bewilligt eingereichte Förderanträge (im Falle der Einzelprojekte im Einvernehmen mit dem Programmbeirat). Ursprünglich war das Referat eine originäre Einrichtung des Bundesprogramms „kompetent. Für Demokratie“, das dem Aufbau landesweiter Beratungsnetzwerke diente und zu dessen Unterstützung in jedem Bundesland eine Landeskoordinierungsstelle (LKS) installierte. Im Zuge des Nachfolgerprogramms „Tolerant fördern – Kompetenz stärken“ (TFKS) weitete sich die Zuständigkeit der LKS auf die Koordinierung der Mobilen Beratung und Opferberatung aus, die mit diesem Programm implementiert wurden. Insofern ist die LKS mit den verschiedenen Generationen von Bundesprogrammen verwoben und begleitete den Aufbau der heutigen Beratungsstruktur in Thüringen.

Seit der Etablierung des Landesprogramms vereint die LKS die Verwaltung von Bundes- und Landesförderung und wird darin überwiegend durch den Freistaat Thüringen finanziert. Diese Zusammenführung erleichterte den Programmstart in Thüringen erheblich, da die entsprechenden Mitarbeiter_innen nicht nur mit der Förderstruktur des Bundes bereits vertraut waren, sondern auch thematisch die Implementierung des Landesprogramms begleiten konnten.¹⁵ Auch andere vergleichbare Programme führen die Koordinierung von Programmen verschiedener Ebenen zusammen, weil durch die Erfahrungswerte und inhaltliche Nähe nützliche symbiotische Effekte zu erwarten sind (vgl. Schmidtke 2015; ISS 2013). Das Referat ist die wichtigste Verwaltungsinstanz des Landesprogramms. Ihr obliegt die Koordinierung der LAPs, der Ausstiegsberatung und des Beratungsnetzwerks. Darüber hinaus ist das Referat Ansprechpartner für alle Akteure im Landesprogramm und ist demzufolge ein zentraler Knotenpunkt des Programms.

Als Beschlussgremium fungiert neben der LKS ein Programmbeirat; gemeinsam entscheiden beide Gremien über die Förderung von Einzelprojekten. Dabei besteht der Programmbeirat aus Vertreter_innen der Kirchen, der Wirtschaft, der Ministerien sowie weiteren Verwaltungsgremien, Mitgliedern der Bürgerbündnisse und Wissenschaftlern, die eine besondere Expertise auf dem Feld der Rechtsextremismusforschung aufweisen.¹⁶ Und weiterhin verfügt das Landesprogramm mit dem Beratungsnetzwerk über eine weitere steuernde Einheit, die aber nicht Teil der Mittelvergabe ist, sondern insbesondere zur Vernetzung der verschiedenen Akteure im Programm beiträgt. Ähnlich wie die LKS ist auch das Beratungsnetzwerk eine originäre Einrichtung aus bereits abgeschlossenen Bundesprogrammen. Sie setzt sich aus Vertreter_innen der Beratungsdienste und Beratungsprojekte sowie der Lokalen Aktionspläne zusammen, die durch die LKS mit dem Programmbeirat und dem IMAK vernetzt werden. Das Gremium tritt regelmäßig (nach Möglichkeit zweimal jährlich) zusammen, um laufende Fälle der Mobilen- und Opferberatung zu sichten und Gefährdungen in Thüringen adäquat zu begegnen.

¹⁵ Zum Teil begleiteten die Mitarbeiter_innen auch den Entstehungsprozess des Programms, gerade in der konkreten Ausfertigung 2010 eng mit.

¹⁶ Eine Auflistung der Mitglieder des Programmbeirats stellt die Homepage des Landesprogramms bereit. Vgl. www.denkbunt-thueringen.de/beratungsnetzwerk/programmbeirat/.

3.2 Operative Ebene

Damit sind alle Gremien und Zusammenschlüsse benannt, die in die Gesamtkoordinierung und Verwaltung des Landesprogramms eingebunden sind und die Steuerung der operativen Ebene übernehmen. Die operative Ebene bezeichnet dagegen die Vielfalt aller geförderten Maßnahmen und Projekte, die sich aber weiterhin durch ihre Einbindung in die Programmstruktur und Förderdauer untergliedern lassen. Einige der Fördermaßnahmen zählen zur Programmstruktur, während andere Teile des Programms nur eine einmalige Förderung bzw. eine Kofinanzierung des Landes erhalten, auf die sie sich beworben haben. Diese Vielfalt auf der operativen Ebene gilt es ebenfalls einführend vorzustellen.

Eine erste wichtige Säule auf der operativen Ebene bilden die Strukturprojekte. Dazu zählen Projekte, die zum Teil schon durch Bundesprogramme in Thüringen implementiert wurden und teilweise bis heute eine Teilfinanzierung des Bundes erhalten und deshalb landesweit wirken sollen, wie die Service- und Beratungseinrichtungen, die Mobile Beratung, und die Opfer- und Ausstiegsberatung.

Mobile Beratung und Opferberatung, die MOBIT bzw. EZRA in Thüringen umsetzen, entstammen Bundesprogrammen, die zur Entgegnung des Rechtsextremismus zivilgesellschaftlich organisierte Interventionen förderten. Deren Projekte bestehen bis heute teilweise weiter, so wie in Thüringen durch eine nahezu paritätische Finanzierung von Bund und Land. Beide Projekte sind zudem Mitglieder des Beratungsnetzwerks und somit in die steuernde Ebene des TLfDTW involviert. Weiterhin zu den Strukturprojekten zählt die Ausstiegsberatung, die ebenfalls auf einen programmatischen Vorläufer, auf das XENOS-Sonderprogramm „Ausstieg zum Einstieg“ der rot-grünen Bundesregierung zurückgeht und ähnlich wie die beiden erwähnten Beratungseinrichtungen von Bund- und Land gemeinsam finanziert wird. Und schließlich gehören zu den Beratungsangeboten in Thüringen noch zwei weitere Projekte, die ebenfalls durch eine Kooperation zwischen Bund und Land realisiert werden: Sportbund und Feuerwehrverband Thüringens bieten jeweils eigene Multiplikatorentrainings in ihren Verbänden an, die ihre Mitglieder sensibilisieren, auf Einstellungsebene intervenieren und eine demokratische Kultur in ihren Verbänden fördern. Der Fokus dieser Angebote ist daher anders als bei den bereits benannten Beratungsangeboten nicht ausschließlich auf eine direkte Auseinandersetzung mit antidemokratischen Einstellungen fokussiert, sondern vermittelt demokratische Teilhabe in regional verankerte Vereine und Verbände, um in ihren innerverbandlichen Strukturen demokratische Prozesse und Teilhabe zu stärken – die dann vor der Zuwendung zu rechtsextremen Ideologien schützen soll. Auch hier ist das Landesprogramm durch eine Kofinanzierung beteiligt.

Neben den Beratungsangeboten stellen Lokale Aktionspläne (LAPs) eine weitere Säule des Landesprogramms dar. Als regional begrenzte Strategien und Akteursverbände wirken sie durch ihre Vielzahl in die Fläche Thüringens. Das Konzept stammt aus dem Bundesprogramm „VIELFALT TUT GUT“; welches ab 2007 lokale Aktionspläne implementierte und im Anschluss durch das Nachfolgeprogramm TFKS weiterwirkte (TMSFG 2010, S. 19).¹⁷ Bereits vor Etablierung des Landesprogramms existierten somit in Thüringen LAPs, die nach Begründung der Landesstrategie durch diese unterstützt und kofinanziert wurden. Im Rahmen der LAPs entwickeln mehrere Akteure, zumeist Vertreter_innen aus der Zivilgesellschaft und Kommune Strategien, die gemeinsam umgesetzt werden. Zu einem LAP gehört ein Begleitausschuss, der als beschlussfähiges Gremium konkret über Förderungen von Projektvorschlägen entscheidet. Ausdrückliches Ziel des Landesprogramms ist es, über die

¹⁷ Insgesamt 16 LAPs stammen aus der Förderung des Bundes im Programm „Vielfalt tut gut“ und dem Nachfolgeprogramm „Toleranz Fördern – Kompetenz stärken“, sechs weitere wurden durch eine Landesförderung begründet.

bestehende Förderung hinaus LAPs in einem Umfang zu fördern, die die gesamte Fläche des Freistaats abdeckt und in diesem Sinne ähnlich wie die Beratungsangebote landesweit wirkt. Mit den heutigen 23 LAPs gilt dieses Ziel als umgesetzt.

Neben den LAPs und den Beratungs- und Serviceangeboten fördert das Landesprogramm als dritte Säule weiterhin Projekte, die eigenständige Maßnahmen darstellen, oder auch als Modellprojekte im Rahmen der Bundesförderung die demokratische Praxis in Vereinen stärken. Und schließlich ist unter den Projekten noch eine Besonderheit des Freistaats untergebracht: Im sogenannten Interventionsfonds stellt Thüringen kleinere Zuwendungen für besonders zeitnahe Maßnahmen zur Verfügung.

4. Bisherige Implementation und Umsetzung

4.1 Umsetzung der Zieldimensionen

Das Landesprogramm versteht sich als ein lernendes und daher ständig weiterzuentwickelndes Konzept. Unter anderem aus diesem Grund war es von Beginn an mit einer Evaluation und wissenschaftlichen Begleitung ausgestattet, die auch die Implementation des Programms analysierte. Als verantwortliches Institut für die Implementationsevaluation war zwischen 2011 und 2013 das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. beauftragt. Dieses entwickelte gemeinsam mit der LKS ein Messinstrument, um die Ziele des Programms fortan in der Evaluation überprüfen zu können. Nachfolgend sind die Indikatoren aufgelistet und einführend für den Zeitraum bis Ende 2013 auch in ihrer Umsetzung vorgestellt:

- Flächendeckende Bereitstellung von Unterstützungsangeboten
- Bedarfsgerechte Orientierung des Angebots
- Verzahnung einzelner Programmelemente
- Kooperation von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren auf Landes-, Landkreis- und kommunaler Ebene
- Kooperation des LPs mit parallellaufenden, themenverwandten Maßnahmen und Programmen
- Sensibilisierung der Bevölkerung für die Problemlagen im Themenfeld
- Aktivierung und Unterstützung zivilgesellschaftlicher Akteure
- Weiterentwicklung der fachlichen Praxis durch Maßnahmen der Qualitätssicherung und -entwicklung (vgl. ISS 2013)

Eines der zentralen Ziele für das Landesprogramm ist dessen flächendeckendes Angebot. Wie bereits angesprochen, konnte das Landesprogramm 2011 bei Beginn seiner Förderung auf Strukturen und Projekte aus Bundesförderungen zurückgreifen.¹⁸ Insgesamt 16 LAPs waren bereits implementiert, die dann fortan ergänzt wurden durch Förderungen des Landes, um noch bestehende Lücken zu schließen und das Ziel einer flächendeckenden Angebotsstruktur zu erreichen. Auch wenn dies zum Ende 2011 noch nicht vollständig abgeschlossen war, war die Zieldurchsetzung bei einem ersten Zwischenbericht der Implementationsevaluation schon deutlich vorangeschritten. Nach fünfjähriger Tätigkeit des Landesprogramms ist dieses schließlich Ziel vollständig umgesetzt und Thüringen eine kommunale Verankerung in der Rechtsextremismusprävention erreicht, die so in keinem anderen Bundesland vorliegt. Daneben tragen auch die Service- und Beratungseinrichtungen zur Zielerfüllung in dieser Dimension bei. Sie bieten ihre Dienste in ganz Thüringen an und werden damit zunehmend auch in allen

¹⁸ Die LAPs in Förderung des Bundes setzten sich konzeptionell auch im aktuellen Bundesprogramm Demokratie Leben weiterhin fort. Einige Veränderungen betreffen u.a. die Trägerschaft der kommunalen Präventionsstrategien und den Namen, da nun von Kommunalen Partnerschaften für Demokratie die Rede ist.

Landesteilen in Anspruch genommen, was für ein verbessertes Problembewusstsein in den Gebietskörperschaften und einen ausgeweiteten Bekanntheitsgrad dieser Angebote spricht. Insgesamt ist die Zielerfüllung in dieser Hinsicht also positiv zu bewerten, wengleich der jüngste (und abschließende) Bericht der Implementationsevaluation auf Raum für Verbesserungen hinweist, denn sowohl Befragte der LAPs als auch Service- und Beratungseinrichtungen äußerten Schwierigkeiten, den ländlichen Raum in Thüringen zu erreichen. Dementsprechend ist die Präsenz des Landesprogramms in der gesamten Fläche unterschiedlich stark ausgeprägt und die Qualität der flächendeckenden Bereitstellung der Angebote zukünftig ausbaubar. Und auch die empirischen Ergebnisse aus den vorangegangenen Kapiteln, geben keine Hinweise diese Zieldimension in irgendeiner Art und Weise einzuschränken. Rechtsextremismus, sowohl auf Einstellungs- als auch Verhaltensebene, ist nicht auf strukturschwache Gebiete beschränkt, sondern schlägt sich ausnahmslos in allen Landesteilen nieder.

Ähnlich positiv bewerten die Evaluatoren auf Basis von Befragungen unter den Akteuren des TLfDTW dessen Bedarfsorientierung. Diese Zieldimension hat sich seit 2011 deutlich ins Positive entwickelt, was zum einen durch die zunehmende Integration von Bedarfen zivilgesellschaftlicher Akteure und zum anderen durch die Umsetzung der Aus- und Weiterbildungsangebote begründet wird. Eben diese sollen nach Meinung der befragten Akteure auch in Zukunft fortentwickelt werden, genauso wie die Sensibilisierungsmaßnahmen, Ansätze der Beteiligungsförderung, Toleranzförderung und der Aktivierung der Zivilgesellschaft (vgl. ISS 2013, 22). Thematisch wird zudem ein Bedarf ausgemacht, aktuelle Themen wie Flucht, Asyl und Alltagsrassismus einem höheren Stellenwert zuzuführen.

Für die innere Funktionsfähigkeit des Landesprogramms spricht ein Indikator, der die Verzahnung zwischen den Programmelementen abbildet. Inzwischen bewerten die beteiligten LAPs und Service- und Beratungsangebote auch diese Zieldimension mehrheitlich als „gut“. Insofern nehmen die Akteure des Landesprogramms das Selbige als integrierte Maßnahme wahr. Dazu beigetragen haben das verantwortliche Ministerium und die darin angesiedelte LKS sowie die angebotenen Austauschformate und Vernetzungstreffen. Deutlich ist der Programmzusammenhalt auch am Ausmaß der Kooperation zwischen den Akteuren zu erkennen. Gerade die Mobilen Beratung erscheint als ein Knotenpunkt für Kooperationen innerhalb des Programms (ISS 2013, S. 27). Zugleich gibt es in diesem Netzwerk aber auch Akteure, die weniger gut integriert sind und über deren Arbeit nicht alle anderen Beteiligten des TLfDTW informiert sind.

Eine weitere Verzahnung, die das Landesprogramm befördern möchte, ist die zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure. Trotz der teils erheblich divergierenden Kooperationskultur beider Akteurstypen verzeichnen die Evaluationsberichte von 2011 und 2013 eine sich steigernde positiv bewertete Zusammenarbeit. Zum Ausdruck kommt die Verzahnung gerade in den Begleitausschüssen der LAPs, wo unterschiedliche Akteure repräsentiert sein sollen. Ein Abstrich, der die Evaluationsbefragungen aufdeckte, betrifft das Bedürfnis der LAP-Vertreter_Innen das Akteursspektrum noch weiter auszubreiten. Beispielsweise sind Ausländerbehörden und Schulämter in der großen Mehrheit der Ausschüsse nicht vertreten (vgl. ISS 2013, 31).

Weitaus schwieriger schienen die nachfolgenden Ziele umzusetzen. Die Aktivierung der Zivilgesellschaft wird zum Ende der Implementationsphase nur von 42 Prozent der LAPs und Service- und Beratungseinrichtungen als „gut“ bezeichnet.¹⁹ Hier besteht also noch großes Potential, wengleich die Aktivitäten gerade der LAPs in reiner Landesförderung intensiv auf

¹⁹ Der Ausgangswert der ersten Erhebung lag bei 38 Prozent.

die Aktivierung der Zivilgesellschaft hinwirken. Ein Erfolg in dieser Hinsicht ist sicherlich, dass alle LAPs in ihren Begleitausschüssen Bürgerbündnisse eingebunden haben und ein Teil der Bürgerbündnisse mit der Etablierung der LAPs erst entstanden. Insofern hat das Landesprogramm strukturbildend in der Fläche Thüringens gewirkt, es bleibt aber zu eruieren, wie die Aktivierung der Zivilgesellschaft zukünftig nachhaltig befördert werden kann.

Ein weiteres Leitziel ist die Sensibilisierung der breiten Öffentlichkeit für die Anliegen des Programms. Die hier angesprochene Zielstellung ist sicherlich wünschenswert, jedoch zugleich am wenigsten deutlich – im Sinne einer Kausalbeziehung – auf die Wirkung des Programms zurückzuführen. Insgesamt bewerten die LAPs und Service- und Beratungseinrichtungen diese Zieldimension als am stärksten entwicklungsbedürftig. Ihre skeptische Einschätzung hat sich seit 2011 zwar zum Positiven verändert, was sich insbesondere am Anteil derjenigen bemessen lässt, die diese Zieldimension als befriedigend bewerten, dennoch gaben auch 2013 nur 32 Prozent an, die Sensibilisierung der Zivilgesellschaft sei „gut“. Teil dieser Zieldimension ist auch die Öffentlichkeitsarbeit für das Landesprogramm, die sich seit 2011 sichtlich intensiviert hat und gerade auch von den Service- und Beratungseinrichtungen getragen wird. LAPs setzen Öffentlichkeitsarbeit mehrheitlich auch durch eigene Projekte um. Unter den Akteuren des Landesprogramms weisen die Service- und Beratungseinrichtungen einen höheren Bekanntheitsgrad auf, als dies die LAPs für sich einnehmen können, was wohl auch mit der thüringenweiten Aktivität der Einrichtungen zusammenhängt und ihrer durchschnittlich höheren Berichterstattungsintensität. Gerade die Mobile Beratung wird breit wahrgenommen. Trotzdem bleibt fraglich, inwiefern Öffentlichkeitsarbeit eine breite und dauerhafte Sensibilisierung in der Thüringer Bevölkerung für Rechtsextremismus bewirken kann. Hierfür ist aus meiner Sicht ein Problemverständnis notwendig, dass über eine bloße Bekanntheit eines bestimmten Phänomens hinausreicht.

Schließlich stellte auch die Qualitätssicherung im Landesprogramm eine Zieldimension dar. Damit haben sich die Gremien des Landesprogramms vor allem 2013 beschäftigt und eine Reihe von Maßnahmen beschlossen. Eine Strategie, um das Landesprogramm und seine Ziele in der Breite bekannter zu machen, verfolgen die Akteure des Landesprogramms, indem sie versuchen, einflussreiche Personen als öffentliche Unterstützer_innen zu gewinnen. Für LAPs waren es Unterstützer_innen aus dem staatlichen Bereich, wie Landräte oder Bürgermeister, die lokal über eine hohe Bekanntheit verfügen, die es zu gewinnen galt.

4.2 Inhaltliche Schwerpunkte bisheriger Fördermaßnahmen

Neben der grundsätzlichen Funktionalität und Implementation des Landesprogramms interessiert für die zu bearbeitende Fragestellung vor allem der inhaltlich-konzeptionelle Schwerpunkt bisheriger Förderungen. Mit einem Blick auf umgesetzte Projekte kann nicht nur ein Abgleich mit den Zielvorstellungen des Programms stattfinden, sondern auch eine Bewertung in Bezug auf die Herausforderungen für die demokratische Kultur in Thüringen ausgeführt werden. Dies soll der nachfolgende Abschnitt leisten und dabei die bisher nur am Rande diskutierten Modellprojekte und Einzelförderungen in den Blick nehmen.

Modellprojekte

Im Jahr 2014 ergänzte Thüringen die Finanzierung um insgesamt sieben Modellprojekte, die ihre (Haupt-)Förderung durch das Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ (ZdT) erhielten. Dementsprechend sind die Projekte auf das Anliegen des Bundesprogramms ausgerichtet, das gerade in strukturschwachen Regionen bereits verankerte Vereine und Initiativen stärken und bei ihrer demokratischen Praxis unterstützen will. Ein großer Teil der Modellprojekte entwickelte Fortbildungsangebote, etwa zum Beratungsmanager für

Demokratiestärkung,²⁰ um in ihren jeweiligen Organisationen und Verbänden präventive und intervenierende Maßnahmen initiieren zu können und um als Schnittstelle zu den Beratungsangeboten in Thüringen zu fungieren. Darüber hinaus schufen Verbände, die ebenfalls ein Modellprojekt durchführten, Anlaufstellen, die ihren Mitgliedern dienen um Partizipation und demokratische Prozesse in den Vereinen deutlich herauszustreichen.

In ihren Projektbeschreibungen betonen die Projekte sowohl präventiv als auch intervenierend zu wirken, inwieweit dieser Anspruch aber tatsächlich umgesetzt wird, muss hier zunächst ungeklärt bleiben. Zur weiteren Information sei an die wissenschaftliche Begleitung und Evaluation von ZdT verwiesen.

Einzelförderung

Neben diesen mehrjährigen Modellprojekten bilden seit 2011 Zuwendungen für Einzelprojekte und -maßnahmen eine weitere Fördermöglichkeit im TLfDTW.

Im Jahr 2014 wurden so 19 Projekte gefördert – eine ähnliche Anzahl auch in den vergangenen Jahren.²¹ Bei den Projekten handelte es sich überwiegend um Maßnahmen, die der unmittelbaren Umsetzung der Ziele des Landesprogramms dienten. Vereinzelt fanden aber auch Projekte Förderung, die der wissenschaftlichen Begleitung und Fortentwicklung des Landesprogramms dienten.

Die Zuwendungen spiegeln die lerntheoretische Vielfalt des Landesprogramms wider. So wurden etwa Konzepte der Erlebnis- und Filmpädagogik angeboten, um die Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen zu stärken, Maßnahmen der historisch-politischen Bildung und interkulturelle Projekte. Der lerntheoretische Kanon der Projekte deutet bereits an, dass es sich um Maßnahmen der Primärprävention handelte. Es geht vornehmlich darum, zu informieren, zu sensibilisieren und Reflektionen des eigenen Verhaltens anzuregen. Zumeist sprechen die geförderten Maßnahmen Kinder und Jugendliche an; ganz explizit wenden sich aber auch vereinzelte Zuwendungsempfänger_innen in ihren Konzeptionen an Senior_innen, Multiplikator_innen oder sehr spezifische Gruppen wie Karnevalsvereine. Damit entsprechen die Projekte einem besonderen Bedarf in Thüringen, der jeweils durch Beschlüsse des IMAK in die Förderung durch das Landesprogramm integriert wurden. Auch spiegeln die Projekte die regionale Vielfalt Thüringens wider, in dem sie Maßnahmen in allen vier Planungsregionen des Landesprogramms durchführten.

In den letzten Jahren hat das Landesprogramm zielgerichtete und systematische Weiterbildungsangebote für Mitarbeiter_Innen in der Verwaltung, den Polizeidienststellen, der Jugendhilfe und Schulen entwickelt und umgesetzt, so wie es auch im Landesprogramm angekündigt wurde. Die Weiterbildungsangebote bilden in der Programmlandschaft der Bundesländer ein – vor allem in dieser Breite – seltenes Angebot, das noch einmal den deutlich präventiven Charakter des Landesprogramms unterstreicht, den auch Fortbildungsmaßnahmen können nur langfristig zur Vorbeugung antidemokratischer Einstellungen wirken.

Auch der Interventionsfond, der besonders bei kurzfristigen Aktivitäten zur Entgegnung etwa rechtsextremer Aufmärsche, beantragt werden kann, ist ein Alleinstellungsmerkmal der Programmlandschaft. Gerade aber vor dem Hintergrund der Mobilisierungskraft der extremen

²⁰ Der Paritätische Wohlfahrtsbund bildet die erwähnten Beratungsmanager für Demokratiestärkung aus. Weiterbildungen, insbesondere für Vereine im ländlichen Raum, bieten der Thüringer Heimatbund in seinem PARTHNER-Programm an, die Diakonie bildet Multiplikator_innen für Demokratieförderung aus und auch der Feuerwehrverband bietet eine Fortbildung zur/zum Multiplikator_in an.

²¹ 2011 erhielten 17 Projekte eine Förderung, 2012 16 Projekte und 2013 8 Projekte.

Rechten im vergangenen Jahr verdeutlicht sich, dass ein solcher Fonds den Herausforderungen in Thüringen entspricht.

4.3 Finanzielle Ausstattung

Die finanzielle Ausstattung des Landesprogramms ist seit seiner Etablierung im Jahr 2012 kontinuierlich gestiegen. Der erste Haushaltsansatz belief sich 2011 noch auf 1,125 Million Euro, während 2014 3,67 Million im Landeshaushalt für die Arbeiten des Landesprogramms angesetzt waren (ISS 2913 und Drucksache 6/558).²² Wie schon beschrieben, dient ein Teil der Fördersumme der Unterstützung von Maßnahmen im Rahmen der Bundesprogramme TFKS und ZdT und bindet knapp 1/3 der Landesförderung.

Wenngleich die finanzielle Ausstattung von Programmen zur Demokratieförderung stets sinnvoll ergänzt werden könnte, lässt sich im Vergleich zu anderen, inhaltlich ähnlichen Programmen, herausstreichen, dass die finanzielle Ausstattung in Thüringen überdurchschnittlich ist. Nicht zuletzt die wachsende finanzielle Ausstattung des Landesprogramms ist Ausdruck des politischen Problembewusstseins hinsichtlich der Virulenz antidemokratischer Einstellungen und darauf basierender Verhaltensweisen.

4.4 Zielgruppen

Hauptzielgruppen der vom Landesprogramm geförderten Projekte und Maßnahmen sind Heranwachsende. Ihre Ansprache findet sowohl in den Institutionen der formalen Bildung als auch nonformaler Jugendarbeit und Jugendbildung statt. Eine solche Schwerpunktsetzung ist auch bei vergleichbaren Programmen oft gegeben (vgl. Schmidtke 2015). Sie leitet sich aus dem wissenschaftlichen Befund ab, dass Dispositionen zu Rechtsextremismus – in aller bestehenden Multikausalität – häufig bereits im Kindes- und Jugendalter beginnen (vgl. Frindte 2002, Beelmann 2013). Zwar ist der jeweilige Prozess, in dem rechtsextreme Orientierungen und womöglich auch Handlungsweisen übernommen werden, individuell ausgeprägt und durch vielfältige Bedingungen beeinflusst, dennoch ist eine erste Hinwendung häufig im Kindes- und Jugendalter festzustellen.

Weiterhin ist die Zivilgesellschaft eine Zielgruppe des Landesprogramms, deren Förderung explizit im Landesprogramm Erwähnung findet. Die Unterstützung und Stärkung demokratischer Gegenkräfte steht seit Anfang der 2000er Jahre auch in der bundespolitischen Förderung stärker im Vordergrund. Sie erkennt die Potenziale einer demokratisch orientierten Zivilgesellschaft an, in deren Mitte rechtsextreme Einstellungen nur schwerlich entstehen können und auf Widerstand stoßen.

Spezifischer nennt das Programm darüber hinaus weitere Zielgruppen, die insbesondere durch ihre gesellschaftliche Funktion bestimmt sind: genannt werden die Verwaltung, pädagogische Fachkräfte und die Polizei. Dieser Schwerpunkt ist weniger einschlägig in der Praxis der Rechtsextremismusintervention, weil sich vergleichbare Programme auf Landesebene nur begrenzt mit der Weiterbildung von Fachkräften beschäftigen.²³ Nichtsdestotrotz sind diese Zielgruppen ein wichtiger Ansprechpartner, um gerade langfristig die demokratische Kultur zu verankern.

²² Im noch laufenden Haushaltsjahr 2015 lag der Ansatz für das TLfDTW bei 3,58 Millionen Euro und im beschlossenen Haushalt für 2016 bei 4,8 Millionen.

²³ Berlin zählt zu den Ländern, die neben Thüringen ebenfalls pädagogische Fachkräfte und Multiplikator_innen durch Maßnahmen explizit ansprechen (vgl. DESI 2010: 115).

IV. Handlungsempfehlungen

Matthias Quent, Axel Salheiser und Franziska Schmidtke

Das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit hat seit seiner Begründung in den nunmehr fünf Jahren seiner Arbeit einen wichtigen Beitrag zur Entgegnung antidemokratischer Einstellungen und Verhaltensweisen in Thüringen geleistet. Aufgabe dieser Analyse war es, aktuelle Herausforderungen in der demokratischen Kultur Thüringens für die Weiterentwicklung des Landesprogramms zu markieren. Die Ergebnisse weisen aus Sicht der Autor_innen auf nachhaltige Gefährdungslagen hin, die eindeutig von rechtsextremen Einstellungen und darauf basierende Verhaltensweisen dominiert werden. Nur bei oberflächlicher Betrachtung kann die Gefährdungslage durch das Phänomen gleichbleibend wirken, in der Tat aber haben sich aber sowohl auf Einstellungs- sowie auf Verhaltensebene tiefgreifende Wandlungsprozesse fortgesetzt. Auf Einstellungsebene haben sich Verschiebungen zwischen den ideologischen Komponenten ergeben und auf Verhaltensebene sind neue Strategien der organisierten extremen Rechten entstanden, die sich im Zusammenspiel mit teils neuen Akteurenausdrücken. Wenngleich es also sicherlich eine Reihe von Konzepten gibt, die grundsätzlich in der Lage sind, die Entstehung rechtsextremer Einstellungen und Verhaltensweisen zu verhindern, bedarf es einer dauerhaften Beobachtung des Phänomenbereichs, um flexibel auf neue Themen, Akteure und Vorgehensweisen reagieren zu können.

Neben den dargestellten Herausforderungen für die demokratische Kultur in Thüringen zeigte die Analyse auf, welche Wege der Rechtsextremismusprävention der Freistaat bisher beschritten hat. Angesichts dieser Vorarbeiten spricht das Fazit der vorliegenden Analyse Handlungsempfehlungen aus, die aus Sicht der Autor_innen der Weiterentwicklung des Landesprogramms dienen können. Bevor aus den vorangegangenen Ausführungen aber Vorschläge und Empfehlungen für eine Weiterentwicklung des Landesprogramms unterbreitet werden können, soll ein Hinweis die Erwartungen und realistischen Effekte aus der Wirkung des Landesprogramms dämpfen. Zumindest in der öffentlichen politischen Debatte sind die Erwartungen an solche Aktionsprogramme hoch; an sie werden Hoffnungen geknüpft – wie z.B. einen Rückgang rechtsextremer Einstellungen, der Wahlergebnisse rechtsextremer Parteien oder der politisch motivierten Gewalt. Solche Effekte sind aber unwahrscheinlich und die Gründe dafür vielschichtig. Zum einen sind sie im Fall Thüringens durch die Schwerpunktsetzung auf Prävention zu finden. Prävention kann rechtsextreme Einstellungen, dort wo sie bereits ausgebildet sind, kaum mehr beeinflussen. Insofern sollte das Landesprogramm nicht an den sinkenden oder steigenden Anteilen von Thüringern mit rechtsextremen Einstellungen, so wie es der THÜRINGEN-MONITOR berichtet, gemessen werden. Zum anderen ist sicherlich auch eine Reihe von Faktoren innerhalb des Landesprogramms zu benennen, die dessen Wirkung schärfen könnten. Zu guter Letzt aber – und hierauf liegt die Betonung – ist die Wirkung von Aktionsprogrammen zur Rechtsextremismusprävention beschränkt, weil die Ausbildung rechtsextremer Einstellungen von zahlreichen individuellen, meso- und makrosozialen Entwicklungen verursacht sein kann. Gerade ein Landesprogramm wird nicht in der Lage sein, all jene multikausalen Einflussfaktoren zu adressieren.²⁴

Nichtsdestotrotz gibt es Fortschritte und Erfolge zu vermelden, die mit den Aktivitäten des Landesprogramms in Zusammenhang stehen und die gesichert und ausgebaut werden können. Die zivilgesellschaftliche Mobilisierung gegen Rechtsextremismus hat sich in den letzten Jahren deutlich verstärkt. So sind flächendeckend zivilgesellschaftliche Initiativen entstanden, die sich in den letzten Jahren gegründet, professionalisiert und vernetzt haben, die vor Ort von Politik und Öffentlichkeit Gehör finden und deren Expertise gefragt ist. Mit dem gewachsenen

²⁴ Siehe einführend zur Ursachenforschung etwa Gesenharter (2008) oder Stöss (2010).

Bürgerengagement hat sich die landesweite Ächtung rechtsextremer Verhaltensweisen in Thüringen mehrheitlich durchgesetzt. Rechtsextreme Einstellungen werden zudem stärker als noch vor der Implementierung des Landesprogramms problematisiert. Und nicht zuletzt hat sich insgesamt die Aufmerksamkeit der Thüringer Zivilgesellschaft gegenüber antidemokratischen Angeboten verstärkt.

Die positiven Entwicklungen sollen auch weiterhin fortgesetzt und verstärkt werden. Aus diesem Impetus leiten sich die nun folgenden Handlungsempfehlungen ab.

Auch wenn die Mehrheit der Thüringer_innen weder antidemokratische, im eigentlichen Sinne „systemkritische“ Haltungen hat noch politisch entfremdet ist, öffnet ihre *partielle Übereinstimmung mit gruppenbezogen-menschenfeindlichen Positionen* einen großen Aktionsraum für rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien und Bewegungen. Letzten Endes führt genau diese „ideologische Nähe“ zu einer Demokratiegefährdung sowie einer zunehmenden Abwertung, Ungleichbehandlung und Ausgrenzung von Menschen, der mit allen gebotenen Mitteln der demokratischen Politik, der aufklärenden politischen Bildungsarbeit und des zivilgesellschaftlichen Engagements entgegengetreten werden sollte.

Ein wichtiger Kontextfaktor rechtsextremer Einstellungen in Thüringen ist die wahrgenommene kollektive Benachteiligung Ostdeutscher. Aus der Ursachenforschung des Rechtsextremismus ist der Effekt von wahrgenommener Deprivation bereits bekannt und auch diese Ausprägung der Ostdeprivation fördert antidemokratische und extremistische Einstellungen. Für eine Förderung der demokratischen Kultur ist es deswegen zielführend, weiterhin Geschichtsaufarbeitung und Aufklärung zu betreiben sowie insbesondere die *sozialen Kontexte und Ursachen der Demokratiefeindlichkeit* als Politikfeld zu vertiefen.

Rechtsextreme Einstellungen finden sich in allen Teilen der Bevölkerung. Die Einstellungsmessung des Thüringen-Monitors weist aber eindrücklich darauf hin, dass die politische Selbstverortung rechtsextrem Eingestellter mehrheitlich in der Mitte oder links der Mitte liegt. Rechtsextreme Einstellungen und eine Identität als Rechtsextremist sind also mitnichten mehrheitlich vorhanden. Hierin liegt eine große Herausforderung für politische Bildungsarbeit und Ansätze der Intervention und muss bei Konzeption und Umsetzung solcher Strategien berücksichtigt werden.

Intervenierende Maßnahmen stehen der präventiven Strategie des Landesprogramms zumindest in ihrer konzeptionellen Ausdifferenzierung nach. Sie kommen zwar bei den Service- und Beratungseinrichtungen zum Tragen, für die Weiterentwicklung des Landesprogramms kann aber ein stärkerer Schwerpunkt auf intervenierende Maßnahmen ausdrücklicher die aktuellen Herausforderungen für eine demokratische Kultur aufgreifen. Etwa bietet es sich an, gerade Einstellungen aus dem Bereich des Ethnozentrismus zu adressieren, da sie als Einstieg zu einem geschlossen rechtsextremen Weltbild gelten können. Darüber hinaus müssen Präventions- und Interventionsmaßnahmen – wollen sie wirksam sein und bleiben – den taktischen „Innovationen“ des Rechtsextremismus Rechnung tragen. Dies ist zu gewährleisten über Aufklärungs-, Bildungs- und Informationsangebote, die ihrerseits einer fundierten empirischen Dokumentation und Analyse bedürfen. Dies gilt vor dem Hintergrund der großen und wachsenden Ausdifferenzierung, Organisations- und Strategievielfalt von rechtsextremen, rechtspopulistischer und migrationsfeindlicher Akteure. Das möglicherweise in diesem Jahr zu erwartende Verbot der NPD verlangt zudem erhöhte Aufmerksamkeit gegenüber potentiellen Nachfolge- und Ausweichstrukturen der rechtsextremen Bewegung. Dadurch, dass globale Entwicklungen beispielsweise durch die Fluchtmigration zunehmend auch lokal erfahrbar werden, während die komplexen Ursachenzusammenhänge undurchschaubar erscheinen, erfahren partikularistische, populistische und nationalistische Deutungen Aufschwung. Auch hier müssen Präventions- und Interventionsmaßnahmen insbesondere in den Bereichen der

Bildung und der öffentlichen Aufklärung ansetzen. Zeitnah sollte die Landesregierung daher die medial angekündigte Einrichtung der Dokumentations- und Informationsstelle umsetzen. Neben Prävention und Intervention nennt das Landesprogramm auch Repression als ein zentrales Handlungsfeld. Von der operativen Umsetzung sind repressive Maßnahmen zwar ausgeschlossen; sie ergänzen vielmehr die Förderung im Rahmen des Landesprogramms durch landeshoheitliche Aufgaben, die im Sinne einer besseren Aufklärung und Bekämpfung von Rechtsextremismus weiterentwickelt werden. Trotz allem entsteht so der problematische Eindruck, Thüringen würde vor allem mit einseitig-repressiven Maßnahmen Rechtsextremismus bekämpfen. Des Weiteren bleibt fraglich, ob sich präventive und repressive Entgegnungsstrategien nicht im Kern entgegenstehen, also behindern. In jeden Fall wäre eine Schärfung der Landesstrategie zu erreichen, indem Repression zukünftig ausgeklammert bliebe.²⁵

Neben der nach wie vordrängenden Aufgabe, Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit in der Thüringer Bevölkerung dauerhaft abzusichern, gilt es zudem auch aktuelle Themen, die schon heute eine deutliche Herausforderung darstellen, stärker zu fokussieren. Angesprochen ist damit vor allem die Situation geflüchteter Personen in Thüringen, ihre Integration und Akkulturation und vor allem auch ihre Aufnahme von Seiten der Thüringer_innen in die Thüringer Bevölkerung. Kapitel II.3.1.1 zeigte eindrücklich auf, dass es im Zuge der Migrationsdebatte rechtsextreme Organisationen gelungen ist, ihre rassistische Mobilisierung gegen Geflüchtete und Asylunterkünfte 2014 und 2015 deutlich auszuweiten. Insofern ist es für das Landesprogramm vordringlich, diese aktuelle Thematik aufzunehmen und in die verschiedenen Präventionsmaßnahmen zu integrieren. Hierzu können etwa Methoden der interkulturellen Bildung Anwendung finden.

Bei der Integration geflüchteter Personen kann das Landesprogramm überdies eine wichtige Aufgabe übernehmen: Die Herkunftsstaaten vieler Geflüchteter sind keine pluralistische Demokratie mit verschiedenen Formen der politischen Partizipation. Insofern ist mit einer Demokratieunerfahrenheit unter Geflüchteten zu rechnen, die durch die Angebote des Landesprogramms aufgefangen werden können. Es ist davon auszugehen, dass sich auch unter Flüchtlingen Ideologien der Ungleichwertigkeit bis zum religiös-motivierten Fundamentalismus finden lassen. Hier besteht Forschungsbedarf und ein wichtiges Arbeitsfeld für das Thüringer Landesprogramm.

Die Prävention- und die Intervention gegen Ungleichwertigkeitsideologien und der verschiedenen sich darauf berufende politischen und weltanschaulichen Erscheinungen sind eine Daueraufgabe für die Demokratie. Daher ist der Verstetigung erfolgreicher Strukturen und Maßnahmen eine hohe Bedeutung einzuräumen.

Neben der inhaltlichen Ausrichtung soll noch auf einige Rahmenbedingungen hingewiesen werden, die das Landesprogramm im Status quo charakterisieren, zugleich aber auch hinsichtlich seiner Weiterentwicklung zu diskutieren sind:

Das Landesprogramm wurde seit seiner Etablierung vielfach wissenschaftlich begleitet: Eine wissenschaftliche Expertise diente als Basis für die Aushandlung des aktuell gültigen Programmtexts und in der Programmstruktur wurde eine wissenschaftliche Begleitung verankert; in der laufenden Programmumsetzung ist die Implementation des Gesamtprogramms und der Fortbildungsprogramme mit evaluierenden Gutachten versehen worden (vgl. ISS 2013, Proval 2015). Des Weiteren existiert eine wissenschaftliche Praxisberatung bzw. -begleitung. Die Vielfalt mag in der Auflistung überzeugend wirken, kritisch sei aber angemerkt, dass es sich jeweils um wissenschaftliche Begleitungen mit begrenzten Auftrag handelt. Es liegt kein

²⁵ So lautet auch die Empfehlung des Kompetenzzentrum Rechtsextremismus an der Friedrich-Schiller-Universität Jena (vgl. Quent 2013).

umfassendes, zumindest mittelfristiges wissenschaftliches Begleitprogramm vor. Des Weiteren beziehen sich die Elemente wissenschaftlicher Begleitung vordergründig lediglich auf die Programmarchitektur und Arbeitsweise des Programms und erst in zweiter Linie auf die Umsetzung von Einzelmaßnahmen. Für die Weiterentwicklung des Landesprogramms ist es daher empfehlenswert, Einzelmaßnahmen stärker mit Wirkungsanalysen auszustatten und in der Folge bestätigte Effekte häufiger in Umsetzung zu bringen. Vorstellbar wäre es, den LAPs – komplementär zur ihrer vielfältigen Nutzung von Programmmittel – fertig konzipierte Maßnahmen anzubieten. Zur Verstetigung und Sicherung der Qualität von Projekten im Landesprogramm und vor Ort könnten Begutachtungsverfahren beitragen.

Das Landesprogramm bietet flächendeckend Maßnahmen und Unterstützungsangebote an, indem LAPs in ganz Thüringen implementiert sind und die Strukturprojekte landesweit arbeiten. Diese Umsetzung flächendeckender Maßnahmen ist angesichts der aktuellen Herausforderungen vorrangig, mit Blick auf alternative Umsetzungsformen sei aber darauf verwiesen, dass andere Bundesländer Regionalstellen einrichten, die als Anlaufstellen sowohl die Akutunterstützung, als auch Strukturentwicklung und Förderung einzelner Maßnahmen durchführen. Rein strukturell sind also auch Alternativmodelle denkbar, um Maßnahmen zur Umsetzung des Landesprogramms in die Fläche Thüringens zu tragen (vgl. Landtag Mecklenburg-Vorpommern 2008). Aus den bisherigen Evaluationen ist deutlich hervorgegangen, dass die Erreichbarkeit bestimmter Regionen in Thüringen für die Maßnahmen des Landesprogramms entwicklungsbedürftig ist. Gerade vor dem Hintergrund dieses Befundes und kommunalen Achtungserfolgen des formell organisierten Rechtsextremismus (vgl. Teil II) kann eine alternative Struktur zur Abdeckung der Fläche Thüringens hilfreich sein.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- AfD Thüringen (2014): Aufbruch für Thüringen. Wahlprogramm zur Landtagswahl 2014, zuletzt geprüft am 13.11.2015.
- Aktionsbündnis Gera gegen Rechts (2015): Die 'Wahrheit' der AfD – Zitate vom Geraer Marktplatz am 30.10.2015. Online verfügbar unter <http://www.gera-nazifrei.com/cms/2015/11/die-%E2%80%9Ewahrheit%E2%80%9C-der-afd-zitate-vom-geraer-marktplatz-am-30-10-2015/>, zuletzt geprüft am 07.12.2015.
- Alternative für Deutschland Fraktion im Thüringer Landtag (2015): Morddrohung gegen Linken-Abgeordnete Katharina König unerträglich. Online verfügbar unter <http://afd-thl.de/2015/06/30/morddrohung-gegen-linken-abgeordnete-katharina-koenig-unertraeglich/>, zuletzt geprüft am 01.12.2015.
- Aly, Götz (2014): Kolumne zur Krim-Krise: Selbstbestimmung (Gift) der Völker. In: *Berliner Zeitung*, 24.03.2014. Online verfügbar unter <http://www.berlinerzeitung.de/meinung/kolumne-zur-krim-krise-selbstbestimmung--gift--der-voelker,10808020,26643506.html>, zuletzt geprüft am 13.11.2015.
- Andreasch, Robert (2014): Der "dritte Weg" als Ausweg. a.i.d.a. München. Online verfügbar unter <https://www.aida-archiv.de/index.php/aktuelles-2/hintergrund/83-hintergrund-sueddeutschland/3973-der-dritte-weg-als-ausweg>, zuletzt geprüft am 10.11.2015.
- Bauman, Zygmunt (2005): *Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit*. Neuausg. Hamburg: Hamburger Edition.
- Bender, Justus; Schäffer, Albert (2015): Vereiteter Anschlag: Partei „Die Rechte“ distanziert sich nicht von Tatverdächtigen. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 23.10.2015. Online verfügbar unter http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/rechtsextremismus/vereiteter-anschlag-partei-die-rechte-distanziert-sich-nicht-von-tatverdaechtigen-13872886.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2, zuletzt geprüft am 10.11.2015
- Beelmann, Andreas (2013): Entwicklungsförderung und Gewaltprävention: Theoretische Fundierung und Konzipierung. In: *Forum Kriminalprävention* 2:18-21.
- Best, Heinrich (2015): Trends und Ursachen des Rechtsextremismus in Ostdeutschland. In: Wolfgang Frindte / Daniel Geschke / Nicole Haußecker / Franziska Schmidtke (Hg.): *Rechtsextremismus und „Nationalsozialistischer Untergrund“: Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen*. Heidelberg: Springer VS, S. 119 –130.
- Best, Heinrich; Katja Salomo (2014): Güte und Reichweite der Messung des Rechtsextremismus im Thüringen-Monitor 2000 bis 2014. Expertise für die Thüringer Staatskanzlei. Erfurt, S. 48–55.
- Best, Heinrich; Katja Salomo; Axel Salheiser (2014): Demokratie mit doppelter Diktaturvergangenheit. Überlegungen und Befunde zur Ausprägung eines typisch ostdeutschen Rechtsextremismus. In: Elmar Brähler und Wolf Wagner (Hrsg.): *Kein Ende mit der Wende? Perspektiven aus Ost und West*. Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 149–167.
- Blickle, Paul; Biermann, Kai; Faigle, Philipp; Geisler, Astrid; Hamann, Götz; Jacobsen, Lenz et al. (2015): Gewalt gegen Flüchtlinge: Deutschland steht in Flammen. Hg. v. ZEIT ONLINE. Online verfügbar unter <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-11/rechtsextremismus-fluechtlingsunterkuenfte-gewalt-gegen-fluechtlings-justiz-taeter-urteile>, zuletzt aktualisiert am 03.12.2015, zuletzt geprüft am 03.12.2015.

- Boltanski, Luc (2013): Rätsel und Komplotte. Kriminalliteratur, Paranoia, moderne Gesellschaft. 1., neue Ausg. Berlin: Suhrkamp.
- Braun, Robert.; Koopmans, Ruud (2010): The Diffusion of Ethnic Violence in Germany: The Role of Social Similarity. *European Sociological Review*, 26, 1, 111–123.
- Busch, Christoph; Schölermann, Stefan; Speit, Andreas; Werner, Frederic (2007): Demokratie stärken - Rechtsextremismus bekämpfen. Hamburg.
- Castles, Stephen (1998): Weltweite Arbeitsmigration, Neorassismus und der Niedergang des Nationalstaats. In: Ulrich Bielefeld (Hg.): Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der Alten Welt? 1. Aufl. der Neuausg. Hamburg: Hamburger Edition, S. 129–158
- CDU; SPD (2009): Vereinbarung zwischen Christlich Demokratische Union Landesverband Thüringen und Sozialdemokratische Partei Deutschland Landesverband Thüringen über die Bildung einer Koalitionsregierung für die Fünfte Legislaturperiode des Thüringer Landtages.
- CHARB (2015): Brief an die Heuchler: Und wie sie den Rassisten in die Hände spielen. 2. Aufl.: Tropen.
- Dahrendorf, Ralf (1989): Nur Menschen haben Rechte. In: *Die Zeit*, 28.04.1989. Online verfügbar unter <http://www.zeit.de/1989/18/nur-menschen-haben-rechte/komplettansicht>, zuletzt geprüft am 13.11.2015.
- Daphi, Priska; Kocyba, Piotr; Neuber, Michael; Roose, Jochen; Rucht, Dieter; Scholl, Franziska et al. (2015): Protestforschung am Limit. Eine soziologische Annäherung an Pegida. Berlin (ipb working paper), zuletzt geprüft am 02.12.2015.
- Daphi, Priska; Rucht, Dieter; Stuppert, Wolfgang; Teune, Simon; Ullrich, Peter (2014): Occupy Frieden, zuletzt geprüft am 11.11.2015.
- Debski, Andras (2015): Landesparteitag – CDU in Thüringen: Kokettieren mit der AfD ist vorbei. In: *Leipziger Volkszeitung*, 06.12.2015. Online verfügbar unter <http://www.lvz.de/Mitteldeutschland/News/CDU-in-Thueringen-Kokettieren-mit-der-AfD-ist-vorbei>, zuletzt geprüft am 07.12.2015
- DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration (Hg.) (2010): Abschlussbericht zur Evaluation des Berliner Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Berlin.
- DIE LINKE; SPD; BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (2014): Thüringen gemeinsam voranbringen – Demokratisch, Sozial, Ökologisch. Koalitionsvertrag zwischen den Parteien DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die 6. Wahlperiode des Thüringer Landtags. Erfurt.
- Dobovisek, Mario (2015): Politikwissenschaftler Funke - "Die AfD hat sich rechtsradikalisiert". Deutschlandfunk. Online verfügbar unter http://www.deutschlandfunk.de/politikwissenschaftler-funke-die-afd-hat-sich.694.de.html?dram:article_id=334837, zuletzt geprüft am 14.01.2016.
- dpa/lw (2015): Henkel bezeichnet AfD als "NPD light". In: *Die Welt*, 08.11.2015. Online verfügbar unter <http://www.welt.de/regionales/nrw/article148585258/Henkel-bezeichnet-AfD-als-NPD-light.html>, zuletzt geprüft am 02.12.2015.

- Drebes, Jan; Mayntz, Gregor (2016): AfD: Alternative für Rechtsextreme. Online verfügbar unter: <http://www.rp-online.de/politik/deutschland/afd-eine-alternative-fuer-rechtsextreme-analyse-aid-1.5530518>, zuletzt geprüft am 14.01.2016.
- Edinger, Michael (2010): Gefährdungen der demokratischen Kultur in Thüringen. Rechtsextremismus und politische Entfremdung. Expertise für das Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit. Jena
- Endstation Rechts (2016): SPD-Fraktionsvize Högl: "Die AfD weist in weiten Teilen rechtsextreme und rechtsradikale Tendenzen auf". Online verfügbar unter <http://www.endstation-rechts.de/news/kategorie/politik/artikel/spd-fraktionsvize-hoegl-die-afd-weist-in-weiten-teilen-rechtsextreme-und-rechtsradikale-tendenzen.html>, zuletzt geprüft am 14.01.2016.
- Fischer, Sebastian (2006): Rechtsextremismus bei Jugendlichen: eine kritische Diskussion von Erklärungsansätzen und Interventionsmustern in pädagogischen Handlungsfeldern. BIS Verlag.
- Frindte, Wolfgang (2002): Fremdenfeindliche Gewalttäter: Biografien und Tatverläufe. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Frindte, Wolfgang; Geschke, Daniel; Haußecker, Nicole; Schmidtke, Franziska (Hg.) (2015): Rechtsextremismus und „Nationalsozialistischer Untergrund“. Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen. Wiesbaden: Springer VS.
- Fried, Nico (2015): Deshalb legt sich Seehofer mit Merkel an. In: *Süddeutsche Zeitung*, 25.09.2015. Online verfügbar unter <http://www.sueddeutsche.de/bayern/fluechtlingspolitik-deshalb-legt-sich-seehofer-mit-merkel-an-1.2664499>, zuletzt geprüft am 01.12.2015.
- Frindte, Wolfgang (2013): Der Islam und der Westen. Sozialpsychologische Aspekte einer Inszenierung. Wiesbaden: Springer VS (Politische Psychologie).
- Geiges, Lars; Marg, Stine; Walter, Franz (2015): Pegida: Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft? (X-Texte zu Kultur und Gesellschaft). 1., Aufl.: transcript
- Gessenharter, Wolfgang (2008): Rechtsextremismus: Ursachen, Organisationen, Ideologien, Mentalitäten - ein Überblick. In: Benzler, Susanne (Hg.), Strategien gegen Rechtsextremismus. Rehbürg-Loccum: Evang. Akad. Loccum, S. 7-22
- Glaser, Michael; Schuster, Silke (Hg.) (2007): Evaluation präventiver Praxis gegen Rechtsextremismus. Positionen, Konzepte und Erfahrungen. Halle
- Glaser, Michaela; Geul, Frank (2012): Pädagogische Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen. Online verfügbar unter: https://www.biknetz.de/fileadmin/Dokumente/Oeffentlichkeit_herstellen/Themen/Aufsae tze/Aufsatz_Glaser_Greuel_final.pdf, zuletzt geprüft am 1.12. 2015.
- Haak, Sebastian (2015): Hunderte „Reichsbürger“ in Thüringen - Verbindungen zur rechten Szene. In: *TLZ*, 01.12.2015. Online verfügbar unter <http://www.tlz.de/startseite/detail/-/specific/Hunderte-Reichsbuerger-in-Thueringen-Verbindungen-zur-rechten-Szene-1759227207>, zuletzt geprüft am 02.12.2015.
- Hafeneger, Benno (2014): Die Identitären. Vorübergehendes Phänomen oder neue Bewegung? Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin, Projekt gegen Rechtsextremismus (Expertisen für Demokratie, 2014,1), zuletzt geprüft am 10.11.2015.

- Häusler, Alexander; Roeser, Rainer (2015): Die rechten "Mut"-Bürger. Entstehung, Entwicklung, Personal & Positionen der "Alternative für Deutschland". Hamburg: VSA-Verl.
- Häusler, Alexander; Roeser, Rainer (2015): „Erfurt ist schön deutsch – und schön deutsch soll Erfurt bleiben!“. Das politische Erscheinungsbild der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) in Thüringen. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen (Hg.) (2011): Nazis in Parlamenten. Eine Bestandsaufnahme und kritische Analyse aus Thüringen. Erfurt.
- Heinrich, Gudrun (2008): Die NPD als Bewegungspartei. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* Jg. 21 (4), S. 29–38.
- Heißler, Julian (2016): Deutlich mehr Anschläge auf Asylbewerberheime. tagesschau.de. Online verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/inland/anschlaege-asylunterkuenfte-bka-101.html>, zuletzt geprüft am 14.01.2016.
- Heitmeyer, Wilhelm; Möller, Joachim (1995): Fremdenfeindliche Gewalt junger Menschen. Biografische Hintergründe, soziale Situationskontexte und die Bedeutung strafrechtlicher Sanktionen. Godesberg: Forum Verlag.
- Heitmeyer, Wilhelm (2011): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) in einem entsicherten Jahrzehnt. In: Wilhelm Heitmeyer (Hg.): *Deutsche Zustände*, Folge 10 (2012). 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 15–41.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) (2012): *Deutsche Zustände*, Folge 10. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Henkel, Imke (2014): Hooligans: Das Vorbild aus England, 31.10.2014. Online verfügbar unter <http://www.zeit.de/sport/2014-10/hooligans-salafisten-english-defence-league/komplettansicht>, zuletzt geprüft am 02.12.2015.
- Hobsbawm, Eric J. (2009): *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*. 10. Aufl. München: Dt. Taschenbuch-Verl (dtv, 30657).
- Höcke, Björn (2015): Reden Demos. Internetseite Alternative für Deutschland > Landesverband Thüringen. Online verfügbar unter <http://afd-thueringen.de/reden/>, zuletzt geprüft am 13.11.2015.
- Identitäre Bewegung Deutschland (2015): Der große Austausch. Online verfügbar unter www.deraustausch.de, zuletzt geprüft am 23.11.2015.
- Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. (2011): Erster Zwischenbericht zum Berichtszeitraum 01.05.2011 – 31.12.2011 der Evaluation des „Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“. Frankfurt a.M..
- Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. (2012): Zweiter Zwischenbericht zum Berichtszeitraum 01.01.2012 – 31.12.2012 der Evaluation des „Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“. Frankfurt a.M..
- Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. (2013): "Abschlussbericht der Evaluation zur Implementierungsphase 2011 – 2013 des „Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“. Frankfurt a.M..
- Kampf, Lena; Mascolo, Georg (2015): Fremdenfeindlichkeit – Gewalt gegen Flüchtlinge alarmiert BKA. In: *Süddeutsche Zeitung*, 21.10.2015. Online verfügbar unter

- <http://www.sueddeutsche.de/politik/fremdenfeindlichkeit-gewalt-gegen-fluechtlinge-alarmiert-bka-1.2701864>, zuletzt geprüft am 01.12.2015.
- Kemper, Andreas (2015): "...die neurotische Phase überwinden, in der wir uns seit siebzig Jahren befinden". Zur Differenz von Konservatismus und Faschismus am Beispiel der "historischen Mission" Björn Höckes (AFD). Online verfügbar unter http://www.th.rosalux.de/fileadmin/ls_thueringen/dokumente/publikationen/RLS-HeftMissionHoecke-F-web.pdf, zuletzt geprüft am 12.11.2015.
- Kimmel, Michael (2015): *Angry White Man. Die USA und ihre zornigen Männer*. Zürich: Orell Füssli.
- Klaubert, Birgit (2015): *DenkBunt - Das Landesprogramm*. Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport. Online verfügbar unter <http://www.denkbunt-thueringen.de/denkbunt/landesprogramm/>, zuletzt geprüft am 01.12.2015.
- Kollmorgen, Raj; Quent, Matthias (2014): Zur Bedeutung von sozialen Innovationsbeziehungen in der Entwicklung des Rechtsextremismus. In: *Berliner Debatte Initial: sozial- und geisteswissenschaftliches Journal* 25 (1), S. 3–15.
- König, Katharina; Quent, Matthias (2012): Anfänge in der DDR. Stationen der Entwicklung der Thüringer Neonaziszene seit 1990. In: Bodo Ramelow (Hg.): *Made in Thüringen? Nazi-Terror und Verfassungsschutz-Skandal*. Hamburg: VSA-Verl., S. 54–65.
- Kornelius, Stefan (21./22.01.2015): Europa in seiner schwächsten Stunde. In: *Süddeutsche Zeitung*, 21./22.01.2015. Online verfügbar unter <http://www.sueddeutsche.de/politik/terror-flucht-hader-zahltag-in-europa-1.2746579>, zuletzt geprüft am 24.11.2015.
- Lachmann, Günther (2015): NPD sieht AfD jetzt als unmittelbare Konkurrenz. Online verfügbar unter <http://www.welt.de/politik/deutschland/article149155372/NPD-sieht-AfD-jetzt-als-unmittelbare-Konkurrenz.html?subid=skim725X1053115X5509b034e05382261106997507d3dbba&af fmt=2&affmn=1>, zuletzt geprüft am 23.11.2015.
- Langebach, Martin; Raabe, Max (2013): *RechtsRock. Made in Thüringen*. 1., neue Ausg. Erfurt: Landeszentrale f. polit. Bild. Thüringen.
- Landeskriminalamt Thüringen (2015): *Politisch motivierte Kriminalität*. Erfurt: Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales.
- Landtag Mecklenburg-Vorpommern (2008): *Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ Strategie der Landesregierung zur Umsetzung des Landesprogramms (Unterrichtung durch die Landesregierung)*. Drucksache 5/1599.
- Laumann, Vivien (2014): Von ‚Gender-Terroristen‘ und ‚Homosexualisierung‘. Rechtsextreme Geschlechterideologie am Beispiel der Thüringer Initiative Free Gender. In: *Berliner Debatte Initial: sozial- und geisteswissenschaftliches Journal* (1), S. 33–39.
- Leggewie, Claus; Meier, Horst (2012): *Nach dem Verfassungsschutz: Plädoyer für eine neue Sicherheitsarchitektur der Berliner Republik*: Archiv der Jugendkulturen Verlag.
- Lill, Tobias; Müller, Martin U.; Scheidl, Felix; Schmundt, Hilmar (2012): Falsche Fans. In: *DER SPIEGEL*, 23.07.2012. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-87482751.html>, zuletzt geprüft am 03.12.2015.

- Lobo, Sascha (2015): Nennt sie endlich Terroristen! Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/hetze-gegen-auslaender-im-internet-nennt-sie-terroristen-a-1045831.html>, zuletzt aktualisiert am 29.07.2015, zuletzt geprüft am 24.11.2015.
- MDR (2015): Gewerkschaft der Polizei warnt vor Bürgerwehren. Online verfügbar unter http://www.mdr.de/nachrichten/buergerwehren_gerstungen100_zc-e9a9d57e_zs-6c4417e7.html, zuletzt aktualisiert am 24.07.2015, zuletzt geprüft am 02.11.2015.
- Medienrat Integration (2015): Syrische Flüchtlinge. Online verfügbar unter <http://mediendienst-integration.de/migration/flucht-asy/syrische-fluechtlinge.html>, zuletzt geprüft am 01.12.2015.
- Meier, Horst; Bertram, Günter (2015): Verbot der NPD - ein deutsches Staatstheater in zwei Akten. Analysen und Kritik 2001 - 2014. Berlin: BWV Berliner Wiss.-Verl.
- Memmi, Albert (1992): EVA Taschenbücher, Bd.96, Rassismus: Europäische Verlagsanstalt (eva).
- Meyer, Robert D. (2015): AfD Thüringen kuschelt mit Nazis. In: *Neues Deutschland*, 22.09.2015. Online verfügbar unter <http://www.neues-deutschland.de/artikel/985374.afd-thueringen-kuschelt-mit-nazis.html>, zuletzt geprüft am 07.12.2015.
- Mobit e.V. (2013): Das Rittergut in Guthmannshausen. Mobit e.V., zuletzt geprüft am 12.11.2015.
- Mobit e.V. (2015): Chronik extrem rechter Aktivitäten in Thüringen 2015. Für den Zeitraum 01.01.2015 bis 09.11.2015 sind in der Chronik geführt: zuletzt geprüft am 10.11.2015.
- Möllers, Christoph; Waldhoff, Christian (2012): Antrag nach Art. 21 Abs. 2 GG i.V.m. §§ 13 Nr. 2, 43 ff. BVerfGG.
- Nachtwey, Oliver (2015): Rechte Wutbürger | Blätter für deutsche und internationale Politik. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* (3), S. 81–89. Online verfügbar unter <https://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2015/maerz/rechte-wutbuenger>, zuletzt geprüft am 11.11.2015.
- Nassehi, Armin (2015): Die letzte Stunde der Wahrheit: Warum rechts und links keine Alternativen mehr sind und Gesellschaft ganz anders beschrieben werden muss. 1. Aufl.: Murmann Verlag.
- Neuerer, Dietmar (2015): „Neues Sprachrohr der Rechten“: AfD bald im Fadenkreuz des Verfassungsschutzes? Online verfügbar unter <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/neues-sprachrohr-der-rechten-afd-ist-aufwieglerisch-hetzerisch-gesellschaftsspaltend-und-gefaehrlich/12479592-5.html>, zuletzt geprüft am 14.01.2016.
- Nonnenmacher, Günther (2014): Die Stunde der Populisten. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 29.11.2014. Online verfügbar unter <http://www.faz.net/aktuell/politik/europaeische-union/europa-skepsis-die-stunde-der-populisten-13292243.html>, zuletzt geprüft am 21.01.2016.
- Otto, Elmar (2015): Demonstrationstourismus auf Kosten der Steuerzahler? In: *TLZ*, 06.07.2015. Online verfügbar unter <http://www.tlz.de/web/zgt/politik/detail/-/specific/Demonstrationstourismus-auf-Kosten-der-Steuerzahler-681691656>, zuletzt geprüft am 03.12.2015.

- Pfahl-Traugber, Armin (2006): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. 4. Aufl. München: Beck (Beck'sche Reihe C.-H.-Beck-Wissen, 2112).
- Proval Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Analyse – Beratung – Evaluation (Hg.) (2015): Abschlussbericht zur Evaluation des Fortbildungsprogramms im Rahmen des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit im Auftrag des Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport. Hannover
- Quent, Matthias (2012): Mehrebenenanalyse rechtsextremer Einstellungen. Ursachen und Verbreitung in unterschiedlichen sozioökonomischen Regionen Hessens und Thüringens. Thematische Schriftenreihe Politische Soziologie. Magdeburg: Meine Verlag.
- Quent, Matthias (2013a): Empfehlungen des Kompetenzzentrum Rechtsextremismus der Friedrich-Schiller-Universität Jena zur Fortentwicklung des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit. Jena. Online verfügbar unter http://www.denkbunt-thueringen.de/imperia/md/content/denkbunt/komrex_empfehlungen_quent.pdf, zuletzt aktualisiert am 02.03.2014.
- Quent, Matthias (2013b): Reichsbürger. BIKNetz: Glossar. Online verfügbar unter <https://www.biknetz.de/glossar/glossary-detail/reichsbuerger.html?type=0&cHash=558f4cedc29307fc72c47a08941fa6f1>, zuletzt geprüft am 27.03.2014.
- Quent, Matthias (2014): Der „Volkstod“ und die Übriggebliebenen. Rechtsradikale Angebote und Machtgewinne in abdriftenden und dörflichen Regionen. In: *Berliner Debatte Initial: sozial- und geisteswissenschaftliches Journal* (25), S. 40–53.
- Quent, Matthias (2015a): Neuer Vigilantismus in der Alten Welt: Bürgerwehren, Gewalt gegen Flüchtlinge und die Ambivalenz des rechten Terrors. In: *Berliner Debatte Initial: sozial- und geisteswissenschaftliches Journal* (4), zuletzt geprüft am 02.12.2015.
- Quent, Matthias (2015b): Offener Brief: Rechtsextreme Gewalttat und Polizeiversagen in Saalfeld. Online verfügbar unter http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2015/05/04/ausgeschlagene-zaehne-gehirnerschuetterungen-innere-blutungen_19297, zuletzt geprüft am 02.12.2015.
- Quent, Matthias (2015c): Rassismus, Radikalisierung, Rechtsterrorismus: Eine soziologische Untersuchung der Genese des NSU als vigilantistische Gewaltgruppe. Dissertation. Friedrich-Schiller-Universität, Jena. Institut für Soziologie, zuletzt geprüft am 30.11.2015.
- Quent, Matthias; Schulz, Peter (2015): Rechtsextremismus in lokalen Kontexten. Vier vergleichende Fallstudien. Wiesbaden: Springer VS (Edition Rechtsextremismus).
- Rieker, Peter (2009). Rechtsextremismus: Prävention und Intervention: ein Überblick über Ansätze, Befunde und Entwicklungsbedarf. Weinheim [u.a.]: Juventa-Verlag.
- Rommelspacher, Birgit (2009): Was ist eigentlich Rassismus?, S. 25–38, zuletzt geprüft am 11.02.2015.
- Rommelspacher, Birgit (2011): Ambivalente Beziehungen: Die 'Mitte' der Gesellschaft und der rechtsextreme 'Rand'. In: Caroline Y. Robertson-von Trotha und Claudia Fritz (Hg.): Rechtsextremismus in Deutschland und Europa. Rechts außen - Rechts "Mitte"? 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges (Kulturwissenschaft interdisziplinär, 7), S. 47–55.
- Roth, Roland; Rucht, Dieter (Hg.) (2008): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch. Frankfurt, New York: Campus.

- Salheiser, Axel (2014): Links-Rechts-Selbstpositionierung und Assoziation von Bedeutungsinhalten der eigenen Position durch die Befragten. In: Heinrich Best und Katja Salomo: Güte und Reichweite der Messung des Rechtsextremismus im Thüringen-Monitor 2000 bis 2014. Expertise für die Thüringer Staatskanzlei. Erfurt, S. 48–55.
- Salheiser, Axel (2015a): Homophobie im Kontext gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und rechtsextremer Einstellungen in Thüringen. Vortrag anlässlich der Veranstaltung „Queeres Leben in Thüringen: Zwischen (Un-)Sichtbarkeit, Akzeptanz und Ablehnung?“ im Rahmen des IDAHOT* 2015 in Jena, Friedrich-Schiller-Universität Jena, 21.05.2015 (Manuskript).
- Salheiser, Axel (2015b): „Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Mitteldeutschland“: Analysen und Desiderate für die empirische Forschung. Projektbericht. Jena: Jenaer Zentrum für empirische Sozial- und Kulturforschung e.V., April 2015 (Manuskript).
- Salzborn, Samuel (2015): Demokratieferne Rebellion. Pegida und die Renaissance völkischer Verschwörungsphantasien. In: Wolfgang Frindte/ Daniel Geschke/ Nicole Haußecker / Franziska Schmidtke (Hg.): Rechtsextremismus und 'Nationalsozialistischer Untergrund'. Wiesbaden: Springer VS, S. 359–366.
- Schauka, Frank (2015): 58 Anschläge auf Unterkünfte von Asylbewerbern in Thüringen. In: *Thüringer Allgemeine*, 16.12.2015. Online verfügbar unter <http://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/politik/detail/-/specific/58-Anschlaege-auf-Unterkuenfte-von-Asylbewerbern-in-Thueringen-2018077775>, zuletzt geprüft am 14.01.2016.
- Schäfer, Armin (2010): Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa. In: *Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft* 4 (1), S. 131–156.
- Scheidges, Rüdiger (2015): Unsere Gaukler – und ihre Joker. Die Treue zum Grundgesetz bröckelt. In: *Handelsblatt*, 27.11.2015. Online verfügbar unter <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/fluechtlingskrise-die-treue-zum-grundgesetz-broeckelt/12647506-2.html>, zuletzt geprüft am 03.12.2015.
- Scheringer-Wright, Johanna (2015): Sügida und Bündnis Zukunft Landkreis Gotha entlarven und zeigen was sie in Wirklichkeit sind: neonazistische und fremdenfeindliche Rattenfänger. Online verfügbar unter <http://www.thueringen-reporter.de/17.02.2015/suegida-und-buendnis-zukunft-landkreis-gotha-entlarven-und-zeigen-was-sie-in-wirklichkeit-sind-neonazistische-und-fremdenfeindliche-rattenfaenger.htm>, zuletzt geprüft am 02.12.2015.
- Scherr, Albert (2014): Diskriminierung und soziale Ungleichheiten: Erfordernisse und Perspektiven einer ungleichheitsanalytischen Fundierung von Diskriminierungsforschung und Antidiskriminierungsstrategien (essentials). 1. Aufl. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Schmidtke, Franziska (2015): Demokratieförderung und Rechtsextremismusprävention in den Bundesländern. Eine vergleichende Analyse der Landesstrategien. In: Frindte, Wolfgang, Daniel Geschke, Nicole Haußecker und Franziska Schmidtke (Hg.). Rechtsextremismus und „Nationalsozialistischer Untergrund“. Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, S. 403-424.
- Speit, Andreas (2015a): Nationalisten und Salafisten: Rechte gegen Rechte. Online verfügbar unter <http://www.taz.de/!5041134/>, zuletzt aktualisiert am 08.11.2015, zuletzt geprüft am 02.12.2015.

- Speit, Andreas (2015b): AfD-Demonstration in Erfurt: „Schön Deutsch“. Online verfügbar unter <http://www.taz.de/!5235664/>, zuletzt aktualisiert am 25.11.2015, zuletzt geprüft am 07.12.2015
- Stöss, Richard (2003): Möglichkeiten und Grenzen der Evaluierung von persuasiven Programmen. In: Lynen von Berg, Heinz/Roth, Roland (Hg.). Maßnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus wissenschaftlich begleitet. Aufgaben, Konzepte und Erfahrungen. Opladen: Leske + Budrich, S. 95–102.
- Stöss, Richard (2010): Rechtsextremismus im Wandel. 3. Aufl. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung Forum Berlin.
- Streeck, Wolfgang (2013): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Lizenzausg. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung (Schriftenreihe, 1339).
- Thüringer Landeskriminalamt (2014): Politisch motivierte Kriminalität 2013. Online verfügbar unter <http://www.polizei.thueringen.de>, zuletzt geprüft am 27.03.2014.
- Thüringer Landtag (2010): "Erklärung für ein demokratisches, tolerantes und weltoffenes Thüringen". Drucksache 5/23 vom 29.9.2009. Erfurt.
- Thüringer Landtag (2015): Wird das demokratiegefährdende Potenzial des Linksextremismus ignoriert? – Nachgefragt. Kleine Anfrage des Abgeordneten Zippel (CDU) und Antwort des Thüringer Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport. Drucksache 6/776 vom 17.06.2015.
- Thüringer Landtag (2015): Ausgaben der Landesregierung für die Bekämpfung von politischem Extremismus in Thüringen. Kleine Anfrage des Abgeordneten Henke (AfD) und Antwort des Thüringer Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport (Drucksache 6/558) vom 29.04.2015. Erfurt.
- Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit (Hg.) (2012): Denk bunt. Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit. Erfurt.
- THÜRINGEN-MONITOR 2010: Michael Edinger; Daniel Gerstenhauer; Karl Schmitt: Beziehungen und Verhältnis der Generationen in Thüringen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2010. Erfurt. Drucksache des Thüringer Landtags 5/1120.
- THÜRINGEN-MONITOR 2011: Karl Schmitt; Jürgen H. Wolff: Staatsaufgaben und Staatsausgaben. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2011. Erfurt. Drucksache des Thüringer Landtags 5/3396.
- THÜRINGEN-MONITOR 2012: Heinrich Best (wiss. Leitung); Axel Salheiser (Red.): Thüringen International: Weltoffenheit, Zuwanderung und Akzeptanz. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2012. Erfurt. Drucksache des Thüringer Landtags 5/5244.
- THÜRINGEN-MONITOR 2013: Heinrich Best; Daniel Dwars; Axel Salheiser; Katja Salomo: „Wie leben wir? Wie wollen wir leben?“ – Zufriedenheit, Werte und gesellschaftliche Orientierungen der Thüringer Bevölkerung. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2013. Erfurt. Drucksache des Thüringer Landtags 5/7051.
- THÜRINGEN-MONITOR 2014: Heinrich Best; Steffen Niehoff; Axel Salheiser; Katja Salomo: Die Thüringer als Europäer. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2014. Erfurt. Drucksache des Thüringer Landtags 6/287.
- THÜRINGEN-MONITOR 2015: Heinrich Best; Steffen Niehoff; Axel Salheiser; Katja Salomo: Thüringen im 25. Jahr der deutschen Einheit. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2015. Erfurt.

- thueringen-rechtsaussen.net (2014): Reichsbürger als Landtagskandidaten | thueringen-rechtsaussen.net bei WordPress.com. Online verfügbar unter <https://thueringenrechtsaussen.wordpress.com/2014/08/16/reichsbuerger-als-landtagskandidaten/>, zuletzt geprüft am 03.12.2015.
- thueringen-rechtsaussen.net (2015): Thüringer Neonazis organisieren drei „Kategorie C“ Konzerte in drei Wochen. Online verfügbar unter <https://thueringenrechtsaussen.wordpress.com/2015/11/16/thuringer-neonazis-organisieren-drei-kategorie-c-konzerte-in-drei-wochen/>, zuletzt geprüft am 02.12.2015.
- thueringenrechtsaussen (2015): NPD-Konkurrenzpartei „Der III. Weg“ rückt in Thüringen weiter vor – 1. Stützpunktgründung im Raum Saalfeld/Pößneck. Online verfügbar unter <https://thueringenrechtsaussen.wordpress.com/2015/06/11/npd-konkurrenzpartei-der-iii-weg-rueckt-in-thuringen-weiter-vor-1-stuetzpunktgruendung-im-raum-saalfeldposneck/>, zuletzt geprüft am 12.11.2015.
- Thüringer Allgemeine (2014): Selbsternannte Bürgerwehr jagt rumänische Arbeiter in Hildburghausen. In: *Thüringer Allgemeine*, 24.10.2014. Online verfügbar unter <http://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/leben/blaulicht/detail/-/specific/Selbsternannte-Buergerwehr-jagt-rumaenische-Arbeiter-in-Hildburghausen-376068986>, zuletzt geprüft am 02.11.2015.
- Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales (2015): Erkenntnisse zur "Nationalen Jugend" in Thüringen. Drucksache 6/1209, zuletzt geprüft am 19.11.2015.
- Wagner, Ulrich; Christ, Oliver; van Dick, Rolf (2002): Die empirische Evaluation von Präventionsprogrammen gegen Fremdenfeindlichkeit. In: *Journal für Konflikt- und Gewaltforschung* 4: S. 101–117.
- Wetzel, Holger (2015): Polizei verhinderte Massenschlägerei bei Pegida-Demonstration in Erfurt. In: *Thüringer Allgemeine*, 24.01.2015. Online verfügbar unter <http://www.thueringer-allgemeine.de/startseite/detail/-/specific/Polizei-verhinderte-Massenschlaegerei-bei-Pegada-Demonstration-in-Erfurt-815151030>, zuletzt geprüft am 03.12.2015.
- Winkler, Jürgen R. (2001): Rechtsextremismus. Gegenstand – Erklärungsansätze – Grundprobleme. In: Wilfried Schubarth und Richard Stöss (Hg.): *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz*. Opladen: Leske + Budrich, S. 38–68.
- ZEIT ONLINE (2015): AfD: Parteispitze distanziert sich von Höcke, 22.10.2015. Online verfügbar unter <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-10/erfurt-afd-kundgebung-ruecklaeufig>, zuletzt geprüft am 02.12.2015.
- Zick, Andreas; Anna Klein (2014): *Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014*. Unter Mitarbeit von Eva Groß, Andreas Hövermann und Beate Küpper. Bonn: Dietz.